Nr. 9.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando 1 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Vorort-Ausgabe

23. Jahrg.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 12. Januar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Wendejahr.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Das war seit langem das merkwürdigste Jahr, das die österreichisch-ungarische Monarchie erlebt hat! Als ein ganz gewöhnliches Krisenjahr fing es an, und als echtes und rechtes Wahlrechtsjahr hat es geendet. An gesetzgeberischen Tatsachen, aus denen sich sonst die Chronik des Jahres zusammensetzt, äußerst arm — ist doch in Ungarn im vergangenen Jahre auch nicht das kleinste, überhaupt kein Gesetz zustande gekommen —, ist es dennoch ein geschichtliches Jahr, dessen Wirkungen weit in die Zeiten reichen werden. Es ist ein Jahr der Umwälzung, ein Wendejahr, in dem die alten Formen des staatlichen Lebens zusammengebrochen sind. Mit einem Ruck hat sich das alte Oesterreich aus dem Schlamme seiner Rückständigkeit, seiner Trägheit und Schlamperei zu neuem Leben erhoben, und trügen die Zeichen nicht, so hebt nun eine neue Entwickelung, die zu einem modernen Staate gehört, ernstlich an.

Leer und öde begann das Jahr, und nichts deutete darauf hin, daß aus ihm etwas anderes werden könnte, als was lange Zeit vorher war: Krise, Arbeitsunfähigkeit des Parlaments, unfruchtbare, verlorene Zeit. Am Silvester vollzog sich die Entlassung des Ministerpräsidenten Koerber, nicht seiner Regierung, sondern nur des Regierungschefs selbst, der sich fünf Jahre lang mit allen Künsten um die Lösung eines unlösbaren Problems bemüht hatte, des Problems: aus dem tauben Gestein des Privilegienparlaments Wasser zu schlagen! An Talent und Fleiß fehlte es Koerber sicherlich nicht, und was mit dem ganzen Arsenal kleiner Künste zu erzielen war, das hat er redlich geschafft. Aber mehr als ein Routinier und erfahrener Verwaltungsmensch war er nicht; kein Wunder also, daß seiner politischen Kleinkunst endlich der Atem ausging. Der neue Mann, der von Taaffe und Badeni her nicht gerade rühmlich bekannte Unterrichtsminister, wurde mit großer Skepsis empfangen; niemand traute ihm recht, und niemand traute ihm zu, daß er der verfahrenen Dinge Herr werden würde. Doch auch die Obstruktionskraft der nationalen Parteien war in den acht Krisenjahren erschöpft worden, und so kam man über einen Sessionsabschnitt leidlich hinweg, ohne daß zu dem gewöhnlichen Auskunftsmittel der österreichischen Regierung, dem § 14, der alles „verordnet", gegriffen werden mußte. Aber nur mit Ach und Krach hatte sich die Parlamentsmaschine bewegt, und der Augenblick schien unvermeidlich, wo sie wieder zum Stillstand kommen mußte.

Zwei Tatsachen veränderten nun das Bild. Die eine war die von der Regierung zum Zweck der Versöhnung der beiden Nationalitäten vorbereitete Reform der böhmischen Landesordnung, in die unvermeidlich auch eine Erweiterung des Wahlrechtes zum Landtage Böhmens eingeschlossen war. Diese Erweiterung sollte, wie bisher überall, in der Anfügung einer sogenannten allgemeinen Kurie bestehen, die genau so wie die des Landes bei den Reichsratswahlen achtzehn Mandate erhalten sollte — ein Einfall von besonderer Unverfrorenheit, nachdem die Landtagskurien überall mit doppelt so viel Mandaten ausgestattet worden sind, als das betreffende Land Abgeordnete in den Reichsrat entsendet. Es war vornehmlich dieser besondere Rechtsraub, der in der böhmischen Arbeiterschaft jenen Wahlrechtskampf auslöste, aus dem sich in wahrhaft typischer Gestaltung die große Bewegung im Reiche entwickelte. Dieser Kampf um den Landtag, auf einem besonderen, überaus eindrucksvollen Landesparteitag beschlossen, erreichte seinen Höhepunkt in dem Aufmarsch der Prager Arbeiter vor dem Landtagsgebäude — aber dieser Einzelkampf war schon über seine ursprüngliche Absicht hinausgewachsen und mitten in den gemeinsamen Kampf um die Reform des Zentralparlaments versetzt.

Die zweite Tatsache kam aber von Ungarn her. Dort hatten die mit Tiszas Geschäftsordnungsreform-„Ideen" begonnenen Wirren zu einer regelrechten Krisis des Dualismus geführt. Der Plan, mittels Neuwahlen die störrige Opposition, die sich so rasch zur Obstruktion wandeln konnte, zu zerschmettern, hatte das denkbar gründlichste Fiasko erlitten; nicht die antidualistische Opposition wurde zerschmettert, sondern die dualistische Majorität, die liberale Regierungspartei, die von Beginn des konstitutionellen Lebens das Ruder geführt hatte und unangreifbar und unerschütterlich erschienen war. Die ehemaligen vier Oppositionsparteien vereinigten sich zur Koalition, die nun im Reichstage die unbestrittene Mehrheit errang und nach aller parlamentarischen Doktrin zur Regierung berufen werden sollte. Aber dessen weigerte sie sich und weigert sie sich im Grunde noch heute. Als Preis dafür — immerhin ein ungewöhnliches Schauspiel —, daß sie die Regierung übernimmt, fordert sie nationale Konzessionen auf dem Gebiete, wo Ungarns Selbstständigkeit noch beschränkt ist: auf dem Gebiete der bisher kaiserlichen gemeinsamen Armee. Sie will, daß innerhalb dieser gemeinsamen Armee ein ungarisches Heer konstituiert werde, aus ungarischen Soldaten und Offizieren, die in Ungarn bleiben und ungarisch (richtiger: magyarisch) kommandiert werden; die magyarische Kommandosprache, die die Koalition fordert, die Krone ablehnt, ist — oberflächlich betrachtet — der Inhalt der ungarischen Krise. Oberflächlich: denn der Konflikt sitzt natürlich tiefer, besonders darin, daß die Krone den Dualismus, als den letzten Rest ihres ehemaligen Kaisertums, erhalten, die ungarische Reichstagsmehrheit ihn beseitigen will.

So trat der neugewählte Reichstag zusammen und blieb natürlich sofort stecken. Monatelang mußte das demissionierte Ministerium Tisza den Schein einer Regierung vorstellen, endlich wurde es durch das Kabinett Fejervary ersetzt, das mit keiner anderen Bestimmung ins Amt trat, als mit der, sich überflüssig zu machen, der Koalitionsregierung den Weg zu ebnen. Aber die groteske Hartnäckigkeit, mit der die sterile Koalition eine Uebernahme der Regierung ablehnte, zwang das Kabinett des ehemaligen Honvedministers und Trabantengenerals zum Nachdenken, und sein fähigstes Mitglied, der junge Minister des Innern, Kristoffy, förderte die Erkenntnis zutage, daß der krankhafte Zustand des Reichstages in letzter Linie in dem lächerlich einseitigen, auf die allerschwächste Schicht der Besitzenden beschränkten, ein halbes Jahrhundert alten Wahlrecht seine Ursache hat. Und so entstand der kühne Plan, die Krise an der Wurzel zu packen, sie durch eine große Reform, durch Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu lösen. Dieser Plan wurde aber in der Hofburg verworfen, und zwar — wie ganz sicher nachweisbar — infolge des Einspruches des Herrn von Gautsch, des österreichischen Ministerpräsidenten, der ein Aufflammen der Wahlrechtsbewegung in Oesterreich befürchtete und die Wahlreform, hier wie dort, durch sein Veto zu begraben hoffte. Das geschah in der Wiener Hofburg am 10. September, und der Tag war der Geburtstag der Wahlreform.

Es kam nämlich, wie selbstverständlich, umgekehrt: der Gautschsche Einspruch erstickte das Feuer nicht, er entfachte es erst recht zur gewaltigen Flamme. Der Stachel des Unrechts, das die österreichische Verfassung an ihr verübt, ward von der Arbeiterschaft immer schmerzlicher empfunden; geruht hat der Kampf um das allgemeine, gleiche Wahlrecht niemals. Aber war der Wille durch die ewige, schier unlösbar scheinende Krise des Parlaments einigermaßen erschlafft, so war jetzt alles wie weggeblasen; eine gewaltige Energie ward entfesselt, der immer deutlicher das Ziel vorschwebte, die Bastionen des Unrechts, die Kurien, zu brechen. Dazu kam noch die Verachtung, die das Privilegienparlament — so hatten wir es getauft, und so heißt es nun — im Laufe der Krisenjahre durch seine Unfähigkeit, durch seine Entartung auf sich geladen hatte, und die eigentlich überall das Bedürfnis erzeugt hat (wenn auch alle Nutznießer der Privilegien dem gleichen Rechte widerstreben): ein besseres, modernes und vor allem arbeitsfähigeres Haus zu erschaffen.

Die immer mächtiger sich kündende Volksbewegung fand auch im Abgeordnetenhause, das Ende September zusammentrat, ihr Echo. Sieben Dringlichkeitsanträge forderten die Regierung auf, dem Hause sofort eine Vorlage auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu präsentieren, und mit 155 gegen 114 Stimmen erhob das Abgeordnetenhaus die Forderung zum Beschlusse! Nun wurde die Bewegung im wahrsten Sinne des Wortes unwiderstehlich. Wohl hatte sich Herr von Gautsch in der Debatte des Abgeordnetenhauses fast ganz ablehnend geäußert, und die bürgerliche Presse suchte die große Volksbewegung nach in Oesterreich altbewährter Methode totzuschweigen. Aber das Meer brandete und schäumte auf, und die Flut schwoll immer gefahrdrohender an. Dem Aufzug in Prag folgten Versammlungen von einem Elan, von Leidenschaft und Kraft, wie sie selbst in dem an Temperament nicht armen Oesterreich nie erlebt worden waren, folgte jener geschichtliche Gesamtparteitag, in dessen Stimmung des Zaren Verfassungsmanifest wie ein Funke ins Pulverfaß fiel, folgte der Beschluß für den Generalstreik, folgte die Schlacht in der Babenbergerstraße mit der ihr als Antwort entgegengestellten Versammlung vor dem Parlament auf der Wiener Burgstraße. Und der Kampf war entschieden! Die Regierung ließ offiziell erklären, daß sie eine Wahlreform auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes ausarbeiten, dem Reichsrat vorlegen und für ihr Zustandekommen in dieser Session sorgen werde. Dann kam noch der alle Kraft zusammenfassende und jeden Willen bannende 28. November, der Parlamentstag, an dem alle Arbeit in Oesterreich stillstand und durch fünf Stunden eine viertel Million Arbeiter vor dem Parlament über die große Prunkstraße der Hauptstadt zog — eine Demonstration von feierlich erhabener Größe, die sein Leben lang niemand vergißt, dem sie mitzuerleben vergönnt war. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist noch nicht Gesetz, aber geborgen ist es.

Aus der österreichischen Wahlrechtsbewegung, in deren Hut heute auch die Wahlreform in Ungarn steht, kann mancherlei gelernt werden, das zwar nicht neu, aber immer noch richtig ist. Nämlich, daß am Anfang immer die Tat steht und daß nichts unerreichbar ist — worunter natürlich das in der gegebenen ökonomischen Entwickelungsstufe Mögliche, weil durch sie bedingte, verstanden ist — wenn zur Tat der Wille nicht mangelt. Heute, wo der Sieg der Wahlreformforderung entschieden ist, scheint es recht leicht gewesen zu sein, ihn zu erringen. Aber wenn jemand vor vier Monaten prophezeit hätte, wir würden nach vier Monaten die Wahlreform durchgesetzt haben, so hätte man ihn einen Toren gescholten. Es war also eine ganz gewaltige Kraftleistung, die in Oesterreich zustande gebracht wurde: genau die Leistung, die notwendig war, und genau zu der Zeit, da sie möglich war. Die österreichischen Arbeiter nennen es bescheiden einen „Wahlrechtskampf". Aber wenn aus der inneren Entwickelung mit einem Ruck gewaltsam herauszureißen, was in ihr als Gegenwartsmöglichkeit steckt, „Revolution" genannt werden kann, so könnten wir die mit einem gewaltigen Vorstoß erzwungene Umwälzung des alten Oesterreichs fast eine Revolution nennen.

Gegenüber dieser großen geschichtlichen Umwälzung tritt alles, was im Jahre 1905 in Oesterreich sonst geschah, naturgemäß zurück. Es war wohl auch im übrigen ein Jahr der Kämpfe, die das Erbteil unserer Kampfpartei sind, ein Jahr starken Fortschrittes in gewerkschaftlicher Beziehung, ein Jahr der Arbeit auf allen Gebieten. Aber seine Bedeutung in der Geschichte, der Geschichte des Staates Oesterreich sowohl wie der Sozialdemokratie dieses Staates liegt in der Wende, die in ihm begann und in der begraben wird das alte Oesterreich, und ein neues, auf dem gleichen politischen Recht beruhendes, geformt werden muß. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar.

Wahlrechtsdemonstrationen und Ordensfest.

Die „Tägliche Rundschau" veröffentlicht folgende Polizeinotiz:

„Der sozialdemokratische Wahlrechtsradau am 21. Januar wird allem Anschein nach eine nicht ganz ungefährliche Spielerei mit dem Feuer werden. Wir erfahren dazu aus zuverlässiger Quelle das Folgende: Die angekündigten 80 sozialdemokratischen Versammlungen finden gleichzeitig um 12 Uhr statt. Es wird dafür gesorgt werden, daß sie nicht allzu stürmisch verlaufen, um nicht vor der Zeit aufgelöst zu werden. Zu einer genau verabredeten Stunde werden sämtliche Versammlungen geschlossen, die Straßenkundgebungen beginnen. Die Parole heißt: „Nach dem Schloß!" Sozialdemokratische „Ordner" mit Armbinden sollen für „Ruhe und Ordnung" sorgen — soweit das dann noch möglich ist. Die Regierung hat dagegen die folgenden Maßregeln getroffen: der Schloßplatz und die Zugänge werden, da im Schloß das Ordensfest gefeiert wird, in der üblichen Weise abgesperrt. Selbstverständlich ist die ganze Polizei aufgeboten. Diese wird, genau den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, friedlich einherziehende Gruppen unbehelligt lassen, dagegen jede Störung der Ordnung sowie jeden Versuch, einen öffentlichen Umzug zu veranstalten (der bekanntlich einer vorherigen polizeilichen Genehmigung bedarf) durch sofortiges Eingreifen verhindern. Für den Fall, daß der Polizei Widerstand entgegengesetzt werden sollte und ihre eigenen Kräfte nicht ausreichen, **werden sämtliche Berliner Truppen** (einschließlich der Kavallerie und Artillerie) **in ihren Kasernen versammelt und zum unverzüglichen Ausmarsch bereitgehalten.** Der Erfahrung entsprechend, daß flache Hiebe und Schüsse über die Köpfe hinweg nur die Wut der Menge reizen, ohne sie einzuschüchtern, und somit nur größere Ausschreitungen und größeres Blutvergießen hervorrufen, ist diesmal von dem Ministerpräsidenten **ausdrücklich angeordnet worden, daß Polizei und Truppen, falls sie zum Gebrauch der Waffen gezwungen werden sollten, diese sofort regelrecht anwenden."**

Zu diesen Auslassungen der „Tägl. Rundschau" ermächtigt uns der Parteivorstand folgendes zu erklären:

1. Es ist unwahr, daß die am Sonntag, den 21. d. M., stattfindenden Volksversammlungen zu einer genau verabredeten Stunde geschlossen werden und alsdann Straßenkundgebungen beginnen sollen.

Weder ist beabsichtigt, den Rednern für die Versammlungen irgend eine Vorschrift über die Länge ihrer Reden, noch den Versammlungsleitern eine Vorschrift über den Zeitpunkt, an welchem die Versammlungen zu schließen seien, zu machen.

Die Versammlungen finden unter denselben Formen und Bedingungen statt — also eventuell auch mit Diskussion — wie sie bisher stets stattgefunden haben.

2. Es ist auch unwahr, daß nach Schluß der Versammlungen Straßenkundgebungen unter der Parole: „Nach dem Schloß" oder in irgend einer anderen Form stattfinden sollen.

Es ist vielmehr im Gegenteil beschlossen worden, daß die von der Partei gestellten Ordner nicht nur die Ordnung in den Versammlungen, sondern auch auf den Straßen aufrecht erhalten, indem sie die aus den Versammlungen strömenden Massen, wenn nötig, zu größter Ruhe zu ermahnen haben.

Die Sozialdemokratie, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, wird alles tun, damit der Verlauf der Versammlungen in Ordnung sich vollzieht und ein des geplanten Zwecks würdiger ist. Umgekehrt erwartet die Partei aber auch, daß die Behörden alles unterlassen, was störend in die gesetzlich gewährte Versammlungsfreiheit eingreifen könnte.

Wird diese Richtschnur von beiden Seiten innegehalten, so wird das Ordensfest im Schloß am 21. d. M. wie üblich verlaufen, und unsere Gegner können sich abends ruhig schlafen legen in dem Bewußtsein, sich einmal wieder vergeblich aufgeregt zu haben. —

„Das Wasser rauscht', das Wasser schwoll . . ."

Die Nixe „Reichsfinanzreform" — das undefinierbare Wesen, das manchen berückt, aber den Reichsschatzsekretären des Reiches nie als Helferin in der Not beispringen wird,

wenn man sie nicht auf realeren Boden stellt, als es seit Miquels Zeiten geschieht — sie hat es dem Freiherrn v. Stengel angetan. Um sie heimführen zu können, bemühte er sich — nachdem er und seine Geheimräte zwei Tage geschwiegen — heute in anderthalbstündiger Rede vergeblich, ihr mehr Sympathie im Reichstage zu erwecken, als sie bis jetzt während der Steuerberatung gefunden hat. Schönere Züge hat er an ihr nicht entdeckt, wenigstens stand seine heutige Rede nur auf dem Niveau seiner vorgestrigen Einleitungsrede. Nichts Neues, nur etwas breitere Wiederholung allgemeiner Redensarten — das ist die Signatur seines Vortrages. Höchstens wäre hervorzuheben, daß er sich etwas beweglicher beklagte über die Opposition der Interessenten der Tabakindustrie und daß er die Verschiebung der Zigarrenindustrie vom Norden nach dem Süden infolge der Zollauflage von 1879 bestritt. Seine einzige Hoffnung bleibt die Kommissionsberatung, dort denkt er im trauten Verkehr mit dem Zentrum seiner „Finanzreform" frisches Leben einhauchen zu können; indes es ist nicht unmöglich, daß er das Schicksal des Goetheschen Fischers teilt: „Halb zog sie ihn, halb sank er hin, Und ward nicht mehr gesehʼn." — —

Zwar versuchte der nationalliberale Abgeordnete Patzig ebenfalls die Schönheiten der „Reichsfinanzreform" herauszustreichen, aber er wollte ihre Mängel mit dem hülfsbereiten Pflästerchen einer Reichseisenbahnabgabe verkleben. Damit hatte er aber dem preußischen Finanzminister ins Handwerk gepfuscht, der sich dagegen verwahrte, daß man ihm die reiche Finanzquelle partikularer Eisenbahneinnahmen abgrabe. Mit dieser Absage zog der nationalliberale Patzig betrübt von dannen, der übrigens seinen „Witz" erfolglos an der Sozialdemokratie versucht und sie der parlamentarischen Pflichtvernachlässigung geziehen hatte, weil sie an der steuerlichen Auspowerung des Volkes für den Militarismus nicht teilnimmt.

Herr v. Rheinbaben war auf denselben Ton gestimmt; die Opposition der gegen die beabsichtigten neuen Steuerlasten sich wehrenden Massen hält er natürlich für ein sozialdemokratisches Hetzwerk; denn nach seiner Ansicht sind die Arbeiter noch zahlungsfähig genug, wie er an einem von einem Arbeiter in der „Münchener Post" veröffentlichten Haushaltungsbudget nachzuweisen suchte, in dessen Bedeutung er aber intellektuell nicht eingedrungen ist, wie man ihm des näheren nachweisen wird.

Die konservativen Abgeordneten, Graf Kanitz und Herr Gamp fühlten zwar wegen des Reichsdefizits ein menschliches Rühren, aber ihren Reden mangelte der Glaube an die Stengelsche Reichsfinanzreform, und einzelnen seiner Steuerprojekte bringen auch sie keine Sympathie entgegen. Sie hüllten jedoch ihre Bedenken, besonders gegen die höhere Besteuerung des Rohtabaks, in die schonendsten Worte. Nur Graf Kanitz kritisierte recht scharf die kritiklose Zustimmungslust der einzelstaatlichen Bundesratsvertreter zu den Plänen der „Exzellenz v. Stengel". Es ist den Herren sehr unangenehm, daß die neuen Steuerprojekte eine lebhafte Volksbewegung hervorgerufen haben, die Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen leitet.

Der freisinnige Abgeordnete Barbeck und Herr v. Gerlach zogen den einzelnen Steuerprojekten etwas schärfer zu Leibe.

Die Bänke des Hauses zeigten auch heute die trostlose Leere der letzten Tage. —

Der Kameruner Kolonialskandal.

Das „Hamburger Fremdenblatt" erhält aus Kamerun einen ausführlichen Bericht über die Verurteilung des King Akwa und der übrigen Unterzeichner der bekannten Beschwerdeschrift. Aus diesem Bericht geht die unglaubliche Tatsache hervor, daß die Verurteilungen zu so enorm hohen Gefängnisstrafen bis zur Dauer von neun Jahren deshalb erfolgten, weil es die Kameruner Häuptlinge überhaupt gewagt hatten, sich mit einer Beschwerdeschrift direkt nach Deutschland zu wenden, statt den Instanzenweg einzuhalten und sich zunächst an das Gouvernement selbst zu wenden. Wenn diese Meldung des „Hamburger Fremdenblatt" zutrifft — und die bisherigen Nachrichten des Blattes über die Kameruner Affäre haben sich bisher stets bestätigt — so haben wir es mit einem geradezu beispiellosen kolonialen Gewaltakt zu tun!

Das „Hamburger Fremdenblatt" macht für diesen Kolonialskandal in erster Linie den abgedankten Dr. Stübel verantwortlich. Dieser habe seinerzeit im Reichstage erklärt, daß die Sache streng untersucht werden solle. Statt nun aber einen unabhängigen Beamten zur Untersuchung nach Kamerun zu entsenden, habe er die Beschwerdeschrift dem angegriffenen Gouverneur Puttkamer einfach zur Berichterstattung zugesandt. Puttkamer habe dann sofort das Prozeßverfahren gegen die Unterzeichner der Beschwerdeschrift veranlaßt.

Nach dem Berichte des Hamburger Blattes wurden die Häuptlinge am 25. November gefangen gesetzt. Die Verhöre begannen sofort und dauerten elf Tage. Die Angeklagten hätten einmütig erklärt, daß sie selbst die Unterzeichner, die Verfasser der Beschwerdeschrift seien. Auf die Frage, warum die Beschwerdeführer denn nicht jeden einzelnen Beamten, über dessen Vorgehen sie sich beschwert hätten, in der Schrift mit Namen genannt hätten, antworteten die Häuptlinge, daß es ihnen nur um Abschaffung des Assessorismus in Kamerun zu tun gewesen sei. Auch sei es nicht richtig, daß die Beschwerde ohne Wissen des Gouverneurs nach Deutschland geschickt worden sei. Sämtliche Beschwerden seien zunächst bei dem Gouverneur erhoben worden. Herr v. Puttkamer habe entweder nie geantwortet oder aber barsch sagen lassen, sie sollten sich nicht unterstehen, ihm noch einmal mit Beschwerden zu kommen. Als alle Vorstellungen beim Gouverneur nichts geholfen hätten, habe sich King Akwa im Jahre 1902 nach Berlin begeben und die Klagen im Auswärtigen Amte vorgetragen. Herr Dr. Dobberitz habe damals auch versprochen, daß die Wünsche der Beschwerdeführer erfüllt werden sollten. Da aber das Versprechen nach drei Jahren noch nicht eingelöst worden sei und sie sich von allen verlassen gefühlt hätten, hätten sie ihre Beschwerdeschrift an den Reichstag und den Reichskanzler gerichtet. Zu diesem Schritt hätten sie als deutsche Untertanen das vollste Recht gehabt.

Das Urteil gegen die Angeklagten lautete gegen King Akwa auf neun Jahre Gefängnis, gegen die übrigen Häuptlinge auf je einundeinhalb bis sieben Jahre, und gegen die Unterhäuptlinge auf je drei Monate Gefängnis.

Die Geschichte dieses Prozesses und der ihm vorhergegangenen Ereignisse beweist wiederum die absolute Rechtlosigkeit, in der sich die Eingeborenen unserer Kolonien befinden. Die Behandlung der Beschwerdeführer stellt ja keineswegs etwas Außerordentliches dar. Auch die südwestafrikanischen Eingeborenen haben ja jahrelang ihre Beschwerden der Kolonialregierung vorgetragen. Erst als sie dieselbe Empfindung wie die Kameruner Häuptlinge hatten, daß sie vollständig verlassen seien, griffen sie zu den Waffen. Die Kameruner Häuptlinge würden vielleicht zu einem ähnlichen Verzweiflungsakt getrieben worden sein, wenn sie nicht der Aufstand in Südwestafrika von der Unmöglichkeit einer erfolgreichen Eingeborenenerhebung überzeugt hätte. So begnügten sie sich denn mit jener Beschwerdeschrift, die mehrere Monate lang im Kolonialamt völlig unbeachtet blieb. Als sich jedoch die Presse der Kameruner Häuptlinge annahm, und Herr Dr. Stübel die Beschwerdeschrift dem Gouverneur Puttkamer zur Berichterstattung zusandte, erfolgte eine prompte Beantwortung der Beschwerdeschrift dadurch, daß man die Beschwerdeführer sofort in Ketten legte und nach weiteren 11 Tagen zu den ungeheuerlichen Freiheitsstrafen verurteilte!

Bekanntlich ist es tatsächlich in Kamerun inzwischen zu einer Eingeborenenerhebung gekommen. Ein Leutnant der Schutztruppe ist bei den Kämpfen bereits gefallen. Die Zahl der Aufständischen soll gegen 10 000 Mann betragen. Diese Meldung stammt freilich nur aus der Scherlpresse, die deutsche Regierung beobachtet wieder einmal vollständiges Schweigen, sowohl über den Verlauf als auch über die Ursachen des Aufstandes. Nach der Behandlung, die King Akwa aber und den übrigen Häuptlingen zuteil geworden ist, braucht man nicht erst die Frage aufzuwerfen, wer als der Schuldige für dieses abermalige koloniale Blutvergießen anzusehen ist. —

Die alte Leier.

Wolffs Bureau gibt folgende Depesche:

Paris, 10. Januar. Im Verlaufe einer Versammlung der Syndikate des Seinedepartements, deren Zweck war, Einspruch zu erheben gegen die Verhaftung mehrerer einem Syndikate angehöriger Personen, schlug der Präsident der Versammlung vor, daß die Anwesenden einen antimilitaristischen Anschlagzettel unterzeichnen sollen. Jaurès, der in der Versammlung anwesend war, wurde aufgefordert, mit zu unterzeichnen, lehnte es jedoch unter lautem Tumult ab und erklärte, die Armee sei unumgänglich notwendig, um die von außen kommenden Angriffe zurückzuweisen.

Und „Herold" bringt die Meldung in folgender Fassung:

Paris, 10. Januar. Gestern abend fand in der Arbeitsbörse eine große antimilitärische Versammlung statt, an der auch mehrere sozialistische Abgeordnete und die bekanntesten Führer der Bewegung teilnahmen. Während der Versammlung erklärte ein Redner, Jaurès und die übrigen sozialistischen Abgeordneten seien nur einfache Bürger und besäßen keinerlei Vorrechte. Hierauf schlug ein anderer Redner vor, alle Anwesenden sollten das antimilitärische Manifest unterzeichnen, und zwar Jaurès an erster Stelle. Dieser lehnte das ab und bestieg die Rednertribüne, um seine Ablehnung zu begründen. Er wurde jedoch durch Lärmen und Pfeifen am Sprechen verhindert. Alsdann wurde vorgeschlagen, Jaurès aus dem Saal zu entfernen. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie sich verpflichtete, in ganz Frankreich eine energische antimilitärische Agitation einzuleiten.

Man sieht: die Sache bedarf noch einiger Aufklärung. Nichtsdestoweniger stürzen sich die reaktionären Haifische schon heute auf diesen ihnen so schmackhaften Fraß. Die „Deutsche Tageszeitung" sagt: „Diese Frontschwenkung der französischen Sozialisten ist höchst bezeichnend." — Die „National-Zeitung" faselt: „Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß selbst sogenannte „Antimilitaristen" vom Schlage Jaurès' die Armee für unumgänglich notwendig erklären, so wird dieser Beweis durch folgende telegraphische Meldung erbracht" (folgt die Wolff-Depesche, der die „National-Zeitung" folgende Naivetät anhängt):

„Daß in Deutschland noch immer Naivetäten auftauchen, die an den Antimilitarismus Jaurès' in Frankreich glauben machen wollen, verdient in diesem Zusammenhange festgenagelt zu werden."

Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fiebert:

„Damit ist abermals der Beweis für die Richtigkeit der Auffassung erbracht, daß die französische Sozialdemokratie patriotisch gesinnt und weit davon entfernt ist, den Verrat am eigenen Vaterlande zu verfechten. Es bleibt dabei, daß der Volks- und Landesverrat eine spezifische Eigentümlichkeit der deutschen Sozialdemokratie ist, deren Diktator Bebel sich bekanntlich nicht gescheut hat, im Reichstage selbst die Fahnenflucht vor dem Feinde als unter Umständen zulässig zu erklären, unter Umständen, deren Feststellung nach den Zwecken der sozialdemokratischen Partei dieser selbst vorbehalten wird. Es lebe die Partei — mag darüber das Vaterland zugrunde gehen! — dies ist die politische Moral, die bei Bebel und Genossen den Ausschlag gibt. Der oben erwähnte Vorgang in Paris zeigt aufs neue, daß die Entäußerung von jedem nationalen Empfinden ganz allein bei der sich deutsch nennenden Sozialdemokratie zu finden ist, und daß die Sozialisten anderer Länder die Internationalität ihrer Bestrebungen nur soweit betonen, als notwendig ist, den Geist des Vaterlandsverrates in der deutschen Sozialdemokratie zu nähren, damit sie sich jederzeit bereit halte, als Bundesgenossin jedes Feindes den Verteidigern Deutschlands in den Rücken zu fallen. Nicht darauf kommt es an, daß ein solcher Versuch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hätte, da er mit rücksichtsloser Gewalt niedergeschlagen würde, vielmehr kommt es darauf an, vor dem deutschen Volke mit aller Bestimmtheit festzustellen, daß es in seinem Schoße eine Partei birgt, die den Vaterlandsverrat und damit die Preisgabe des eigenen Landes und Volkes gegenüber jedem Gegner, der sich zu einem Angriff auf Deutschland stark genug fühlt, zum leitenden Prinzip erhoben hat."

Wie schaut's mit der „Frontschwenkung der französischen Sozialisten" in Wirklichkeit aus? Sie haben — wie alle Sozialdemokraten — stets gemeint, daß unter den heutigen Zuständen eine militärische Bereitschaft für den Defensivfall leider noch immer nicht entbehrlich ist; denn unter Umständen können nicht nur die Monarchen, sondern die Völker die Armee sogar gegen den — inneren Feind nötig haben, allerdings nur gegen einen inneren Feind vom Schlage jener Liebertschen „Persönlichkeiten", die bereit wären, „ohne Befehle zu erwarten", sich als Revolutionsbekämpfer aufzuspielen!

Daran kann einstweilen auch das allerlängste Geschwafel der „Norddeutschen Gemeinen" nichts ändern; denn selbst die Hervéisten werden, aufs Gewissen befragt, sich darüber klar sein, daß im Anfang des 20. Jahrhunderts nach Jaurès' Worten leider noch immer eine Armee oder jedenfalls irgend ein armeeartiges Gebilde notwendig ist, „um die von außen kommenden Angriffe zurückzuweisen". Sonst hätten die internationalen Reaktionäre ja, wenn sie gezwungen am Boden lägen, gar zu leichtes Spiel, den Sieg eines Volkes, das sich — beispielsweise — die Republik erkämpft hätte, in eine Niederlage zu verwandeln. —

Uebrigens bringt „L'Humanité" von vorgestern (Mittwoch) einen Bericht über die Dienstagversammlung. Da finden wir denn nichts von den Ausstreuungen, mit denen die Depeschenbureaus die „Norddeutsche Allgemeine" und Konsorten zu beglücken wußten. Da lesen wir einfach, daß Jaurès in aller Schärfe die Herrlichkeiten des kapitalistischen und des militaristischen Regimes gegeißelt, die Sozialisierung gefordert und einer klassenbewußten Organisation des Proletariats das Wort geredet hat.

Es entspann sich dann eine „heftige, aber höfliche Diskussion" („véhémente mais courtoise"), die bis ½1 Uhr nachts währte und in deren Verlauf Jaurès die alte sozialistische Lehre vertrat, daß unser Internationalismus einen gesunden Nationalismus nicht aus-, sondern gerade einschließe. Darauf wurde die Protestresolution angenommen, in deren Text ausdrücklich erklärt wird: die Versammlung fasse die Resolution, nachdem sie „die Genossen Lévy, Meslier, Libertad, Jaurès und Dejeante" angehört habe!! Im letzten Absatz gibt die Versammlung sogar ihrem Vertrauen Ausdruck, daß die Genossen Jaurès (an erster Stelle!), Meslier und Dejeante die Sache der Antimilitaristen in der Kammer vertreten und eventuell die Agitation in Paris und in der Provinz zu verschärfen helfen werden! — („Die Versammlung wird ohne Zwischenfall mit dem Gesang der Internationale geschlossen.")

Bis zum Beweise, daß die „Humanité" gröblich fälscht, glauben wir ihr und nicht den depeschierenden Gewährsmännern der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die höchstwahrscheinlich das Temperament der Franzosen nicht zu beurteilen verstehen und aus einem erregten Disput gleich Mord und Totschlag heraushören, besonders wenn's ihnen in den Kram paßt. Uns verlangt aber doch zu wissen, wann diese Art Presse sich endlich einen neuen Leierkasten mit moderneren Melodien anschaffen wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Schleppenträger der Reaktion.

Die von Herrn Barth erhobene Mahnung, daß es endlich Sache des Freisinns sei, durch die Tat zu zeigen, daß man es mit der Gegnerschaft gegen das selbst von einem Bismarck so genannte „elendeste aller Wahlsysteme" ernst meine, begegnet auch in dem Blatte des Herrn Müller-Sagan frechstem Zynismus. Die „Freie Deutsche Presse" höhnt:

„Im Schoße der Freisinnigen Vereinigung, die seit Eintritt der Nationalsozialen zu einem wahren Hexenkessel geworden ist für die noch spärlich darin versprengten „liberalen" Elemente, ist es wieder einmal am Gären und Brodeln. Dr. Barth, der immer noch der Meinung ist, daß keinerlei Dummheit gemacht werden dürfe, ohne daß die Freisinnige Vereinigung dabei sei, möchte bei den von der Klassenpartei der Linken projektierten Wahlrechtsdemonstrationen den sozialdemokratischen Konkurrenten den Wind aus den Segeln nehmen und ähnlich wie bei der „glorioſen" Obstruktion gegen die Zolltarifvorlage von 1902 den Rekord im Radaumachen einzuheimsen suchen. Daß Dr. Barth in diesem Streben Gegenliebe finden würde bei Leuten vom Schlage der v. Gerlach, Gothein, Naumann und Schrader, ließ sich ja voraussehen. . . . Das aber glauben wir auf das bestimmteste zu wissen, daß Männer wie Brömel, Dove, Frese, Mommsen, Pachnicke den neuen Barthschen Seitensprüngen aufs hartnäckigste widerstreben, schon deshalb, weil sie sich der Verantwortung bewußt sind, die sie übernehmen würden durch Hinauslegung der Tageskämpfe aus den Parlamenten auf das Straßenpflaster, wo eine Volksbewegung leicht anzufachen, aber schwer abzugrenzen ist. So ist es denn für uns durchaus nicht überraschend, wenn wir heute hören, daß in der Freisinnigen Vereinigung die disparaten Elemente wieder einmal heftig aufeinanderplatzen zum Brechen — oder Biegen."

Auch dies edle Freisinnsorgan lehnt also nicht nur jede Unterstützung der proletarischen Wahlrechtsbewegung ab — als ob von diesen Helden schon jemand verlangt hätte, daß sie auf die Straße gehen sollten! — sondern es gibt noch obendrein den Scharfmachern einen Wink mit dem Zaunpfahl, doch ja keine Straßendemonstrationen zu dulden, da man ja nicht wissen können, was daraus alles entstehen werde! —

Verzweiflungstat eines Rekruten.

Von dem Attentat eines Rekruten auf einen Leutnant in Lübeck wird von dort bürgerlichen Blättern berichtet. Auf dem Hofe der neuen Kaserne in Lübeck übten die Mannschaften der zweiten Kompagnie Paradeschritt. Der Rekrut Gloy aus Kellinghusen marschierte so schlecht, daß Leutnant Heerlein ihn noch einmal antreten ließ. Der Rekrut sprang aber plötzlich auf den Offizier zu und schlug mehrmals mit dem Gewehrkolben auf ihn ein. Nach dem ersten Schlage, der die Gesichtshälfte traf und völlig aufriß, brach der Leutnant in die Knie. Die folgenden Schläge trafen zumeist den zum Schutze emporgehobenen Arm. Andere Soldaten entwaffneten nun den Attentäter und hielten ihn fest. Der Verwundete mußte vom Hofe getragen werden. Eine Lebensgefahr soll indessen nicht bestehen. Beim Verhör wurde bekannt, daß der Attentäter am Morgen auch seinen Unteroffizier geschlagen habe. — Wie es heißt, soll der Kaiser sich einen ausführlichen telegraphischen Bericht über diesen Vorfall eingefordert haben.

Dem vom rheinisch-westfälischen Schlotjunkertum unterhaltenen Kronsbeinschen Blatt, der „Post", muß auch dieser Fall zu einem gemeinen Angriff auf die sozialdemokratische Partei dienen. Sie knüpft an den Bericht folgende Aeußerung:

„Es dürfte sich dringend empfehlen, festzustellen, ob und in wieweit dieser Mann vor seiner Einstellung von sozialdemokratischen Lehren beeinflußt worden ist. Bejahendenfalls wären die sozialdemokratische Partei im allgemeinen und der Abg. Bebel im besonderen als geistige Urheber der Tat zu bezeichnen. Letzterer hat bekanntlich im Reichstage, indem er denjenigen Soldaten, welche wegen Mißhandlungen aus dem Leben scheiden wollten, den Rat gab, dann wenigstens zuvor ihre Peiniger umzubringen, die Soldaten direkt zur Ermordung ihrer Vorgesetzten aufgefordert. Die in so schändlicher Art gesäte Saat muß aufgehen und sie wird leider besonders wohl in ernsten Zeiten ihre schlimmen Früchte tragen. Der Volksverderber Bebel wird leider im Reichstage viel zu glimpflich, ja nicht selten geradezu ehrerbietig behandelt; hat doch z. B. ein bekannter süddeutscher Abgeordneter ihn kürzlich als „bedeutenden Mann" bezeichnet. Jeder gute Deutsche kann doch aber für die sozialdemokratischen Führer oder vielmehr Verführer nur ein Gefühl hegen: vollste Verachtung.

Wir möchten im Anschlusse an diese durchaus treffenden Zeilen bemerken, daß die geistige Urheberschaft der Umstürzler auch dann keinem Zweifel unterliegen kann, wenn nicht direkt festzustellen ist, daß der rebellische Rekrut sozialdemokratischen Einwirkungen ausgesetzt war, denn die skandalöse Rede Bebels ist ja im Lande durch die Presse verbreitet und mußte auf alle sittlich minderwertigen Elemente ihre Wirkung üben."

Bebel wie die übrigen sozialdemokratischen „Verführer" werden die „vollste Verachtung" der „Post" und ihrer Hintermänner — die Redakteure kommen, da sie nur willenlose Vollstrecker der ihnen zugewiesenen Aufträge sind, als selbständige Persönlichkeiten nicht in Betracht — zu tragen wissen. Jedem anständigen Menschen gilt die „Verachtung" dieses Gesindels als Beweis dafür, daß der von ihr Betroffene ein Ehrenmann sein muß; ebenso wie es nur für die Moral eines Mannes spricht, wenn er von alten Zuhältern als nicht ihrer Achtung würdig befunden wird.

Für uns ist das, was die „Post" als ehrenhaft und sittlich hinstellt, die erbärmlichste Selbsterniedrigung; denn dieser Begriff der Ehrenhaftigkeit schließt die Erstickung jedes persönlichen Ehrgefühls, jedes männlichen Selbstbewußtseins aus. Jedes Tier, soweit es nicht zu den allerniedrigsten Gattungen gehört, wehrt sich, wenn es gereizt und malträtiert wird; der Soldat aber soll nach der Ansicht der „Pöstlinge" jede Mißhandlung ruhig erdulden; läßt er sich in der Erregung des Augenblicks unter dem Gefühl der ihm widerfahrenen Schmach zu einer Verzweiflungstat hinreißen, dann ist er ein Mörder, ein Scheusal; der Vorgesetzte aber, der unter dem Schutze der ihnen eingeräumten Rechte seine Ueberlegenheit fortgesetzt in infamster feigster Weise zu Mißhandlungen mißbraucht hat, ein Ehrenmann, der nur in seinem Diensteifer die Strenge ein wenig übertrieben hat.

Diese hehre Auffassung der „Post" von Ehrgefühl und Disziplin vermögen wir nicht zu akzeptieren, und wie wir hoffen, wird auch das deutsche Volk — abgesehen von den Protektoren der „Post" — sich nie zur Höhe dieses Standpunktes aufschwingen, denn es würde sich sittlich damit weit unter die Hottentotten stellen. —

Gegen die Tabaksteuervorlage

protestierte am Mittwoch eine sehr stark besuchte Versammlung von Tabakinteressenten, die in der Tonhalle tagte. Einberufen war die Versammlung von vier Vereinen der Tabakfabrikanten und Händler, der Zigarrenhändler und Zigarettenfabrikanten Berlins. Als Referenten traten auf: Schloßmacher, Syndikus des Deutschen Tabakvereins, Lucan, Direktor der Elsässischen Tabakmanufaktur, und Dr. Gerhard. Die Redner betonten zunächst ihre Loyalität. Eine starke Wehrmacht müsse das Reich haben. Warum aber solle gerade die Tabakindustrie zu den Kosten der Wehrmacht in so ungewöhnlich hohem Maße herangezogen werden. Es läge doch näher, die Lasten denen aufzubürden, welche den Vorteil von der Vermehrung des Heeres und der Flotte haben, den Fabrikanten von Panzerplatten und Kriegsmaterial. Die Tabakinteressenten würden gern Opfer für das Vaterland bringen, aber die Opfer müßten nicht ihrer Industrie allein aufgebürdet, sondern nach dem Maße der Leistungsfähigkeit verteilt werden. Da sich am Rohtabak und an der Ausstattung des Fabrikats nichts sparen lasse, so bliebe kein anderer Ausweg, als an den Arbeitslöhnen zu sparen. Die Akkordlöhne würden herabgesetzt und Arbeitskräfte entlassen werden. Es würden also in letzter Linie die Schultern der Arbeiter sein, welche die Lasten der neuen Steuern und Zölle zu tragen haben. Man könne mit Sicherheit annehmen, daß etwa 10—15 Prozent aller in der Tabakindustrie und deren Hülfsgewerben beschäftigten Arbeitskräfte entlassen werden müßten.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

1. Wir sind jederzeit bereit, zur Stärkung der Wehrkraft des Deutschen Reiches zu Wasser und zu Lande unser Teil redlich und willig zu tragen.
2. Durch die geplanten neuen Tabaksteuervorlagen dürfen aber einem einzelnen Gewerbszweige nicht Lasten aufgebürdet werden zur Erfüllung von Aufgaben, die doch dem gesamten deutschen Volke zugute kommen.
3. Die geplanten neuen Tabaksteuervorlagen widersprechen dem § 6 des Flottengesetzes von 1900, der die Mehrbelastung von Gegenständen des Massenkonsums — und solche sind unbestreitbar Tabak, Zigarren und Zigaretten — verbietet.
4. Die geplanten neuen Tabaksteuervorlagen sind einerseits technisch teilweise undurchführbar, andererseits erregen sie in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht die schwersten Bedenken.

Wir richten daher an den hohen Reichstag die dringende Bitte, im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit den dem hohen Hause vorliegenden Tabaksteuervorlagen die Zustimmung zu versagen. —

Zum Hamburger Wahlrechtsraub.

In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft, die sich bis 12 Uhr nachts hinzog, schlug der Präsident vor, mit der parlamentarischen Beratung des Wahlrechtsgesetzes am Mittwoch, den 17. Januar, zu beginnen und sie an den regelmäßigen Sitzungstagen — Mittwochs — zu erledigen. Dr. Roth (Lib.) hält den in Vorschlag gebrachten Zeitpunkt für verfrüht, weil die Volksvertreter sich erst mit ihren Wählern in Verbindung setzen müßten. Dagegen meinten die Häuptlinge der Hausagrarier, man habe Zeit genug gehabt, sich mit der Vorlage zu beschäftigen, die seit Monaten im Vordergrunde der öffentlichen Diskussion stehe. (Beifall und Widerspruch.) Auch ein Mitglied der Rechten wandte sich gegen ein Durchpeitschen der Vorlage. Stolten (Soz.) erklärte: „Unjerwegen kann's losgehen".

Der Vorschlag des Präsidenten fand Annahme. —

Preußischer Eisenbahn-Etat.

Der Etat der Eisenbahnverwaltung für 1906 enthält für das Personal verschiedene Veränderungen. Die etatsmäßigen Stellen werden um 8531 vermehrt, so daß die Gesamtzahl der Etatsstellen 154 714 betragen wird. Ferner wird der Stellenzulagefonds wiederum erhöht, nachdem bereits im vorigen Jahre durch eine außerordentliche Maßnahme eine Steigerung dieses Fonds um 2 Millionen Mark stattgefunden hat. Der Fonds ist für 1906 auf 7 822 000 Mark bemessen. Zur Erhöhung der Arbeiterlöhne sind $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark vorgesehen. Auch der Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten soll erhöht werden. —

Die sächsische Justiz.

Dresden, 8. Januar.

Am Montag hatten sich vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wiederum drei Teilnehmer an den anläßlich der Wahlrechtsbewegung in der Nacht zum 17. Dezember in Dresden stattgefundenen Straßendemonstrationen zu verantworten. Den Vorsitz in den Verhandlungen führte der aus zahlreichen Prozessen gegen sozialdemokratische Preßfünder bekannte Landgerichtsdirektor Dr. Becker. Der erste Angeklagte ist der 1877 in Kappel bei Chemnitz geborene Buchhalter Hermann Otto Bomsdorf, ein wegen Gewalttätigkeitsdelikts wiederholt vorbestrafter Mensch. Er soll sich in der fraglichen Nacht des Auflaufs und des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Die Beweisaufnahme ergab folgendes Bild: Der Angeklagte ist in keiner der an jenem Abend stattgefundenen Protestversammlungen gewesen, ja will nicht einmal gewußt haben, daß solche stattfanden, hat vielmehr mit dem Portier Schramm und dem Markthelfer Müller bis Mitternacht in einem Lokale auf der Schloßstraße gezecht. Als die Drei das Lokal verließen, fanden sie die Schloßstraße von der Polizei abgesperrt. B. muß schon damals ein aufgeregtes und aufreizendes Wesen zur Schau getragen haben, denn seine beiden Begleiter hielten es für ratsam, sich von ihm zu trennen, da sie das Gefühl (Gründe hierfür vermögen sie allerdings nicht anzugeben) gehabt haben wollen, daß dem Bomsdorf noch etwas passieren werde. Letzterer wandte sich nach der Wilsdrufferstraße, auf der eine vielhundertköpfige Menschenmenge in einzelnen Trupps geräuschvoll auf- und abzog. Besonders laut soll es jedesmal zugegangen sein, wenn der eine oder andere Demonstrant aus der Menge herausgeholt und arretiert wurde. Als dicht in der Nähe des Angeklagten ein junger Bursche verhaftet wurde, hat B. angeblich laut gerufen: „Los, kommt alle mit, alle nach!" Im nächsten Augenblicke wurde er von dem Gendarmen Schmidt von hinten am Kragen erfaßt und mit den Worten: „Kommen Sie mal mit!" arretiert. Der Angeklagte setzte seiner Abführung dadurch Widerstand entgegen, daß er sich einstemmte; als indessen ein zweiter Gendarm hinzukam, konnte der Transport des Inhaftierten ohne weitere Störung nach dem Polizeigefängnis erfolgen. B. behauptete, er sei unschuldig. Nach seiner Darstellung hat er nur aus Aerger über die seiner Ansicht nach zu Unrecht erfolgte Festnahme eines jungen Mannes zu dem ihm Nächststehenden geäußert: „Komm, wir gehen mit!", weil er als Zeuge fungieren wollte. Da sei auch schon seine Verhaftung erfolgt. Zwei Tage vorher hatte B. schon ein Renkontre mit einem Gendarmen, welches ihm eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung und groben Unfugs einbrachte. Dieser Vorgang hat mit der Straßendemonstration jedoch absolut nichts zu tun. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft, mit dem Bemerken, das Verhalten des Angeklagten habe nahe an Aufruhr gegrenzt.

Der 22jährige, aus Deuben gebürtige Mechaniker Hugo Heinrich Bennemann hat sich eine Anklage wegen Auflaufs, ruhestörenden Lärms und groben Unfugs zugezogen. Der junge Mann hatte, wie er erzählt, von den Straßendemonstrationen ebenfalls keine Ahnung. Sein Weg führte ihn gegen 11 Uhr auf den Altmarkt, nachdem er vorher stundenlang in einer Kneipe der inneren Stadt gesessen hatte; er will angetrunken gewesen sein. Auf dem Altmarkte hatten sich Trupps halbwüchsiger Burschen gebildet, die die Polizei hänselten. Zu ihnen scheint sich der Angeklagte gesellt zu haben, denn er wurde später an der Spitze eines Haufens gesehen, der die Schutzmannskette am „Café Central" durchbrechen wollte. Daß B. gejohlt oder sonst gelärmt hat, kann keiner der Zeugen (nur zwei Gendarme) bestätigen. Es konnte deshalb nur eine Bestrafung wegen Auflaufs erfolgen. Trotzdem der Angeklagte noch gänzlich unbestraft ist, wurde er zu der zulässigen Höchststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der 1865 zu Schlegel bei Ostritz geborene, vorbestrafte Arbeiter Hermann Ernst Böhmer ist von allen bisher abgeurteilten Straßendemonstranten der erste, der behauptet, an einer Protestversammlung teilgenommen zu haben. Er war in der Versammlung in den „Blumensälen" und hat sich nach Schluß mit einigen Kollegen, die er später aber wieder verloren hat, nach dem Stadtinnern begeben, um dort angeblich noch ein Glas Bier zu trinken. Als er am Zeughausplatze in der Nähe des Aufganges zur Brühlschen Terrasse anlangte, sei die Menge, die von den „Blumensälen" nach der Stadt gezogen war, schon in der Hauptsache zerstreut gewesen. Ohne daß er hierzu irgend welchen Anlaß gegeben hätte, sei er plötzlich von zwei Gendarmen erfaßt, auf die Terrasse geschoben und dort geschlagen worden. Dann hätte man ihn obendrein verhaftet. Er seinerseits stellte jede Tätlichkeit in Abrede. Gendarm Kühne bekundete, daß der Angeklagte beim Vorgehen der Polizei sich in der vordersten Reihe befunden habe und nicht gewichen sei. Der Angeklagte habe förmlich zurückgeschoben werden müssen, wobei er der zurückweichenden Menge ermunternd zugerufen habe: „Bleibt nur hier, hier dürfen sie uns nichts tun!" Gleich darauf erhielt der Zeuge, ohne daß er es verhindern konnte, vom Angeklagten einen Faustschlag ins Gesicht, dann drang B. auf den Beamten ein und suchte ihn rückwärts über das Geländer zu stürzen. Nach Aussage des Zeugen würde dies dem Angeklagten auch gelungen sein, wenn ihm nicht ein Kollege sofort zur Hülfe geeilt wäre. Das Gericht hielt auf Grund des Beweisergebnisses die Anklage, soweit sie auf Aufruhr und Auflauf handelte, nicht für gedeckt, nahm vielmehr nur Widerstand gegen die Staatsgewalt für erwiesen an und erkannte auf 2 Jahre Gefängnis, der gesetzlichen Maximalstrafe. —

Schulunterhaltungsgesetz. Eine vom Vorstand der Berliner freisinnigen Volkspartei einberufene Protestversammlung tagte gestern abend im Buggenhagenschen Saale. Nach schwächlichen Ausführungen des Abg. Funk-Frankfurt a. M. und des Abg. Cassel gegen den neuen Entwurf eines Volksschulunterhaltungsgesetzes wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Kaisersaal von Buggenhagen tagende, von seiten der freisinnigen Volkspartei einberufene öffentliche Versammlung protestiert gegen den dem preußischen Abgeordnetenhause vorliegenden Volksschulunterhaltungsgesetzentwurf, da er den Grundsatz der Konfessionalität der Volksschule festlegt, die Rechte der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Schule nahezu beseitigt, die geistliche Schulaufsicht gesetzlich festzulegen sucht, die verfassungsmäßigen Rechte der jüdischen Staatsbürger in Frage stellt und die Kinder der Dissidenten einem dauernden Gewissenszwange unterwerfen würde." —

Dresdener Gerichtsurteile. Die Dresdener Justiz fährt fort, die Teilnehmer an den Straßendemonstrationen mit drakonischer Strenge zu den härtesten Gefängnisstrafen zu verurteilen.

Die Dresdener Strafkammer verurteilte heute den ehemaligen Schutzmann, jetzigen Fabrikarbeiter Pauli wegen Beteiligung an den Demonstrationen, wegen Beleidigung und Vergehens gegen die Verkehrsordnung, begangen am 3. Dezember auf dem Altmarkte, zu drei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft. Auch der Handarbeiter Karl Heinrich Riebak wurde wegen Beteiligung an den Straßenkundgebungen in der Nacht zum 17. Dezember zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und sechs Wochen Haft verurteilt. —

Ein „minder schwerer Fall".

Vor dem Kriegsgericht in Koblenz hatte sich ein Unteroffizier der 2. Kompagnie des Pionier-Bataillons Nr. 8 zu verantworten, der beschuldigt war, am 11. Dezember den Pionier K., einen Untergebenen, durch einen Stoß gegen den Leib mißhandelt und beleidigt zu haben. An dem betreffenden Morgen geriet der Angeklagte in Aufregung, weil der Flur nicht gereinigt war; er traf den Pionier K. auf der Stube, packte ihn am Arm, stieß ihm mit dem Knie gegen den Leib, sodaß der Mann wider den Tisch fiel, dabei rief er: „Roter Sozialist, ich bringe Sie noch dahin, wohin Sie gehören!" Das Gericht verurteilte dem Angeklagten wegen Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen unter Annahme eines minderschweren Falles zu neun Tagen gelinden Arrest.

Offenbar hielt das Kriegsgericht den Angeklagten zugute, daß er durch ein Scharfmacherorgan vom Schlage der „Post" in einen Anfall von Rotkoller versetzt worden war. —

Druckfehlerberichtigung. In dem gestrigen Leitartikel im Absatz 4, Zeile 1, muß es statt: „Die Frage aufgeworfen, heißt sie verneinen" heißen: „Die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen". Ferner werden unsere Leser wohl schon selbst bemerkt haben, daß es im Schlußsatz statt „öffentliches Wahlrecht" heißen muß: „geheimes Wahlrecht". —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. (W. T. B.) Der Senat wählte Fallières mit 173 von 249 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten.

Italien.

Zusammenkunft der lombardischen Sozialisten.

Rom, 7. Januar. (Eig. Ber.)

Am 6. und 7. Januar haben die Sozialisten der Lombardei in Mailand eine Zusammenkunft abgehalten, um über das Thema: Verhalten der Sozialisten der Lombardei gegenüber einem wahrscheinlichen Eingreifen fremder Mächte gegen die russische Revolution zu diskutieren. Der Referent, Genosse Lazzari, führte aus, daß die Frage der Unterstützung der russischen Revolution durch das übrige Proletariat Europas heute eine praktische Bedeutung hätte, die ihr nie bisher zugekommen sei. Die Gefahr einer Einmischung fremder Mächte wäre offenkundig, und es wäre Pflicht der Sozialisten, ihren ganzen Einfluß dagegen geltend zu machen. Das internationale Proletariat müsse den reaktionären Gelüsten der Dynastien entgegentreten. Redner ist der Ansicht, daß ein internationales Freiwilligenheer den russischen Proletariern Verstärkung bringen müsse.

Walter Mocchi meint, daß in Rußland zurzeit noch nicht die Elemente für eine proletarische Revolution bestehen. Was das Land heute auskämpft, ist seine bürgerliche Revolution. Er hält deshalb ein persönliches Eingreifen der Genossen anderer Länder für unzweckmäßig und vertritt die Ansicht, daß die Arbeiterschaft aller Länder sich bereit halten solle, im Falle einer Einmischung ihrer Regierung den Generalstreik zu proklamieren.

Die Diskussion, die lebhaft und sachlich war, zeigte, daß die Mehrheit der etwa 80 Delegierten den Ausführungen Mocchis beipflichtet. Genosse d'Arragona dagegen ist der Ansicht, daß man nur durch Geldunterstützungen den russischen Proletariern wirksam Hülfe bringen könne. Schließlich wird folgende Tagesordnung Lazzari durch Akklamation angenommen:

„In Erwägung, daß die Entwickelung der russischen Revolution durch den Generalstreik Europa die Bildung eines der wichtigsten Faktoren der sozialen Befreiung anzeigt und folglich dem Triumph der Revolution den Charakter eines proletarischen Sieges verleiht, erklären die Sozialisten der Lombardei, daß es im Interesse der Sozialisten und Proletarier der ganzen Welt liegt, die Anstrengungen des russischen Volkes in seinem Kampfe für die Befreiung vom Joch des Zarismus zu unterstützen.

„In Erwägung ferner, daß unter den Gefahren, die der russischen Revolution drohen können, die der Möglichkeit der militärischen Einmischung eines anderen Staates (in erster Linie Deutschlands) besteht, der, sei es durch die geographische Lage, sei es durch sein politisches Regime, sich bestimmen ließe, die Interessen des russischen Despotismus zu vertreten, fordern die lombardischen Sozialisten das internationale Bureau in Brüssel auf, sich mit den sozialistischen Parteien und proletarischen Organisationen Europas und besonders Deutschlands ins Einvernehmen zu setzen, um mit allen Mitteln die Verwirklichung solcher verbrecherischen Anschläge gegen die Rechte des russischen Volkes zu verhindern, unter Benutzung aller der organisierten Arbeiterschaft gegen das bürgerliche Regime zur Verfügung stehenden Formen der Hülfeleistung für die russischen Revolutionäre (sowohl pekuniärer als persönlicher Natur), jeder Form der Pression (öffentliche Kundgebung, parlamentarische Kämpfe, Demonstrationen), sowie der direkten Aktion (Generalstreik, Eisenbahnerstreik, Streik der Post- und Telegraphenbeamten)."

Außerdem wurde eine Tagesordnung Lazzari angenommen, die das internationale Bureau auffordert, schon jetzt die Organisation eines eventuellen proletarischen Freiwilligenheeres für Rußland ins Auge zu fassen. —

Spanien.

Sozialistische Stimmen bei den legislativen Wahlen. Nach dem amtlichen Wahlresultat brachte die sozialistische Partei Spaniens es auf 14 088 Stimmen; allerdings fehlen noch einige entfernte Orte, aber auf mehr als 15 000 Stimmen ist nicht zu rechnen. „El Socialista" erörtert die Ursachen, die zu diesem Rückgang der Stimmen geführt haben; bei den Wahlen von 1903 hatte es die Partei auf 26 000 Stimmen gebracht. Das genannte Blatt teilt mit, wie namentlich die Landarbeiter vielfach durch die Grundbesitzer an der Teilnahme an den Wahlen gehindert wurden, vor allem aber sei die große Arbeitslosigkeit schuld, die in den letzten Jahren geherrscht hat. Große Massen von Arbeitern seien ausgewandert, und andere geben sich der Verzweiflung hin; sie haben nicht mehr die Kraft, sich zur politischen Tat des Wählens aufzuraffen. Es sei aber alle Aussicht vorhanden, die Schlappen bei den nächsten Wahlen wieder auszuwetzen. —

Asien.

„Geheimes" Abkommen.

London, 11. Januar. (W. T. B.) Wie „Daily Telegraph" aus Tokio meldet, ist der Wortlaut des chinesisch-japanischen Vertrages gestern bekannt gegeben worden. Außer den bereits mitgeteilten Bestimmungen enthalte der Vertrag ein geheimes Abkommen, durch welches China gehindert werde, irgend einer andern Macht zu erlauben, sich mit der Frage des Eisenbahnbaues Kirin—Tschangtschun und Sinminting—Mukden zu befassen. Das Blatt fügt hinzu, es sei klar, daß die ostasiatische Frage nicht dauernd erledigt sei, sondern daß man sie nur während der Zeit der Rußland zugestandenen Pachtungen ruhen lasse. China sei entschlossen, sich so bald als möglich von jeder fremden Einmischung loszumachen. (!)

Die Preßfreiheit in Japan ist, wie schon mehrfach mitgeteilt, heute nach dem siegreichen Kriege mehr gefährdet als vormals. Nicht bloß die sozialistische, sondern auch die bürgerliche Presse hat zurzeit sehr unter Schikanen und Verfolgungen aller Art zu leiden. Alle großen Zeitungen von Tokio haben sich deshalb zu einer Pressevereinigung zusammen getan, um diesen behördlichen Eingriffen entgegen zu arbeiten; namentlich soll versucht werden, den Belagerungszustand, der noch immer in Tokio verhängt ist, zur Aufhebung zu bringen. — Trotz dieser Verfolgungen entwickelt sich doch die sozialistische Presse weiter. Das Erscheinen des „Hikari" („Licht") ist bereits mitgeteilt. Wie wir dem soeben eingetroffenen „Socialist" entnehmen, wird dieses neue Kampfesorgan vom Genossen Nishikawa redigiert, der gerade eine siebenmonatliche Gefängnisstrafe, die er sich als Redakteur des suspendierten „Chokugen" zugezogen, durchgemacht hat. Sein Mitarbeiter, der Genosse Kotoku, ist nach Amerika abgereist, um seine ebenfalls durch Gefängnisstrafe geschwächte Gesundheit wieder herzustellen. Ferner berichtet der „Socialist" von noch drei anderen sozialistischen Lokalblättern, die in der letzten Zeit erschienen sind: „Der neue Kamerad", das Organ der Bergleute von Yubari. Sodann haben sich die Sozialisten von Hakodate in der „Neuen Botschaft" und die Genossen von Moji in der „Volksstimme" ein Organ geschaffen, das vorläufig alle 14 Tage erscheint. Außerdem beginnt eine staatssozialistische und sogar eine christlich-soziale Bewegung in Japan einzusetzen. — Alles dies deutet auf ein politisches Erwachen des japanischen Volkes hin; wenn der nationale Siegesjubel verrauscht ist, werden die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ihren Klassencharakter unverkennbar zeigen. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Die Abteilungen haben sich konstituiert und den Ausschuß zur Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse usw. gewählt. Ferner ist gewählt worden der Ausschuß für die Vorlage wegen Gewährung von Teuerungsbeihülfen an städtische Bedienstete; hier ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtvv. Hintze, Schubert, Singer vertreten.

Zunächst sind von der Versammlung 5 Mitglieder zur Teilnahme an den Verhandlungen des preußischen Städtetages zu wählen. Durch Zuruf werden gewählt Dr. Langerhans, Michelet, Cassel, Singer, Rosenow.

Für den Rechnungsausschuß erstattet darauf Stadtv. Friederici (A. L.) Bericht.

Stadtbaurat **Krause**: Der schriftliche Bericht weist auf die hohe Summe von fast 16 Millionen Resten in der Tiefbauverwaltung hin. Soweit darin ein Vorwurf oder eine Mahnung liegen könnte, muß ich betonen, daß bisher allein 12 Millionen für Straßendurchlegungen und Verbreiterungen nicht zur Verausgabung gelangen konnten, weil die Vorverhandlungen mit den Interessenten noch schweben.

Gemäß den Ausschußanträgen dechargiert die Versammlung eine große Anzahl von Rechnungen aus den Jahren 1902—1904 und genehmigt die außeretatsmäßigen Ausgaben und Etatsüberschreitungen.

Zu der Vorlage betreffend den

armenärztlichen Dienst

hat der niedergesetzte Ausschuß eine Reihe von Anträgen angenommen, die dahin gehen:

1. eine Bestimmung für die Armenärzte zu erlassen, nach welcher unter Zustimmung der betreffenden Armenkommissionsvorsteher ausnahmsweise die Konsulation bezw. Behandlung des Armenarztes eines Nachbarbezirkes gestattet ist;
2. die Armenarztbezirke zu vermehren und neu einzuteilen (hierzu wird ein vom Ausschuß aufgestelltes Tableau zur Berücksichtigung empfohlen);
3. das Gehalt der Armenärzte entsprechend zu erhöhen,
4. besoldete Spezialärzte anzustellen.

Der Beschluß ad 4 ist im Ausschuß mit 6 gegen 5 Stimmen gefaßt, weitergehende Anträge auf Gewährung von täglich 2 Sprechstunden vor- und nachmittags an die Patienten und auf Gleichstellung der Armenärzte im Gehalt mit den Schulärzten sind abgelehnt worden.

Referent ist der Stadtv. Liebenow. Vom Stadtv. Sachs wird beantragt, Nr. 1 und 4 zu streichen; Stadtv. Koblenzer (soz.) nimmt den Antrag auf Gewährung von je 1 Sprechstunde vor- und nachmittags wieder auf.

Stadtv. **Koblenzer** (soz.): Meine Freunde werden für die Ausschußanträge stimmen, wenn sie auch keineswegs darin die Erfüllung aller berechtigten Wünsche erblicken können. Schon vor 7 Jahren wurde angeregt, die Stellung der Armenärzte zu ändern und die Bezirke zu verkleinern. Da muß es doch Wunder nehmen, daß die Magistratsvorlage, die wir endlich bekommen haben, abgesehen von einer geringfügigen Gehaltserhöhung alles beim Alten lassen will. Daß auch die Mehrheit dieser Versammlung damit nicht einverstanden ist, beweisen die Ausschußanträge, namentlich der einstimmig angenommene Entwurf eines neuen Tableaus der Bezirke, wie ihn

Kollege Liebenow ausgearbeitet hat. Aber auch nach anderer Richtung muß Wandel geschaffen werden. Man muß die ungeheure Härte beseitigen, welche darin liegt, daß der Armenkranke an einen bestimmten Arzt gewiesen wird und bei diesem bleiben muß. Es muß dem Kranken Gelegenheit gegeben werden, sich eventuell an einen anderen Arzt zu wenden; die freie Arztwahl würde auch da zuzulassen sein. Wir werden aber einstweilen für den bezüglichen Ausschußantrag stimmen. Den Beschluß auf Anstellung besoldeter Spezialärzte hat man damit bekämpft, daß man ausführte, es müsse doch den jungen Aerzten Gelegenheit gegeben werden, sich durch freiwillige Behandlung der Armenkranken fortzubilden. Wie kann man solches Argument überhaupt geltend machen? Uebrigens würde mit 10—12 Spezialärzten dem Bedürfnis zunächst genügt sein; die Befürchtung, daß man wenigstens 100 solcher Aerzte würde anstellen müssen, ist grundlos. Leider hat der Ausschuß unseren Antrag auf 2 Sprechstunden abgelehnt; da machte man wieder den Unterschied zwischen armen und wohlhabenden Kranken. Wir tat nicht in so gefühlloser Weise ausgeübt wird, und daß der arme Patient gerade so wie jeder andere Kranke in die Aerztesprech- arme Patien ingerade so wie jeder andere Kranke in die Aerztesprechstunde geht. Unser Antrag verlangt also keineswegs zuviel vom Magistrat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Sachs (A. L.): Die weit überwiegende Mehrheit meiner Fraktion nimmt die Punkte 2 und 3 an, lehnt aber 1 und 4 ab. Die Ablehnung des Punktes 1 rechtfertigt sich schon mit Rücksicht auf die Person des Armenkommissionsvorstehers selbst, der dadurch den Armen gegenüber in eine ganz unangenehme Lage gebracht wird. Die Armen würden dann gewisse Aerzte vorziehen, von denen sie besser behandelt zu sein glauben, und schließlich auch in den Krankenhäusern sich weigern, sich von bestimmten Aerzten oder Assistenten behandeln zu lassen. Mancher Armenarzt würde auf diese Weise diskreditiert werden. Besoldete Spezialärzte anzustellen, ist gleichfalls unnötig; die leitenden Aerzte unserer Krankenhäuser sind ja auch Spezialisten (Zuruf: Die aber nicht behandeln!) Ja, sie tragen doch die Verantwortung. Tatsächlich müßten an die 100 Spezialärzte angestellt werden, da es schon jetzt 17 Spezialitäten gibt. Da kommt doch auch der Kostenpunkt sehr in Betracht, während wir eine große Zahl junger Aerzte haben, die alle bereit sind, unentgeltlich die Behandlung vorzunehmen. Auch der Magistrat hat das Bedürfnis besoldeter Spezialärzte nicht anerkannt. Die doppelte Sprechstunde ist ebensowenig notwendig. Wenn Sie dem Arzt das auferlegen, so muß er sein Geschäft aufgeben. Warum soll derjenige, der nun einmal besser situiert ist, es nicht auch etwas bequemer haben? Uebrigens wird der Armenarzt in dringenden Fällen, wenn er kein Unmensch ist, seine Hülfe nicht versagen.

Stadtv. Dr. Bütow (Fr. Fr.) tritt lebhaft für die Anstellung besoldeter Spezialärzte ein und befürwortet auch die Annahme der Nr. 1. Hier gehe Herr Sachs in seinen Befürchtungen zu weit, es handele sich ja nur um die Zulassung einer Ausnahme unter besonderen Umständen.

Stadtv. Koblenzer: Herr Sachs wird sich jetzt doch überzeugt haben, daß nicht bloß die Sozialdemokraten es sind, die hier mit rauher Hand in aufs beste geordnete Verhältnisse eingreifen wollen, wie er annimmt. Die Armenärzte haben gar keine Veranlassung, sich so sehr nach dem Andrang der Armenkranken zu sehnen. Daß die Armenkommissionsvorsteher die ihnen hier gestellte Aufgabe erfüllen können, darf man ihnen wohl zutrauen. Bei der Anstellung von Spezialärzten wird man sich natürlich auf die nennenswerten Spezialitäten beschränken. Es ist der Stadt Berlin nicht würdig, die unentgeltliche Tätigkeit von Aerzten in Anspruch zu nehmen.

Stadtrat Münsterberg: Der Magistrat hat Ihnen seine Vorlage zur Kenntnisnahme vorgelegt, damit Sie sehen, daß er unausgesetzt an diesem schwierigen Problem gearbeitet hat. Die Armendirektion hat sich in den letzten 4—5 Jahren mit größtem Eifer um die Lösung der Frage bemüht und wird diese Bemühungen energisch fortsetzen und Ihre heutigen Verhandlungen und Beschlüsse als sehr schätzbares Material verwerten. Die Verweisung der Kranken an andere Aerzte haben wir heute schon in dem Falle, wo Arzt und Patient nicht miteinander auszukommen vermögen. Gegen das, was in Nr. 1 aber generell verlangt wird, schlagen doch die Bedenken des Stadtv. Sachs durch. Das Dezernat würde gar nicht mehr zu bewältigen sein, weil jeden Tag Wünsche derart an die Armendirektion herantreten würden. (Beifall.)

In der weiteren Debatte schließt sich Dinse (N. L.) den Ausführungen des Stadtv. Bütow an und verteidigt gegenüber dem Stadtrat Münsterberg und dem Stadtv. Sachs speziell Nr. 1 der Ausschußanträge, betont auch, daß die freie Arztwahl im Ausschuß von keiner Seite gefordert worden sei.

Stadtv. Barth (A. L.) macht sich die Argumente des Stadtv. Sachs gegen Nr. 1 und 4 zu eigen.

Ebenso legt sich Stadtv. Cassel (A. L.) sehr entschieden gegen Nr. 1 und 4 ins Zeug. Mit dieser Ausnahmebestimmung werde man nur einen Teil der Armenkranken gegen einen Teil der Aerzte in Aufregung versetzen und so den armenärztlichen Dienst in Unordnung bringen.

Stadtv. Hintze (Soz.): Es wird doch jetzt stark übertrieben und gar zu schwarz gemalt. Was schon jetzt nach der Auslassung des Stadtrats zulässig ist, kann doch nur im Wege der Beschwerde bei der Armendirektion erreicht werden. Auch werden nicht Hunderttausende von Kranken an die Verwaltung mit solchem Ansinnen herantreten. Möge doch der Stadtrat einmal die Armenärzte selbst mit dieser Frage befassen. Unser Antrag wegen der zweiten Sprechstunde rechtfertigt sich auch deswegen, weil ja der Arme erst morgens seinen Krankenschein erhält und dann erst am nächsten Tage zum Arzt gehen kann, wenn ihm die Nachmittagssprechstunde verschlossen bleibt.

Damit schließt die Debatte.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Koblenzer gegen die Stimmen der Antragsteller, der Sozialfortschrittlichen und einiger Mitglieder der Neuen Linken abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung fällt darauf 1 der Ausschußanträge mit 59 gegen 58 Stimmen; mit der Alten Linken stimmen auch eine Anzahl von Mitgliedern der Freien Fraktion.

Die Nr. 2 und 3 werden mit großer Mehrheit angenommen, Nr. 4 in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Das Haus Adalbertstraße 98 wollte der Magistrat für 95 000 Mark an eine Frau v. Holwede verkaufen. Nachträglich hat ein Maurermeister Fritze ein Gebot von 105 000 M. gemacht. Der Magistrat hat darauf einen Bietungstermin veranstaltet, in welchem Fritze mit 101 500 M. Meistbietender blieb. Der Magistrat empfiehlt die Zustimmung hierzu.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) beantragt Ausschußberatung. Schon die erste Vorlage sei eine starke Zumutung an die Versammlung gewesen, da die Stiftung, zu welcher das Grundstück gehöre, jetzt 8000 M. Miete daraus ziehe, während der Veräußerungspreis nur 3000—4000 M. Zinsen repräsentiere. Die Stadt würde also die Differenz einfach verschenken. Das Haus sei ja verfallen, aber selbst ein kompletter Neubau wäre noch vorteilhafter als die Veräußerung. Wenn nun aber solche Dinge eintreten, wie der neue Antrag des Magistrats, so könne man sich nicht wundern, wenn die umlaufenden Gerüchte über Vetternwirtschaft und Schiebungen neue Nahrung erhalten. Was soll man dazu sagen, daß, wenn ein Angebot von 105 000 M. bereits gemacht war, nachher der Zuschlag für 101 500 M. erteilt wird? Solche Vorlagen der Versammlung zu machen, ist leichtfertig. (Unruhe und Beifall.)

Stadtrat v. Friedberg protestiert gegen den letzteren Vorwurf und ist mit Ausschußberatung einverstanden.

Stadtv. Ladewig (N. L.) ist mit den Ausführungen Hoffmanns einverstanden und rügt außerdem, daß man den Fritze nicht sofort veranlaßt hat, sein Gebot in rechtsverbindlicher Form zu wiederholen.

Nachdem auch Stadtv. Eckard (A. L.) die Ausschußberatung empfohlen hat, weil in diesem Falle vielleicht etwas geschäftsunkundig (Heiterkeit) verfahren worden sei, spricht sich Stadtv. Haberland für glatte Ablehnung aus.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuß.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wird die öffentliche Sitzung um ¾9 Uhr abgebrochen.

Gewerkschaftliches.

Die „neutralen" Stadtväter!

Ein ganz interessantes Nachspiel zum großen Königsberger Lohnkampf im Baugewerbe im Jahre 1904 brachte am Dienstag die Königsberger Stadtverordneten-Versammlung.

Es sollte eine Etatsüberschreitung von 1469,02 Mark bewilligt werden, die im Sommer 1904 bei der Renovierung der Aula eines Gymnasiums vorgekommen war.

Die Ueberschreitung von 1000 M. war auf folgende Weise entstanden.

Der Magistrat hatte die Arbeiten einer Firma übergeben, die Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist und die Forderungen der Maurer mit aller Entschiedenheit ablehnte. So kam es, daß sie keine Maurer hatte, die die Arbeiten in der Aula erledigten. Anstatt daß der Magistrat den Unternehmer nun aufforderte, seiner Pflicht nachzukommen, oder die Arbeiten auf Kosten des Unternehmers selbst machen ließ, wandte er sich an einen Stukkateur, der ungeübte Italiener stellte, die viel langsamer als die Königsberger Maurer arbeiteten. Die Arbeiten wurden aber im Tagelohn ausgeführt, so daß nicht der Unternehmer, sondern die Stadt den Schaden zu tragen hatte. Etwa 1000 M. hat die Einstellung der italienischen Streikbrecher gekostet.

Diese Summe sollten nun die Steuerzahler entrichten. Ja, es wurde erklärt, daß man, um die Etatsüberschreitung nicht so hoch erscheinen zu lassen, einige Posten auf eine andere Vorlage abgewälzt hatte.

Die Angelegenheit erregte großes Aufsehen, und der Magistratsvertreter wußte sich nicht weiter zu helfen, als höchst fragwürdige Entschuldigungen vorzubringen und sogar zu erklären, daß es sich gar nicht um Italiener gehandelt habe, obgleich das selbst in der Vorlage des Magistrats stand.

Unsere Genossen geißelten in scharfen Worten das Verhalten des Magistrats und beantragten, die verlangte Summe abzulehnen.

Natürlich ließen die liberalen Stadtväter den Magistrat nicht im Stich, sondern bewilligten das Geld.

Hier hat man ein Beispiel dafür, wie bei Lohnkämpfen das Unternehmertum von städtischen Behörden unterstützt wird.

Im Dezember 1904, als die Unternehmer die Maurer kurz vor Weihnachten auf die Straße gesetzt hatten, weil diese nicht dem Streikbrecherverband beitreten wollten, wurde von unseren Genossen im Königsberger Stadtparlament beantragt, 200 Mark für die in Not geratenen Maurer zu bewilligen. Da erschallte ein Hohngelächter und keine bürgerliche Seele stimmte für den Antrag. So wurden die Arbeiter behandelt. Jetzt aber bewilligte man 1000 M., die von Rechtswegen andere Leute und nicht die Steuerzahler zu entrichten haben. Trotzdem stellt man sich hin und sagt, daß die Stadt zwischen Unternehmern und Arbeitern bei Lohnkämpfen strengste Neutralität übe.

Deutsches Reich.

Zur Beachtung!

Auf Beschluß der Gauleiter von Schlesien und Posen ist eine Zentralstelle für die in diesem Bezirk domizilierenden Gauvorstände, Bezirksleitungen, Agitationskommissionen usw. geschaffen worden.

Es soll baldigst ein Adressenverzeichnis geschaffen werden, und werden deshalb alle Beteiligten gebeten, baldigst dem Unterzeichneten die Namen und Wohnungen der Vorsitzenden und Kassierer sowie die Versammlungslokale der Verwaltungsstellen in Schlesien und Posen — aller Zentralverbände — mitzuteilen.

Die in Betracht kommenden Parteiblätter bitten wir um gefl. Kenntnisnahme.

J. A.: Hermann Zimmer,
Breslau I, Schmiedebrücke 12, Hof I.

Wunderbare Zustände herrschen auf der kaiserlichen Saatsee-Kanalwerft am Nord-Ostsee-Kanal in Rendsburg. Dort müssen sich die Arbeiter noch die monatliche Lohnzahlung gefallen lassen. Alle Petitionen um vierzehntägige Lohnperioden wurden vom leitenden Baurat abgeschlagen, ebenso der bescheidene Wunsch auf Einführung eines alle 14 Tage zu zahlenden Vorschusses auf den verdienten Lohn. Die Arbeiter wollten nun ein Gesuch an das kaiserliche Kolonialamt richten, nach der Arbeitsordnung bedürfen aber derartige Gesuche erst der Genehmigung des Werftleiters, ganz nach dem Muster des militärischen Beschwerde„rechts". Der Herr Baurat hat denn auch die Genehmigung des Gesuchs prompt verweigert. Das sind Zustände, die direkt den guten Sitten widersprechen und die eher als russisch zu bezeichnen sind denn als „mustergültig", wie die Sozialpolitik der Reichsbetriebe stets von den Regierungsvertretern gepriesen wird.

Kinder als Streikfünder angeklagt!

Vor dem Schöffengericht in Köln standen vier schulpflichtige Knaben und vier Schreinergesellen. Sie sollen versucht haben, während des Kölner Bautischlerstreiks die bei dem Schreinermeister Buch arbeitenden Gesellen, insbesondere die Schreiner Mittler und Marten, durch „Gewalt" zur Einstellung der Arbeit zu nötigen, die Schüler auch mit Steinen auf Menschen geworfen haben. Die Arbeitswilligen wurden abends von der Werkstätte in einem Wagen nach Hause gefahren, wobei es geschah, daß sie mit Steinen beworfen wurden. Einer der Arbeitswilligen wurde am Kopfe und am Arm getroffen. Drei von den Schulknaben gestanden vor Gericht, sich an dem Werfen beteiligt zu haben. Auch andere noch strafunmündige Knaben hatten mitgeworfen. Es kann als erwiesen erachtet werden, daß eine Anstiftung der Knaben durch Ausständige nicht stattgefunden hat. — Das Gericht sprach die vier Ausständigen frei, da keiner der Zeugen ihnen etwas anhaben konnte. Die drei Schüler wurden auf Grund ihres Geständnisses zur Strafe des Verweises verurteilt.

Und wieder christliche Arbeiter und christliche Unternehmer.

Die Arbeiter der Firma Wintgens, Eisengießerei in Eupen (Rheinpr.), gehören fast alle dem christlichsozialen Metallarbeiter-Verbande an. Nachdem in den übrigen Betrieben der Metallbranche des Ortes die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden war, stellte man diese Forderung auch an die genannte Firma. Als Antwort verlangte der Unternehmer, daß die Leute aus ihrem Verbande austräten, und als das nicht geschah, wurden sie jetzt nach vorhergegangener Kündigung von dem Unternehmer ausgesperrt.

In den Werkstätten der städtischen Straßenbahn zu Nürnberg sind Lohndifferenzen ausgebrochen, die einen größeren Umfang anzunehmen drohen. Zuzug von Metallarbeitern, Holzarbeitern und Sattlern ist fernzuhalten. In geringem Maße kommen auch Maurer, Heizer und Maschinisten in Betracht.

Ausland.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905.

In drei umfangreichen Leitartikeln berichtet Kopenhagens „Social-Demokraten" über die dänische Gewerkschaftsbewegung im verflossenen Jahre. Zunächst wird eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit gegeben, die, obwohl die Bautätigkeit eine lebhafte war, im allgemeinen so groß war wie im vorhergegangenen Jahre. Wie viel die 33 Gewerkschaften, die bis jetzt Arbeitslosenkassen eingerichtet haben, für diesen Unterstützungszweig ausgegeben haben, ist noch nicht festgestellt, wird aber auf ungefähr 500 000 Kronen geschätzt.

Verschiedene Kommunen haben auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1904 Beiträge zu den Mitteln der „Freien Armenkassen", deren Leistungen nicht als Armenunterstützung gelten, bewilligt. Diese kommunalen Ausgaben werden zu einem Drittel vom Staat ersetzt. Kopenhagen hat im vorigen Jahre 60 000 Kronen bewilligt, und für dieses Jahr stellen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter den Antrag, die Summe auf 120 000 Kronen zu erhöhen. Dieses Geld kommt aber nicht ausschließlich den Arbeitslosen, sondern im allgemeinen unverschuldet Notleidenden zugute.

Was die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften anbetrifft, so kann das erste Halbjahr als das der Abwehr gegen die Aussperrungsgelüste der Unternehmer bezeichnet werden. Im Februar kündigten die Zementfabrikanten eine allgemeine Aussperrung ihrer im Arbeitsmannsverband organisierten Arbeiter an; im März drohten die Maurer- und Zimmermeister in Jütland und den Inseldistrikten mit einer allgemeinen Aussperrung; im Mai sollten die Hülfsarbeiter der Eisenindustrie sowohl in den Provinzstädten wie danach auch in Kopenhagen ausgesperrt werden, und zur selben Zeit wollten die Tischlermeister in der Provinz ihre sämtlichen Gesellen auf die Straße werfen. Alle diese Aussperrungspläne, die Folgen geringfügiger Forderungen der Arbeiter waren, wurden jedoch nicht ausgeführt; die Streitigkeiten wurden durch Verhandlungen erledigt.

Ein großer und langer Lohnkampf fand im zweiten Halbjahr in der Textilindustrie statt. Am 1. Juli legten 3000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder, und in einer Fabrik, wo auch Hutarbeiter tätig waren, schlossen sich diese aus Solidarität den Streikenden an. Der Streik dauerte bis zum 7. Dezember und kostete der dänischen Arbeiterschaft an Streikunterstützung zirka 500 000 Kronen. Der Verlust an Arbeitslohn beträgt gut eine Million und die Unternehmer berechnen ihren Verlust auf 2½ Millionen Kronen. Der Erfolg des Streiks war ein neuer Tarifvertrag, der den Arbeitern und Arbeiterinnen wesentliche Verbesserungen bietet. Bemerkenswert und nachahmenswert ist die Opferwilligkeit, mit der die organisierte Arbeiterschaft Dänemarks für den notwendigen Unterhalt der Streikenden sorgte, namentlich wenn man bedenkt, daß nebenbei noch 286 000 Kronen für die Unterstützung des Kampfes in der schwedischen Metallindustrie aufgebracht wurden, abgesehen von weiteren 124 000 Kronen, die für diesen Zweck der Dänische Schmiede- und Metallarbeiterverband, der in einem Gegenseitigkeitsverhältnis zu seinem schwedischen Bruderverband steht, allein aufbrachte. Außerdem wurden aber auch noch aus Dänemark Unterstützungsbeiträge an die streikenden Bergarbeiter Rheinland-Westfalens, sowie an die Bauarbeiter der Schweiz gesandt. Die Arbeiterschaft des kaum 2½ Millionen Einwohner zählenden Landes hat also nach besten Kräften für die Unterstützung der kämpfenden Brüder im In- und Auslande gesorgt.

In vielen Berufen wurden ohne Streik Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Ein neuer Tarif kam für die Herrenkonfektions-Arbeiterinnen in Kopenhagen zustande, ferner für die Fuhrleute Kopenhagens und für die Straßenbahnangestellten daselbst. Die Buchdrucker der Provinzstädte haben ebenfalls einen neuen, verbesserten Tarif erzielt, der am 1. Januar in Kraft getreten ist; die Buchdrucker Kopenhagens haben zwar, obwohl ihr alter Tarif abgelaufen ist, noch keinen neuen, doch scheint es, daß es auch hier auf friedlichem Wege zu einer Einigung kommen wird. Ein großer Teil der städtischen Arbeiter Kopenhagens hat mit Hülfe ihrer Organisation und der starken Vertretung der Arbeiterschaft in der Stadtverordnetenversammlung wesentliche Lohnaufbesserungen erhalten. Ein Streik der Modelltischler, der nur wenige Tage dauerte und mit teilweisem Erfolg endete, fand in sechs größeren Provinzstädten statt. Ueberraschung hat es, daß diesmal sich die Unternehmerorganisation der Eisenindustrie zu einer Verlängerung des Tarifvertrages von 1902 mit einer kleinen Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne bereit fand. Diese Unternehmer pflegten sonst immer auf ihre Macht zu pochen und nichts ohne Kampf zu bewilligen.

Außer den hier erwähnten, fanden noch in einer großen Anzahl von Berufen kleinere Streiks und Lohnbewegungen in verschiedenen Städten statt. Im ganzen waren 4500 Arbeiter am Streik und Aussperrungen beteiligt und zirka 20 000 Arbeiter erlangten Verbesserungen und Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Lohnkampf.

Wie weit die Dreistigkeit der Unternehmer gehen kann, zeigt, wie man uns aus Rom schreibt, das Verhalten der Portefeuille- und Reisekofferfabrik Franzi in Mailand. Dort haben sämtliche Arbeiter vor etwa einem Monat den Ausstand erklärt, weil man drei Arbeiter auf eine falsche Anschuldigung hin entlassen hatte. Der Besitzer Franzi erklärt nun, die Streikenden zu folgenden Bedingungen wieder anzunehmen: 1. Die Arbeiter verpflichten sich, eine Geldsumme in der Höhe von 14 Tagen Lohn beim Unternehmer zu deponieren. 2. Sie nehmen jede Arbeitsordnung des Besitzers an. 3. Sie können ohne Einhaltung der gesetzlichen 14tägigen Kündigungsfrist entlassen werden. 4. Sie dürfen keinem Verband angehören. 5. Im Streikfall verlieren sie ihr Depot. 6. Keine Zeitung darf sich mit internen Angelegenheiten der Fabrik beschäftigen; dies hat, auch wenn die Arbeiter nicht dafür verantwortlich sind, Entlassung des Personals zur Folge!

Der Unternehmer erklärt, wenn die Arbeiter diese Bestimmungen annehmen, wolle er den Achtstundentag einführen. Es ist das so schlau, als wenn er zu den Arbeitern sagte: laßt Euch den Kopf abschneiden, dann schenke ich Euch eine neue Mütze!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bewilligte Teuerungsbeihülfe.

Stettin, 11. Januar. (W. T. B.) In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurden 55 000 M. als einmalige Teuerungsbeihülfe den Beamten und sonstigen im Dienste der Stadt stehenden Personen mit nicht mehr als 2000 Mark Einnahme bewilligt.

Schulden wie ein — Bischof.

Kaschau, 11. Januar. (W. H.) Ueber den hiesigen Bischof Bubics soll, nach Blättermeldungen, schuldenhalber Kuratel verhängt werden.

Russische „Wahlbewegung".

Petersburg, 11. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Vom 28. Januar ab werden Wahlversammlungen gestattet werden.

Russische „Wahlbewegung".

Petersburg, 11. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur). Vom 28. Januar ab werden Wahlversammlungen gestattet werden.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

47. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Januar 1906, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Frhr. von Stengel, Frhr. von Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung über die Reichsfinanzreform und die 5 Steuervorlagen.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel:

Der Abg. Büsing hat behauptet, ich hätte in meiner Rede vom 6. Dezember gesagt, die ganze Reichsfinanzreform würde scheitern, wenn der Reichstag einen Stein aus ihr herausnehmen würde. So wenig vorsichtig habe ich mich nicht ausgedrückt. Ich habe nur gesagt: wenn Sie einen Stein herausnehmen, risktieren Sie, (Schallende Heiterkeit) daß die ganze Finanzvorlage scheitert. Wenn dagegen im beiderseitigen Einverständnis ein Stein aus dem Bau herausgelöst und durch einen neuen ersetzt wird, (Erneute Heiterkeit) so ist das etwas anderes. In diesem Falle würde eine Gefährdung der Vorlage meines Erachtens nicht eintreten. Der Abg. Speck ist dem roten Faden, der sich durch die ganze Vorlage zieht, nämlich der Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwachen, leider nicht nachgegangen. Sollten unsere, für kleinere Erschaften vorgeschlagenen Sätze in der Kommission noch als zu hoch angesehen werden, so würden wir dagegen keinen Widerspruch erheben. Die verbündeten Regierungen haben besonderen Wert darauf gelegt, daß die Quote des Anteils des Reiches an der Erbschaftssteuer in jedem Jahre besonders festgestellt werden soll. Von der linken Seite ist nur dem § 6 des Flottengesetzes eine programmatische Bedeutung für die Finanzpolitik des Reiches beigelegt worden. Auf diesen Standpunkt haben sich auch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gestellt. Das ist mir — offen gestanden — um so merkwürdiger gewesen, als gerade die sozialdemokratische Partei und auch die freisinnige Volkspartei seinerzeit gegen das Flottengesetz gestimmt haben. (Lachen links.) Es ist ferner das Bedenken erhoben worden, daß die Erbschaftssteuer gegen die Reichsverfassung verstoße, weil die Verfassung die Erhebung von direkten Steuern für das Reich nicht zulasse. Demgegenüber bemerke ich, daß in Preußen die Erträge der Erbschaftssteuer im Etat der indirekten Steuern aufgeführt werden, während in Sachsen die Erbschaftssteuer in Form einer Stempelsteuer erhoben wird. Der eigentliche Grund für die gegenwärtige Misere des Reiches liegt nicht in der Verschwendungssucht des Bundesrates, den Hauptgrund dafür, daß wir immer tiefer in Schulden geraten, während in anderen Bundesstaaten die Schuldenlast sich im Laufe der Jahre vermindert, erblicke ich darin, daß es zahlreiche Elemente im Reichstag gibt, die seit Dezennien ihre Aufgabe darin erblicken, jeden ernsthaften Versuch einer nachhaltigen Kräftigung der Reichsfinanzen zu vereiteln. (Lachen links.) Warum die verbündeten Regierungen zurzeit Bedenken haben, tiefeingreifende Aenderungen der Branntweinsteuer einzuleiten, habe ich bereits in meiner Rede vom 6. Dezember ziemlich klar un deutlich dargelegt. Erst vor einigen Jahren ist nach mühseligen, langen Verhandlungen zwischen den gesetzgebenden Faktoren ein Kompromiß zustande gekommen, dessen Zweck wohl doch kein anderer war als der, dem Brennereigewerbe endlich für eine Reihe von Jahren — das Jahr 1912 war ins Auge gefaßt — eine ruhige Entwickelung zu lassen und während dieser ruhigen Entwickelung eine spätere, gründlichere Reform einstweilen vorzubereiten. Ein vorzeitiger Bruch dieses Kompromisses hätte nur das Vertrauen in die Gesetzgebung des Reiches erschüttern können. Damit will ich natürlich nicht jede Reform des Branntweinsteuergesetzes für alle Zeiten aufgeben, nur was die Gegner der Liebesgaben fordern, ist alles andere eher als eine Reform. Von den schweren verfassungsrechtlichen Bedenken abgesehen, würden dadurch tausende von kleinen und kleinsten Existenzen aufs äußerste bedroht werden und zweifellos eine erhebliche Preissteigerung der Brennereiprodukte eintreten, die gerade von den unteren Schichten getragen und gerade von den Gegnern der Liebesgaben am wenigsten gewünscht werden dürfte. Natürlich hätte ich gegen eine Verteuerung des Trinkbranntweins am allerwenigsten etwas einzuwenden, wenn er auch im Gebiet der norddeutschen Brausteuergemeinschaft schon jetzt 10—20mal so hoch belastet ist wie das Bier.

Damit gehe ich über zur Brausteuer. Die Belastung des Bieres im Gebiete der norddeutschen Brausteuergemeinschaft sollte ursprünglich etwa eine Mark pro Hektoliter abwerfen, der Ertrag der Steuer ist aber alljährlich auf 72—73 Pf. pro Hektoliter zurückgegangen. Ich bemerke dabei, daß jeder Pfennig, um den der Ertrag der Biersteuer pro Hektoliter sinkt, für das Reich einen Verlust in brutto von annähernd einer halben Million bringt. (Vielfaches Hört! hört!) Es galt deshalb, die Maßnahmen zu erwägen, durch die der Ertrag der Biersteuer mindestens wieder auf die im ursprünglichen Gesetz von 1872 vorgesehene Höhe gebracht werden könnte. Die Tatsache, daß in Norddeutschland bei einer Verdreifachung der Produktion die Zahl der Betriebe in den letzten dreißig Jahren von 13 000 auf 6000 zurückgegangen ist, ist nur durch die niedrige Steuerbelastung erklärlich, die es den Großbrauereien ermöglichte, sich zu Riesenbetrieben zu entwickeln. Wenn Herr Abg. Südekum auf die jüngsten Erfahrungen in Württemberg hinwies, so kann ich ihm mitteilen, daß nach einer amtlichen Auskunft, die wir von der königlich württembergischen Regierung erst in allerjüngster Zeit bekommen haben, die jetzige höhere Staffelung die Erwartungen, die die Regierung auf sie gestellt hat, wenigstens teilweise erfüllt. Die Vorteile des Surrogatsverbots werden auch von den Gegnern der Vorlage anerkannt. Dieses Verbot ist meines Erachtens mehr als alles andere dazu geeignet, den Schnapsteufel aus dem Lande zu treiben, (Heiterkeit) vielmehr, als wenn das Bier ein paar Pfennig billiger wird. Bevor ich nun das Bier verlasse, will ich noch einige Zahlen anführen, deren Richtigkeit ich meinerseits allerdings nicht verbürgen kann, die sich aber in einer österreichischen Fachzeitung befanden. Im Jahre 1903 betrug danach die gesamte Bierproduktion der Welt oder vielmehr unserer Erde, soweit sie statistisch zu erfassen ist, 26¼ Milliarde Liter Bier. Ich darf wohl annehmen, daß diese 26¼ Milliarden Liter Bier auch getrunken worden sind. (Heiterkeit.) Die gesamten Biersteuern der Erde betrugen damals 40 Millionen Mark. In England, das wohl an der Spitze der Bierproduktion der Erde, jedenfalls an der Spitze des Biersteuerertrages steht, betrug der Steuerertrag 286 Millionen Mark, das sind 6,52 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Das ist also das achtfache des bisherigen Steuerbetrages in der norddeutschen Braugemeinschaft. Gegenüber England stehen die Vereinigten Staaten etwas zurück. Aber sie übertreffen noch immer bei weitem unseren bisherigen Biersteuerprozentsatz. Da es sich dabei auch um einen Bundesstaat handelt, so ist der Vergleich in diesem Falle ganz zwingend. Wie man angesichts dieser Tatsachen eine Vernichtung des norddeutschen Braugewerbes in Aussicht stellen kann, ist mir unerfindlich.

Nun zum Tabak! Es werden besonders in der Presse Vergleiche über die Tabakkonsumtion in den Jahren unmittelbar vor und nach dem Jahre 1879, welches uns bekanntlich die gegenwärtige Tabaksteuer brachte, angestellt. Auch damals wurde der Tabakindustrie der Untergang in Aussicht gestellt. Allerdings griff das damalige Gesetz verhältnismäßig viel schärfer als die gegenwärtige Vorlage es will, ein. Wir sind nicht in der Lage, jedem Raucher die Zigarre aus dem Mund zu nehmen, (Heiterkeit) um sie zu zählen. Wir haben nur eine Produktions- und eine Einfuhrstatistik und schließen daraus auf den Konsum zurück. Dieser Rückschluß wird aber nur in normalen Zeiten richtig sein.

Ein Wort zum Kapitel der Arbeiterentlassungen. Man hat auf die Folgen des Gesetzes von 1879 hingewiesen und die schrecklichsten Folgerungen daraus gezogen. Aber auch damals hatte man gedroht, es würden viele Zehntausende von Tabakarbeitern arbeitslos werden; nach Inkrafttreten des Gesetzes sprach man nur von 7000. Aber auch das kann nicht richtig gewesen sein; denn nach der Gewerbezählung beschäftigte die Tabakindustrie 1875 110 891 Personen, 1882, wenige Jahre nach Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes 113 246 und 1895 schon 158 080 Arbeiter. Was die Löhne der Tabakarbeiter angeht, so sind sie nach einer mir zugegangenen Mitteilung von sachverständiger Seite in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen. Nur bei den Kautabakarbeitern liegt es infolge der wachsenden Bevorzugung der Zigarre und Zigarette nicht so. Die Steuer auf das Zigarettenpapier wird ebenfalls bekämpft, und es wird gesagt, daß damit den kleinen Zigarettenfabrikanten die Existenzmöglichkeit genommen werde. Darüber werden wir ja in der Kommission sprechen. Uns ist nur eine Zigarettenpapierfabrik in Deutschland bekannt, und die hat keine Klage erhoben.

Bei den Verkehrssteuern handelt es sich in den meisten Fällen um Beträge von 10 und 5 Pf., und es kann doch da von einer Erschwerung des Verkehrs keine Rede sein. Ein solcher Betrag wird z. B. niemand davon abhalten, zu reisen. Die Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten ist mehrfach gefordert worden. Die Herren werden sich erinnern, daß ich schon bei der ersten Beratung die gewichtigen Bedenken, welche die verbündeten Regierungen gegen eine solche Regelung hegen, vorgetragen habe. Herr Singer hat gegen die Befreiung der Landesfürsten von der Erbschaftssteuer gesprochen. Demgegenüber verweise ich darauf, daß diese Befreiung den zurzeit in Deutschland bestehenden Gesetzen sowie den allgemein in Deutschland anerkannten staatsrechtlichen Grundsätzen entspricht. Die Bevorzugung des unbeweglichen vor dem beweglichen Kapital bei der Erbschaftssteuer entspricht der Tatsache, daß das letztere sich leichter der Kontrolle entziehen kann.

Zum Schluß möchte ich Herrn Pachnicke auf seine Anfrage erklären, daß die verbündeten Regierungen es mit ihrer Stellungnahme zu den Beschlüssen des Reichstages in dem vorliegenden Fall genau so halten werden wie bei allen anderen Gesetzen. Sie werden zunächst die Ergebnisse der Kommissionsberatung und die Beschlüsse des Reichstages zu denselben abwarten und dann ihrerseits wahrscheinlich zwischen der zweiten und dritten Lesung, sich über die etwaigen Aenderungen, die von seiten des Reichstages vorgeschlagen werden, schlüssig machen. Ich kann meine Ausführungen nur mit dem aufrichtigen Wunsche schließen, daß bis dahin eine Einigung zwischen den gesetzgebenden Faktoren über den vorliegenden Gesetzentwurf erzielt werden möge. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Patzig (natl.): Eine Verpflichtung, für den großen Bedarf in den Reichsfinanzen, der über 200 Millionen beträgt, irgend wie zu sorgen, erkennen wir natürlich an. Gerade eine gegenwärtig so zentralistisch geleitete Partei wie die Sozialdemokratie sollte dafür Verständnis haben. Statt dessen hat uns der Abg. Singer in ganz interessanter Weise erzählt, wie er sich die — ich kann es nicht anders sagen — Konfiskation der großen Vermögen zur Abschaffung aller indirekten Steuern denkt. Statt dessen will die Partei jetzt nicht einmal an der gegenwärtigen Reichserbschaftssteuer mitwirken. Dies werden die Arbeiter im Lande nicht verstehen. Diese werden sagen: „Unsere sozialdemokratischen Vertreter müssen unbedingt dafür gestimmt haben". Die Nichtmitwirkung der Sozialdemokratie an der Versicherungsgesetzgebung ist ja aber auch eine Tatsache. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ueber die uns vorgeschlagenen Stempelsteuern wird schwerlich eine Einigung mit dem Reichstage zu erreichen sein. Wie die Stempelsteuern auf Pakete wirken, dafür einige Beispiele aus Städten, die keine Warenhäuser haben. In Hagen würden für Pakete pro Kopf der Bevölkerung 42 Pf. Abgabe gezahlt werden müssen, in Hannover 70 Pf., in Annaberg 1,74 M. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Preußischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Die Herren Wiemer und Pachnicke haben behauptet, daß die Regierung die sogenannte Liebesgabe nur aufrecht erhalte im Interesse der ostelbischen Brennereien. Die Behauptung muß ich mit aller Bestimmtheit zurückweisen, sie wird auch in der Presse, wie mir scheint, weniger aus wirtschaftlichen als politischen Gründen immer wieder aufgestellt. (Sehr richtig! rechts.) Ich würde es für sehr erwünscht halten, wenn die sogenannte Liebesgabe allmählich beseitigt würde, schon um dieser politischen Brunnenvergiftung entgegenzutreten. Aber durch eine solche Maßregel würden vor allem die kleinen Brennereien in West- und Süddeutschland geschädigt werden. Die unausbleibliche Folge der Aufhebung der sogenannten Liebesgabe wäre nämlich eine Preissteigerung, und die würde denen vor allem zugute kommen, die mehr als das Kontingent brennen.

Die Brausteuervorlage ist gestern vom Abg. Südekum lebhaft angegriffen worden. Ich muß aber daran festhalten, daß die Vorlage durchaus nicht notwendig zu einer Verteuerung des Konsums der breiten Masse führen muß (Sehr wahr! rechts), daß vielmehr eine geringe Ermäßigung des Nutzens der Zwischeninstanzen, der Schankstellen, die ganzen Kosten aufbringen könne; denn dieser Nutzen ist in Norddeutschland viel größer als in Süddeutschland. Hier ist die Ausstattung der Bierlokale viel opulenter und werden vielfach ganz unsinnige Mieten dafür gezahlt. (Sehr richtig! rechts.) Brauchen wir denn so viele Schankstätten in Norddeutschland? (Sehr gut! rechts.) Nach einer Statistik von 1904 wurden in Preußen nicht weniger als 188 237 Gast- und Schankwirtschaften gezählt. (Vielfaches hört, hört! rechts.) Eine Kleinhandelsstelle mit Bier entfiel in Berlin auf 115 Einwohner, in Brandenburg auf 173, in Sachsen auf 177, in Schleswig-Holstein auf 153, in Hannover auf 154, in Hessen-Nassau auf 156 Einwohner usw. Wohlverstanden — es sind dabei Frauen, Kinder und Greise miteingerechnet! Reduziert man die gegebenen Zahlen auf die erwachsenen Männer, die doch allein — von Ausnahmen abgesehen (Heiterkeit) — in die Schankwirtschaften gehen, so entfällt bei den etwa 10 Millionen männlicher Preußen auf je 54 eine Gastwirtschaft. (Hört! hört! und Heiterkeit rechts.) Selbst, wenn sich diese Zahl etwas verminderte, wenn auf 58 oder 68 oder auch 98 Erwachsene eine Kneipe fiele, geht das Deutsche Reich noch lange nicht zugrunde. (Große Heiterkeit rechts.)

Der Abg. Dr. Südekum hat sich auch auf die Broschüre des Professor Dr. Gustav Struve berufen; ich bedauere nur, daß er ihr nicht weiter in der Frage der Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten gefolgt ist. Auch Professor Schanz hat hierüber anläßlich der Brausteuererhöhung in Bayern eine sehr interessante Studie veröffentlicht. Danach kann von einer allgemeinen Verteuerung des Bieres durch den Steuerzuschlag nicht die Rede sein; nur in den wohlhabendsten Gegenden war eine Preiserhöhung auch nur vorübergehend denkbar, in nicht weniger als 9 Proz. der Betriebe fand sogar eine Preisherabsetzung statt.

Der Abg. Dr. Südekum hat des weiteren bestritten, daß eine Aufsaugung der kleineren und mittleren Brauereien durch die großen stattgefunden habe. Aber nach einer Eingabe des Bundes kleinerer und mittlerer Brauereien Norddeutschlands ist deren Zahl in dem kurzen Zeitraum von 1873 bis 1903 von 13 561 auf 6582 zurückgegangen.

Zum Schluß möchte ich noch hinweisen auf einen Ausschnitt aus der „Münchener Post", dem offiziellen Organ der bayerischen Sozialdemokratie, der mir in diesen Tagen zugeschickt worden ist, in dem der Etat eines Arbeiters veröffentlicht wird, der ein Einkommen von 1560 M. hat, wozu noch die Verdienste der Frau von 170 M. kommen. Unter den Ausgaben befindet sich der Posten: An 286 Tagen abends Bier für den Mann 8 Quart, für die Frau 1 Quart, zusammen 73,75 M. Ebenso ist noch ein Posten von Bier für Mittag und Vesper eingestellt, da der Mann dann nicht nach Hause gehen kann. Da kann man wohl sagen, daß durch die Biersteuer kein Arbeiter behindert wird, ein [illegible] Quantum Bier zu trinken. (Heiterkeit.) Es wird immer behauptet, daß die ärmeren Klassen durch die Steuern besonders stark belastet werden. Aus dem erwähnten Etat aber geht hervor, daß der Arbeiter bei einem Einkommen von 1560 M. an die sozialdemokratische Organisation nicht weniger als 86 M. zahlt. (Hört! hört! rechts.) Sapienti sat! (Für den Weisen bedarf's keiner weiteren Erklärung!) Beifall rechts.)

Abg. Graf Kanitz (k.):

In der Anerkennung, daß Frhr. v. Stengel in den Vorlagen eine gediegene Arbeit geleistet hat, sind wir wohl alle einig. Ich möchte aber vor allem wünschen, daß die verbündeten Regierungen sich in Zukunft einer etwas größeren Sparsamkeit befleißigen mögen, sonst können uns die neuen Steuern auch nicht helfen. Die Schuld an der Steigerung der Ausgaben hat der Bundesrat. Im Bundesrat sind die Herren viel zu höflich gegeneinander (Heiterkeit): Exzellenz hin, Exzellenz her, und schließlich wird alles bewilligt. (Heiterkeit.) Unsere Arbeit würde erleichtert werden, wenn schon im Bundesrat die Ausschaltung unnötiger Ausgaben erfolgte. Ich werde dem Bundesrat einen Rotstift dedizieren und bitte ihn, davon einen recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. (Heiterkeit.)

Die Herren Singer und Südekum wollen alle indirekten Steuern beseitigen. Herr Raab sprach sogar von dem revolutionären Charakter der indirekten Steuern. Wie steht es denn damit jetzt in republikanischen Staaten wie Amerika, Frankreich, Australien? Der australische Zolltarif, der unter dem Einfluß der dort herrschenden sozialdemokratischen Partei zustande gekommen ist, sieht für Tabak siebenhundert Mark pro Doppelzentner vor, während Freiherr v. Stengel nur 125 M. fordert. Für Zigarren werden in Australien sogar 1100 M. gefordert. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Getreide!) Getreide macht allerdings eine Ausnahme, weil kein Getreide eingeführt wird; es kostet 8 M. pro Zentner Zoll. Aber die Mühlenindustrie hat einen Schutzzoll von 16⅔ M. (Hört! hört! rechts.) Ich bedauere, daß es Herrn Jaurès nicht möglich war, in Berlin zu sprechen. Ich würde es gern gesehen haben, wenn wir in einer großen Berliner Versammlung einmal seine landwirtschaftlichen Ansichten über den Schutzzoll gehört hätten, weil er einen Weizenzoll von 250 Frank pro Tonne als unbedingt notwendig bezeichnet hat, wenn der französische Landwirt überhaupt noch mit Nutzen arbeiten solle. Der deutsche Landwirt ist aber noch weit mehr belastet als der französische, z. B. mit den Kosten der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die Abschaffung der Zölle und indirekten Steuern würde gerade den deutschen Arbeiter schädigen. (Widerspruch links.) In Frankreich spielt diese Polemik gegen die Zölle keine Rolle. Zu meiner Ueberraschung sagte Herr v. Rheinbaben, es gebe keine Statistik der Kommunalabgaben; in meinem beschränkten Wirkungskreise habe ich selbst an einer solchen mitgearbeitet. Jedenfalls sind die Kommunalabgaben, zusammen mit den Schul- und Armenlasten, sehr groß. Aber weit schlimmer ist die Belastung durch die sozialpolitische Gesetzgebung. Sie ist größer als die Last für Heer und Flotte in irgend einem Kulturstaate. (Hört! hört! rechts.) In sehr vielen Gegenden zahlen die Arbeitgeber auch noch die Klebemarke für ihre Leute. Bei Gelegenheit dieser neuen Steuern möchte ich dringend daran erinnern, daß uns vom Grafen Posadowsky bald eine Vereinheitlichung und Verbilligung in Aussicht gestellt ist. Wäre er hier, ich würde ihn fragen, warum uns noch immer keine Vorlage darüber zugegangen ist. Wir haben einen Koloß aufgerichtet, der auf keinem festen Boden steht.

Wenn man die Eisenbahnfahrten besteuern will, so möchte ich vorschlagen, auch den Straßenbahnverkehr zu besteuern. Es wird dann den Gesellschaften überlassen bleiben, ob sie den einen Pfennig auf das Publikum abwälzen, oder ob sie ihn aus ihren Ueberschüssen zulegen wollen. (Heiterkeit.) Die Große Berliner würde dem Reiche eine hübsche Steuer bezahlen können. Gegen die Erbschaftssteuer habe ich das Hauptbedenken, daß es eine direkte Steuer ist. Statt dessen wünschen wir erstens einen Ausfuhrzoll auf Kohlen. Zweitens sind wir für eine Weinsteuer. Denn in großen Teilen Deutschlands ist der Wein nur ein Luxusgetränk. Für teure Weine zu 30, 40 Mark die Flasche könnte eine tüchtige Steuer entrichtet werden. Vor kurzem war hier in Berlin ein Diner, da wurden nur solche Marken getrunken. Es waren aber keine Landwirte, sondern Bankiers, die dieses Diner einnahmen. (Heiterkeit rechts.) Eine Weinsteuer würde 50 Millionen einbringen. So habe ich auch positive Vorschläge gemacht. Möge man ihnen Folge geben. (Beifall rechts. Frhr. v. Stengel drückt dem Redner, als er die Tribüne verläßt, unter großer Heiterkeit des Hauses die Hand.)

Abg. Barbeck (frs. Vp., auf der Tribüne schwer verständlich): Wir bekämpfen von den neuen Steuern insbesondere die Brau- und Tabaksteuer. Wenn man die Fahrkarten besteuert, wird man schließlich wohl auch noch dahin kommen, die Fußgänger zu besteuern. (Heiterkeit.) Die Besteuerung der Quittungen bedeutet nichts weiter als eine Besteuerung der Ordnung. (Sehr gut! links.)

Dagegen ist mir die Automobilsteuer sympathisch, soweit sie sich nicht auf Transportautomobile erstreckt. Es existiert eine sehr schöne Einrichtung in Preußen, wonach jeder Prinz ein Handwerk erlernen muß. Ich wünschte, daß diese Einrichtung dahin ausgedehnt würde, daß jeder Prinz eine Zeitlang auch regulär ein Gewerbe betreiben müßte. (Sehr gut! links.)

Abg. Gamp (Rp.):

Ich persönlich stehe der Erhöhung der Tabaksteuer noch weniger freundlich gegenüber als ein Teil meiner Freunde. Was die Biersteuer angeht, so betrachtet Frhr. v. Rheinbaben deren Wirkung zu sehr unter dem Gesichtspunkt der großen Restaurants in den großen Städten. Gewiß, die können die Erhöhung der Steuer tragen. Aber wenn wir an die kümmerlichen Erwerbsverhältnisse der kleinen Schankwirtschaften im Osten denken, so ist die Steuererhöhung doch recht bedenklich. Man sollte es für die kleinen Betriebe bei dem bisherigen Steuersatze belassen. Herr Pachnicke hat auf einer Versammlung von Mitgliedern der norddeutschen Brauereigemeinschaft einen Vortrag über die Biersteuer gehalten und lebhaften Beifall geerntet. Ein Brauer meinte allerdings mit Recht, man sei nicht zusammengekommen, um die Ansichten der Reichstags-Abgeordneten zu hören, sondern um diesen die Meinungen der Brauer darzulegen, und der Abg. Dr. Hermes schloß sich dieser Auffassung an. (Hört! hört! rechts. Zuruf links: Sie hätten ja auch hinkommen können!) Ja gewiß, aber dann hätte ich den Herren keinen Vortrag gehalten. In der Versammlung wurde auch die Beseitigung der Kommunalbiersteuer verlangt, die wohl auch in der Stadt der Intelligenz, Berlin, in Form eines Zuschlages zur Malzsteuer noch besteht. (Zuruf links: Sie ist aufgehoben!) Nun, bis vor wenigen Jahren hat sie noch bestanden. Auf der erwähnten Versammlung hat man die kleinen Brauer nicht zu Wort kommen lassen und sie haben dann unter Protest den Saal verlassen. —

Die Erbschaftssteuer halte ich weder für eine direkte, noch für eine indirekte Steuer. Sie knüpft sich an einen Vorgang, der ein großes Unglück ist, und der unvorhergesehen eintritt. Selbst Herr v. Gerlach wird es einsehen, daß es unbillig wäre, daß — wenn z. B. in einer Epidemie vier, fünf Geschwister hinter einander sterben — daß dann jedesmal von neuem die Steuer bezahlt werden muß. Trotzdem bin ich für die Besteuerung der Erbschaften weitläufiger Verwandten, weil sie gewissermaßen einen Lotteriegewinn darstellen. Sehr schwierig würde es dagegen sein, die Erbschaftssteuer für Ehegatten einzuführen, da es sich häufig nicht mehr feststellen läßt, was der eine, was der andere Teil in die Ehe mitgebracht. Wenn auch Schenkungen besteuert werden sollen, so könnten schon aus dem Grunde Deszendenten nicht einbegriffen werden, weil man nicht wissen kann, was Schenkung, was Alimentation der Kinder ist. Wenn ferner der Sohn beizeiten Associé des Vaters wird, wird sich ebenfalls die Höhe der Erbschaft nicht feststellen lassen. Der Branntwein darf nicht wesentlich höher besteuert sein als das Bier. Wir im Osten brauchen die Liebesgabe nicht, wohl aber die Brennereien im Westen und Süden; denn

wir im Osten können den Spiritus so billig herstellen, daß alle Brennereien im Süden und Westen ihre Bude zumachen können. (Hört! hört! links.) Aber ein Spiritusmonopol wäre viel leichter herzustellen, als das Tabakmonopol, welches Graf Kanitz vorgeschlagen. Ich kann noch eine neue Steuer vorschlagen, die Inseratensteuer. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Gerlach** (frs. Vg.): Der Schuldenwirtschaft muß ein Ende gemacht werden, deshalb sind wir für eine kräftige Reichserbschaftssteuer. An eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer in den Einzelstaaten, speziell in Preußen, wäre bei dem elenden Dreiklassenwahlrecht nicht zu denken gewesen. Vor allem wenden wir uns gegen die Bevorzugung der Landwirtschaft bei der Erbschaftssteuer. (Sehr richtig! links.) Ich habe mich sehr gefreut, daß Herr Gamp heute dafür eintrat, das Erbrecht für entferntere Verwandtschaftsgrade aufzuheben. Im Kanton Uri in der Schweiz existieren Erbschaftssteuern bis 75 Proz. bei entfernten Verwandtschaftsgraden. Festnageln will ich schließlich noch, daß Herr Rheinbaben sich bereit erklärt hat, an eine Aufhebung der Branntweinsteuerliebesgabe heranzutreten. Er wollte es zwar nur ganz „leise" tun, aber wir werden auch diesen leisen Versuch mit Freuden aufnehmen. Herr Raab meinte, die indirekten Steuern hätten etwas Aufregendes. Das halte ich gerade für das erfreuliche an dieser Vorlage, daß das Volk sich einmal eingehend damit beschäftigt, wie eigentlich bei uns Steuern aufgebracht werden. (Bravo! links.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Vorher schleuniger Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. v. Gerlach; kleinere Vorlagen.)

Schluß $6^1/_2$ Uhr.

* * *

Druckfehler-Berichtigung. Im gestrigen Reichstagsbericht muß es in der Rede des Abg. Pachnicke (2. Absatz, Zeile 3 und 4) statt „drei Millionen Mark Nationalvermögen" „drei **Milliarden Mark**" heißen.

Parlamentarisches.

Etat der Reichspost. In der gestern fortgesetzten Beratung der Budgetkommission rügte Abg. v. Jazdzewski die vielen Mißhelligkeiten, die entstehen durch die geradezu mit fieberhafter Eile betriebene Umänderung der polnischen Ortsnamen in deutsche Namen. Die letzte Nummer des Amtsblattes der Posener Regierung enthalte nicht weniger als hundert solcher Namen. Die Post weist jeden Brief und jedes Telegramm zurück, wenn die alten polnischen Namen auf der Adresse stehen. Der Bevölkerung sind natürlich alle diese Namensänderungen gar nicht oder nur sehr mangelhaft bekannt, sie leidet also erheblich unter dem heutigen Zustande, den Abg. Singer mit den Worten charakterisierte: er entspreche dem System der Schikane, das gegen die polnisch sprechende Bevölkerung praktiziert werde. Mit dem Mißbrauch der Portofreiheit, der von fürstlichen Verwaltungen getrieben werde, sei aufzuräumen, wie mit der Portofreiheit der Landesfürsten überhaupt.

Ueber den Zeitungstarif entspann sich eine längere Debatte, in deren Verlauf der Staatssekretär übrigens weit vernünftigere Anschauungen vertrat als beispielsweise der Zentrumsabgeordnete Erzberger. Die Kommission nahm alle drei mitgeteilten Resolutionen an. — Heute Eisenbahnetat.

Die Revolution in Rußland.

Witte für den Absolutismus und den Terror.

Petersburg, 11. Januar. Die „Nowoje Wremja" gibt Aeußerungen des Ministerpräsidenten Witte wieder, wonach das Manifest vom 30. Oktober die selbstherrlichen Rechte des Kaisers in keiner Weise schmälere. Witte sprach sodann die Ueberzeugung aus, daß die aus der Mandschurei zurückkehrende Armee die Wiederherstellung der Ruhe im Innern bedeutend fördern werde. Demoralisiert seien nur die Truppen im Rücken der Armee (etwa 30 Proz.), die Mandschurei-Armee dagegen (70 Prozent) sei gut diszipliniert und zuverlässig.

Petersburg, 11. Januar. Graf Witte erklärte anläßlich des Empfanges einer Abordnung, daß nicht er, sondern der Minister des Innern, Durnowo, auf die Notwendigkeit hinweise, die jetzigen Repressalien aufrecht zu halten. Früher habe er das Vertrauen des Volkes gesucht, aber eine solche Illusion sei nicht mehr möglich. Er sei ein Gegner der Wiedervergeltungspolitik gewesen, aber er sehe sich heute in die Notwendigkeit versetzt, sich auf eine solche zu stützen. Witte fügte hinzu, er wisse jetzt, wie er Rußland retten könne.

Aus den Ostseeprovinzen.

Riga, 11. Januar. Der aus London hier eingetroffene Dampfer der Reederei-Firma Helmsing u. Grimm, „Michael", ist in die Hände der Revolutionäre gefallen. Dieselben bemächtigten sich der auf dem Schiffe befindlichen Waffen. — Die Verhaftungen von Revolutionären dauern fort. Oberst Wrangel ist mit Gardekürassieren und Kavallerie nach Lemsal in Livland abgegangen, welches sich in den Händen der Revolutionäre befindet.

Petersburg, 11. Januar. In Nieschiza nahmen gestern die Truppen 15 Lettenführer gefangen, außerdem ist einer erschossen; der Hauptführer Granid entkam. Die Gemüter beginnen sich zu beruhigen.

In Riga wurde in voriger Nacht in der Hospitalstraße ein durchziehendes Bataillon aus drei Häusern beschossen. Von den Truppen wurde das Feuer erwidert: 13 Personen wurden verhaftet. Bei der darauf folgenden Haussuchung wurden Waffen gefunden. Die Aufständischen haben im Kreise eigene Wertzeichen mit dem Bildnisse eines Führers in Umlauf gesetzt.

Die Stadt Temsal im Kreise Wolmar ist von Truppen des Generals Orlow eingeschlossen.

Der Aufstand im Kaukasus.

Odessa, 11. Januar. Die Nachrichten aus dem Kaukasus lauten sehr alarmierend. Sämtliche Städte im Küstengebiete befinden sich in hellem Aufruhr. In Nowo Rossisk sowie in Poti haben die Revolutionäre eine eigene Regierung eingesetzt. Dieselbe verfügt über mehrere Dampfer sowie über die Eisenbahn. Alle Frachten, die über diese beiden Städte gehen, tragen den roten Stempel der neu eingesetzten Regierung. Vor Nowo Rossisk ist der Panzer „Roftislaw" eingetroffen, der die Stadt bombardiert.

Das Blutbad in Moskau.

Ein dänischer Journalist und Parteigenosse sendet uns aus Moskau vom 31. Dezember eine Schilderung des furchtbaren Blutbades und der schändlichen Verwüstung, die die Schergen des Absolutismus am selben Tage in dem Arbeiterviertel der Stadt vollführten.

„Moskau," so schreibt er, „hat einen Schreckenstag erlebt, dessen Blutvergießen und Grausamkeit alles übertreffen, was bisher im Laufe der russischen Revolution geschehen ist. Die Militärdiktatur hat an diesem Tage einen Schurkenstreich vollführt, dessen Roheiten die russische Staatsmacht und das russische Militär von jeder Gemeinschaft mit der zivilisierten Welt ausschließen müßten."

Es folgt dann eine Schilderung des Schauplatzes und der Entwickelung der blutigen Ereignisse. Dann heißt es weiter:

„Bei meiner Ankunft in Moskau hatte die Artillerie schon mehrere tagelang Präsnenski (das Arbeiterviertel) heftig beschossen, aber ohne Erfolg. Seit ich hier bin, habe ich Tag und Nacht Kanonendonner gehört, und es war für ganz Moskau ein Rätsel, wie die Arbeiter dem modernen Belagerungsfeuer über eine Woche lang standzuhalten vermochten. Etwas ähnliches hat die Welt noch in keiner Revolution gesehen. Vermutlich hat es die Eitelkeit der Offiziere verletzt, daß sie sich so lange vergebens mit diesen befestigten Fabriken beschäftigen sollten, und die militärischen Schurken, Stachelberg und Mistschjenko an der Spitze, haben dann den mangelhaft bewaffneten Arbeitern gegenüber gierig die Parole ergriffen, die Dubassow gestern ausgab: Schafft mir die Arbeiter heraus aus Präsnenski, tot oder lebend!

Mit dieser Parole wurden heute, Sonntag, den 18. Dezember russischen Kalenders, Westeuropas Silvestertag, die Schrecken von Präsnenski eingeleitet.

Auf der Ebene nordwest von Moskau, wo seinerzeit bei der Krönung Nikolaus II. 5000 Menschen zertrampelt wurden, wurden jetzt verstärkte Batterien schwerer Feldgeschütze aufgefahren, und auf der südlichen Seite von Präsnenski zwischen Sodowaja und dem Lauf des Flusses wurden ebenfalls Kanonen und Maschinengeschütze aufgestellt. Um 5 Uhr morgens wurde dann ein mörderisches Feuer gegen den ganzen eingeschlossenen Stadtteil eröffnet. Moskaus Einwohner erwachten und vernahmen mit Schrecken diese Kanonade, die an Heftigkeit das tägliche Schießen, an das man sich allmählich gewöhnt hatte, weit übertraf. Vor spät am Nachmittag, nachdem die Kanonade zwischen 3 und 4 Uhr eingestellt worden war, ahnten jedoch wenige, welche unglaublichen Mördereien Dubassows und Wittes Büttel angerichtet hatten.

Das Niedrige im Auftreten des Militärs liegt darin, daß man sich nicht darauf beschränkte — direkt mit den Arbeitern zu kämpfen und die befestigten Fabriken und Gebäude allein zu beschießen oder zu stürmen, sondern den ganzen Stadtteil ohne Unterschied schonungslos bombardierte, ohne Rücksicht auf irgend eines Menschen Leben und irgend welche Werte. Die Militärbehörden behaupten, daß sie den unbewaffneten Bewohnern des Viertels „eine kurze Frist" zum Verlassen der Häuser gegeben hätten; aber das ist eine feige Lüge. Alles, was sie der Form wegen taten, war, ein paar Patrouillen nach den nächsten Straßen zu senden, mit der Botschaft, nun solle alles niedergeschossen werden; aber sie ließen sich nicht Zeit, das Fortkommen der wehrlosen Einwohner abzuwarten. Während eine allgemeine Flucht erst begonnen hatte, wurde das Feuer eröffnet, und die Flüchtenden wurden niedergeschossen wie Hunde, als sie ihre Wohnungen verließen. Die meisten schliefen, als die Kugeln durch die Fenster zu fliegen begannen und die Granaten die Dächer der Häuser zersplitterten. Entsetzt erwachten sie und stürzten hinaus auf die Straßen, um sich zu retten, wurden aber von einem Kugelregen empfangen, so dicht, daß nahezu alle rettungslos verloren waren. Viele flüchteten in bloßem Hemde und lagen im nächsten Augenblick blutend auf dem Eis und Schnee der Straße. Frauen liefen mit kleinen Kindern auf dem Arm, und glückte es ihnen, sich selbst zu retten, so geschah es wohl, daß das Kind blutend in ihren Armen lag, wenn sie außer sich vor Entsetzen aus dem Stadtviertel hinaus kamen. — —

Vor 8 Uhr morgens stand der größte Teil des Stadtviertels in Flammen, natürlich vor allem die Straßen mit den aus Holz aufgeführten Häusern. Mit rasender Geschwindigkeit pflanzte sich hier das Feuer von Haus zu Haus fort."

Zum Schlusse berichtet der Verfasser, wie er mit einigen russischen Studenten von der Dachkammer eines Hauses aus die Stätte des Schreckens überschaut:

„Wir Vier starren hinaus und keiner spricht ein Wort. Aber ein Student legt seinen Arm auf meinen Rücken und sein Haupt sinkt herab auf meine Schulter; sein langes schwarzes Haar verwickelt sich in die Knöpfe meines Rockes, während er weint." —

Nach dieser Schilderung begreift man, daß, wie bürgerliche Korrespondenten aus Moskau berichten, die revolutionäre Erbitterung in Moskau heute viel furchtbarer ist, als vor dem Blutbad des 31. Dezember! —

Aus der Partei.

Gegen die „Revolutionsromantik"

wettert nun auch der Hirsch-Dunckersche „Gewerkverein" in einem Artikel, der die Debatte in unserer Parteipresse über diese Frage durch Auszüge wiedergibt:

Aus eigenem sagt der „Gewerkverein":

„In Deutschland bedarf die Arbeiterschaft des politischen Massenstreiks nicht, um sich politische Rechte zu erkämpfen. Dazu bieten sich ihr viel ungefährlichere Waffen. Die Arbeiter brauchen in den reichsdeutschen Staaten, die ihr Wahlrecht verkürzen, nur diejenigen bürgerlichen Parteien bei den Wahlen zu unterstützen, **die allezeit ehrlich für den Ausbau des Wahlrechts gestritten haben.** Hätte die Sozialdemokratie diese Taktik befolgt, so besäße die preußische wie sächsische Arbeiterschaft längst ein besseres Wahlrecht und hätte es jetzt nicht nötig, mit den Beinen auf den Straßen zu demonstrieren und sich mit den Schutzleuten herumzuprügeln."

Der „Gewerkverein" würde sich ein Verdienst — nicht um die Arbeiterbewegung oder eine politische Partei — aber um die spätere Geschichtsschreibung erwerben, wenn er auch nur eine bürgerliche Partei nennen wollte, „die allezeit ehrlich für den Ausbau des Wahlrechts gestritten" hat. Da die Arbeiterschaft allein ein Interesse an der Ausdehnung des Wahlrechts hat, steht sie in dem Kampfe um dasselbe auch ohne Hülfe, glücklicherweise aber nicht hülflos da.

Es spricht für die jeder Romantik abholde, kühle und überlegende Art des deutschen, speziell des Berliner Arbeiters, daß derselbe jedem Techtel-Mechtel besonders mit dem weiblichen Freisinn aus dem Wege geht, der seinerseits trotz dieser Ablehnung immer wieder kokette Blicke nach einem so willkommenen Liebhaber wirft.

Der Hecht im Karpfenteich.

In Estenfeld bei Würzburg wurde bei der letzten Gemeindewahl ein Sozialdemokrat mit in die Gemeindeverwaltung gewählt. Nun war es mit der idyllischen Ruhe, die bisher auf der Ratsstube geherrscht hatte, vorbei. Der unbequeme Nörgler verlangte u. a. auch eine genaue Abrechnung von dem Gemeindekassierer Walz, einem strammen Zentrumsmann und großen Sozialistentöter. Der Gute tat entrüstet, aber unser Genosse ließ nicht locker und steckte seine Nase in alles, zuletzt sagte er dem Kassierer auf den Kopf zu, daß er seit vielen Jahren Gemeindegelder unterschlagen und für sich verbraucht habe.

Die Antwort war eine Beleidigungsklage, deren Ergebnis jedoch der Herr Kassierer nicht abwartete; er ist jetzt bei Nacht und Nebel verduftet. Die ziemlich umfangreichen Unterschlagungen haben sich nun evident herausgestellt. Wäre der Sozialdemokrat nicht in die Verwaltung gewählt worden, so hätte der ungetreue Kassierer sein Unwesen noch lange weiter treiben können.

Bei der Stadtverordnetenstichwahl zu Burg bei Magdeburg wurden die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Blumtritt und Stollberg gegen die bürgerlichen Parteien mit 645 gegen 638 Stimmen nach heißem Kampfe gewählt.

Personalia. Genosse Max Schneider ist aus der Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme" ausgeschieden. Er siedelt nach Straßburg im Elsaß über, wo er in die Redaktion der „Freien Presse" eintritt. — Genosse Hans Block tritt aus dem Redaktionsstab der „Sächsischen Arbeiterztg." aus, ebenso der den Berlinern bekannte Genosse Wermuth aus der Redaktion der „Remscheider Arbeiterzeitung". Beide treten in die Redaktion des „Vorwärts" ein.

Rom, 8. Januar. (Eig. Ber.) Ueber die Streitfrage in der römischen Parteiorganisation, die sich an die letzten Stadtwahlen knüpfte, hat die Organisation ein Referendum angesagt, dessen Ergebnis heute bekannt gegeben wurde. Wie erinnerlich, hatten mehrere römische Reformisten, gegen den Beschluß der Parteimehrheit, die Liste der Parteikandidaten mit Namen von antiklerikalen Liberalen ergänzt. Als die Organisation dies als Disziplinlosigkeit tadelte, hatten andere Reformisten sich auf die Seite der Getadelten gestellt und ihnen öffentlich ihre Solidarität ausgesprochen. Darauf beschloß die Versammlung der Unione Sozialista den Ausschluß aller dieser Frondeure aus der Partei. Da der Beschluß nicht mit den statutenmäßigen Garantien gefaßt worden war, annullierte ihn der Parteivorstand und wies die Sache an die Unione zurück. Diese, der es wegen der zerrütteten Parteiverhältnisse in Rom so gut wie unmöglich ist, $^3/_4$ der Genossen in einer Versammlung zu vereinigen, befragte darauf alle eingetragenen Mitglieder durch Referendum. Das Ergebnis, das nicht offiziell bekannt gegeben wurde, soll nach vorläufigen Mitteilungen das folgende sein: Von über 800 Mitgliedern waren nur 475 wahlberechtigt, weil nur sie mit ihren Zahlungen an die Zentralkasse auf dem Laufenden waren. Nur 342 machten von ihrem Recht Gebrauch und zwar erklärten sich 202 für die Ausschließung, 126 dagegen, 13 enthielten sich. Die Ausschließung ist somit beschlossen, was der Parteileitung eine eigene Lage schafft, da sich unter den Ausgeschlossenen Genosse Bissolati befindet, Mitglied des Parteivorstandes und Abgeordneter, ferner Mongini, Sekretär der Vorstandes. Im ganzen trifft das Votum einige 20 der bekanntesten Reformisten, so Cassola, Gasi, Piva, Merloni und einige Angestellte in der Administration des „Avanti". Wenn das Referendum, statt einzig die Frage der Ausstoßung zu stellen, die der Suspendierung für ein Jahr eingeschlossen hätte, dürfte sich für diese weniger radikale Maßregel eine Mehrheit gefunden haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Preßprozeß, der ein öffentliches Interesse bot, beschäftigte am Mittwoch das Hallesche Schöffengericht. Es klagte der Inhaber der Firma Otto Kunau in Hamburg (Vertreiber der amerikanischen Strickmaschine „Bienenkorb") gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksblatts" Genossen Molkenbuhr wegen Beleidigung. Beklagter hat dem Privatkläger vorgeworfen, dieser habe die Käufer seiner Maschinen durch ein Inserat des „Volksblatts" getäuscht; die Abnehmer wären einem Schwindel zum Opfer gefallen. Im Herbst vorigen Jahres wurden fast in der gesamten deutschen Presse die Maschinen jener Firma bei Barzahlung für einen Preis von 150 M. unter der Garantie inseriert, daß man pro Tag damit bequem 5 M. verdienen könne und die Firma die gestrickten Waren aufkaufe. Auf das „verlockende Inserat" fielen Tausende hinein, und in Hamburg, Berlin und in anderen Großstädten fanden Protestkundgebungen „armer Hineingefallener" statt, die die Reklame in Resolutionen als Schwindel bezeichneten und den Staatsanwalt von Hamburg um Einschreiten ersuchten. Der Vertreter des Herrn Kunau machte sich die Reinigung seines Klienten sehr leicht, indem er sagte: auch einen Menschen, der gestohlen habe, dürfe man nicht als Dieb bezeichnen. Genosse Molkenbuhr bot den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung an, und das Gericht beschloß, Zeugen und Sachverständige zu vernehmen bezw. die Untersuchungsakten gegen den Privatkläger vom Hamburger Staatsanwalt einzufordern. Die Sache mußte deshalb vertagt werden. Hätte der Privatkläger geschwiegen, wäre er ein Weiser geblieben.

Ausgewiesen aus Metz wurde am 10. d. M. der Italiener Catenzati, welcher sich seiner Landsleute in allen gewerkschaftlichen Fragen annahm. Er wurde von der Arbeit weggeholt und innerhalb einiger Stunden als lästiger Ausländer an die schweizer Grenze nach Basel gebracht. Dies ist der dritte derartige Fall in einem Jahre. Bei den Grubenbaronen des Lothringer Bergreviers dürfte die Freude darüber jedoch nur von kurzer Dauer sein; dafür wird die dortige Arbeiterschaft, bei welcher der Ausgewiesene großen Anhang hat, schon sorgen.

Aus Industrie und Handel.

Das Gespenst einer Kohlennot.

Noch vor einigen Wochen sträubte sich das Rh.-Westf. Kohlensyndikat, jede Fördereinschränkung aufzuheben. Man war also der Ansicht, daß die Produktivkräfte die Absatzmöglichkeiten überragten. Mittlerweile ist kaum etwas geschehen, was die Lage auf dem Markt wesentlich hätte verschieben können. Nun aber werden plötzlich die Konsumenten mit dem Gespenst einer Kohlennot geängstigt. Die „Köln. Ztg." weiß zu berichten, zwischen dem Kohlensyndikat und der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd seien Vereinbarungen dahin zustande gekommen, daß zunächst für den Januar beide Gesellschaften auf Ansuchen des Syndikats auf einen Teil der vertragsmäßigen Kohlenlieferungen verzichten und für den Ausfall auf dem englischen Markt Deckung suchen. Das Syndikat muß die Preisunterschiede vergüten, soweit höhere Preise in Frage kommen. — Nach einer Mitteilung der „Köln. Volksztg." hat das Syndikat bei dem Bochumer Gußstahlverein große Bestellungen für Eisenbahnwagen gemacht, um die Zechen gegen den Wagenmangel zu schützen. — Das Syndikat, das sonst wohl sehr schweigsam sein kann, sorgte dafür, daß alle Welt von einem Schreiben an seine Abnehmer Kenntnis erhielt, in welchem mitgeteilt wurde, daß alle Ansprüche lange nicht befriedigt werden könnten. Ja es wurde sogar mitgeteilt, das Syndikat sei in seinen Erwartungen in bezug auf die Leistungsfähigkeit der Gruben enttäuscht. Alle solche Mitteilungen wirken darauf hin, bei den Abnehmern die Befürchtung zu erwecken, es könnte eventuell eine für sie unangenehm werdende Kalamität in der Kohlenversorgung eintreten. Diese Befürchtungen lösen naturgemäß das Bestreben aus, durch große, langfristige Abschlüsse sich gegen solche Kalamitäten zu schützen. Was mag nun solcher Mitteilungen Zweck sein? Wir wollen hier nur an einen ähnlichen Vorgang erinnern, der sich vor fünf Jahren zutrug. Damals war auch das Gespenst einer drohenden Kohlennot hervorgezaubert worden. Die Angst vor einer solchen wurde nicht vermindert durch eine feierliche Erklärung des Abgeordneten Hilbck, das Syndikat werde die Kohlenknappheit nicht künstlich steigern. Die Eisenbahnverwaltung schloß einen neuen Lieferungsvertrag mit dem Syndikat zu den damaligen hohen Konjunkturpreisen. Die Abnehmer suchten Deckung durch große Abschlüsse und auf einmal war von Knappheit keine Rede mehr, das Syndikat konnte Produktionseinschränkungen festsetzen. Große Abschlüsse zu guten Preisen waren hereingebracht, viele Abnehmer mußten größere Mengen abnehmen als sie konsumieren konnten.

Von der Geißel der Schutzzoll- und Syndikatspolitik. Unter denen, die zum Schutze der deutschen Industrie und Volkswirtschaft am lautesten nach Schutzzöllen riefen, gehörten die Papierfabrikanten. Ohne Zölle sollte angeblich die deutsche Industrie der Auslandskonkurrenz nicht gewachsen sein. Tatsächlich dienen die Schutzzölle also dazu, auf dem Innenmarkt ein Monopol zu erhalten und der Verarbeitungsindustrie durch billige Auslandspreise für Rohmaterial den Export zu erschweren. So hat das Papiersyndikat den deutschen Abnehmern jetzt für neue Abschlüsse höhere Preise vorgeschrieben, während es ausländischen Beziehern herabgesetzte Preise kodiziert. An Hand einer Originalofferte wird dem „B. T." darüber u. a. geschrieben:

„Der hier offerierte Preis beträgt im Höchstfalle 18 Pf. per 1 Kilogramm franko Hans London, während augenblicklich in Deutschland Druckpapier unter 22 bis 23 Pf. per 1 Kilogramm

kaum zu haben ist. Da der deutsche Druckpapierzoll (im jetzigen wie auch im neuen deutschen Zolltarif) 6 M. per 100 Kilogramm beträgt, so hat also die Preisdifferenz zwischen In- und Auslandspreisen bereits den vollen Zoll überschritten. Eine deutsche Fabrik, die sowohl Druckpapier wie auch das für die Buntpapierindustrie nötige Rohpapier herstellt, gab der oben erwähnten Buntpapierfabrik betreffs der Preisherabsetzung von deutschem Druckpapier in London die offenherzige Erklärung, daß der Verband deutscher Druckpapierfabriken den Preis im Ausland niedriger stelle, um ein möglichst großes Quantum dahin absetzen zu können „und den Preis im Auslande nicht drücken zu lassen".

Hier wird also offen eingestanden, daß der Schutzzoll nicht notwendig ist, um den Auslandskonkurrenten die Eroberung des deutschen Marktes unmöglich zu machen, sondern daß der Zoll dazu bestimmt ist, auf Kosten der Weiterverarbeitung den deutschen Markt zu monopolisieren. So gestaltet sich in der Praxis der Schutz der nationalen Arbeit durch Zoll- und Syndikatspolitik.

„Lohn"steigerung für Aktionäre. In der Aufsichtsratssitzung der Hamburg-Amerika-Linie wurde mitgeteilt, daß der nach Absetzung sämtlicher Unkosten zur Verfügung bleibende Reingewinn des verflossenen Jahres nach vorsichtigen Schätzungen sich auf etwa 35 Millionen Mark (im Vorjahre auf 27 800 000 Mark) belaufen wird. Die Verwaltung beabsichtigt vorzuschlagen, von diesem Betrage 11 Millionen Mark zur Auszahlung einer Dividende von 11 Proz. (im Vorjahre 9 Proz.) zu verwenden und etwa 23 Millionen Mark (im Vorjahre 18 Millionen Mark) für Abschreibungen vom Werte der Schiffe und für die weitere Verstärkung der Reserven der Gesellschaft zu benutzen.

Industrieller Zusammenschluß. Nach dem Muster anderer Industrien mit dem Zweck, der in freier Konkurrenz wirkenden Preisregulierung durch Angebot und Nachfrage ein Korrektiv zugunsten der Fabrikanten entgegenstellen zu können, haben nun auch die Herdfabriken Schritte getan, um einen Zusammenschluß aller Fabriken herbeizuführen.

Soziales.

Vergeblicher Kampf um die Unfallrente.

Der frühere Hausdiener Paul B. war zwei Jahre lang in dem Warenhaus von Jandorf als Hausdiener tätig gewesen. Am 9. September 1903 verunglückte er beim Transport einer Tragekiepe auf folgende Art: Er erhielt von dem Expeditionschef der Firma den Auftrag, eine mit Wirtschaftsgegenständen angefüllte zirka 1½ Zentner schwere Kiepe von der vierten nach der zweiten Etage zu tragen. Da B. aber nur von sehr schwächlichem Körperbau war, so verweigerte er den Transport der Kiepe, weil sie ihm zu schwer und zu unhandlich erschien. Hierüber geriet sein Vorgesetzter in großen Zorn und drohte unter Schelten und Wettern mit einer Meldung beim Prinzipal, wenn B. den „Befehl" nicht sofort ausführen würde. Als dieser aber wieder erklärte, daß ihm die Kiepe zu schwer sei, rief der Expedient zwei andere Hausdiener herbei, die nun dem B. die Kiepe auf den Rücken helfen mußten. Dieser Last war B. jedoch nicht gewachsen; schon nach wenigen Schritten ließ er die Kiepe fallen. Gleichzeitig fühlte er heftige Schmerzen in Brust und Rücken und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Zunächst wurde er mehrere Wochen von dem Dr. Arnold Freudenthal behandelt, der an dem Patienten zwar keine Verletzungen wahrnahm, jedoch ein nervöses Leiden feststellte, das in das Gebiet der Neurasthenie und Hysterie fiel. Da keine Besserung eintrat, so verwies Dr. F. den Patienten an einen Spezialarzt, und dieser, der bereits verstorbene Dr. Brasch, behandelte ihn über ein halbes Jahr lang, indem auch er Hysterio-Neurasthenie konstatierte.

Inzwischen hatte B. bei der Lagerei-Berufsgenossenschaft die Gewährung einer Unfallrente beantragt. Nach mehrmaligem Briefwechsel und langem Warten erhielt er endlich einen ablehnenden Bescheid mit der Motivierung, es liege hier kein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes vor. Ebenfalls ablehnend lautete auch die Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung. Es wurde auf Grund von Zeugenaussagen angenommen, daß B. die ihm aufgeladene Kiepe gleich wieder losgelassen habe, noch ehe die Last derselben überhaupt eine Wirkung auf ihn auszuüben vermochte. Die gutachtliche Annahme des Arztes Dr. Freudenthal aber, daß das Nervenleiden des Klägers mit dem Unfall möglicherweise im Zusammenhang stehen könne, biete für die Wahrscheinlichkeit nicht genügend Raum.

Gegen dieses Urteil legte B. nun Rekurs ein und bemängelte hauptsächlich, daß der eigentlich behandelnde Arzt Dr. Brasch nicht antragsgemäß gutachtlich vernommen worden sei. Das Reichsversicherungsamt forderte darauf das verlangte Gutachten ein, und Dr. Brasch bekundete schriftlich, daß, wenn der Kläger auch schon früher an Nervosität gelitten habe, so sei doch zweifellos eine Verschlimmerung des Leidens infolge jenes Unfalls eingetreten; er schätze den Kläger auf 50 Prozent erwerbsunfähig. Leider konnte der Arzt dieses schriftliche Gutachten eidlich nicht mehr bekräftigen, weil er vorher verstarb. Daraufhin holte das Reichsversicherungsamt ein Obergutachten von dem Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Goldscheider ein, der den Kläger vom 3. bis 8. Juli 1905 im städtischen Krankenhause „Moabit" beobachtet und untersucht hatte. Das Obergutachten bezeichnete den Kläger zwar auch als einen seiner ganzen Veranlagung nach für schwere Arbeiten ungeeigneten, schwächlichen und sehr nervösen Menschen; jedoch kam der Herr Professor zu dem Schluß, „daß erwerbsbeschränkende Unfallfolgen bei dem Kläger zurzeit nicht bestehen". Die Erwerbsfähigkeit in der Zeit seit dem Unfall könne jetzt nicht mehr beurteilt werden. — Unter Anlehnung an dieses Obergutachten wies dann das Reichsversicherungsamt vor kurzem den Kläger mit seinen Ansprüchen endgültig ab.

Mehr wie zwei Jahre lang hat also das Verfahren gedauert, wiewohl einer der wenigen Vorzüge des Unfallversicherungsgesetzes das schnelle Verfahren sein soll. Durch nicht rechtzeitige Anhörung des behandelnden Arztes ist es dem Verletzten unmöglich gemacht, den Beweis zu erbringen, der in jedem Zivilprozeß zu erbringen gewesen wäre. Bestände das Unfallversicherungsgesetz nicht, so wäre die Firma Jandorf zum Ersatz des Schadens längst verurteilt. Das Unfallgesetz nimmt dem Arbeiter aber jeglichen Ersatzanspruch gegen den Unternehmer persönlich.

Zum Bamberger Aerztekonflikt, der, wie wir mitteilten, durch einen Rückzug der Ortskrankenkasse beendigt wurde, hat der Stadtmagistrat ausgesprochen, daß die Entlassung des Arbeiters Wolf aus dem Krankenhause durch den Krankenhausarzt Dr. Teichert wegen einer geringfügigen Differenz „verfrüht" gewesen sei, es hätte erst dem dirigierenden Arzt Meldung gemacht werden müssen. Die Ortskrankenkasse erhielt, wie uns gemeldet wird, den Auftrag, in Zukunft Differenzen mit den Krankenhausärzten vor der Besprechung in der Generalversammlung dem Magistrat zur Entscheidung vorzulegen. Der Assistenzarzt Dr. Teichert hat zum 1. Februar gekündigt, weil er nicht ganz recht bekommen hat.

Eine dahingehende Anordnung, daß Differenzen mit den Aerzten der Aufsichtsbehörde zu unterbreiten seien, ist ein jeglicher gesetzlichen Grundlage entbehrender Eingriff in die Selbstverwaltung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 12. Januar.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Florentinische Tragödie. — Der heilige Brunnen. — Der Herr Kommissär.
Berliner. Gastspiel des Theaters des Westens.
Neues. Liebesleute.

Anfang 8 Uhr:
Westen. Schützenliesel.
Lessing. Stein unter Steinen.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Zwei glückliche Tage.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Hans.
Kleines. Hidalla.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Die Wetterfahne.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Zentral. Die Glocken von Corneville.
Luisen. Die lustigen Weiber von Windsor.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Metropol. Auf ins Metropol.
Kasino. Die goldene Brücke.
Apollo. Prinzeß Rosine. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Folies Caprice. Soll und Haben. Nach dem Zapfenstreich.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel. Im Hörsaal um 8 Uhr: Ingenieur Keßner: Gewinnung des Roheisens.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater. Anfang 7½ Uhr. **Edles Blut.** Sonnabend Gastspiel der Oper des Theater des Westens: Der Opernball. Sonntag nachm. 2½ Uhr: Hamlet. Abends 7½ Uhr Gastspiel der Oper des Theater des Westens: Die Fledermaus. Montag: Kean.

Neues Theater. Anfang 7½ Uhr. **Liebesleute** (Amants). Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: **Ghetto.** Sonnabend: Zwei Stilpe-Komödien.

Zentral-Theater (Operette). 8 Uhr: Die Glocken von Corneville.

Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: **Am Golf von Neapel.** Hörsaal 8 Uhr: Ingenieur Keßner: Gewinnung des Roheisens.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62. **Castans Panoptikum** Friedrichstr. 165. Ohne Extra-Entree. Heute und folgende Tage: Zum ersten Male in den Räumen der 1. Etage: **Bergbewohner Abessiniens.** 65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder. Eintritt 50 Pf.

Luisen-Theater. Zum erstenmal: **Die lustigen Weiber von Windsor.** Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag nachm.: Die Waise aus Lowood. Abends: Die lustigen Weiber von Windsor. Montag: Der Kaufmann v. Venedig.

Apollo-Theater. Abends 8 Uhr: Prinzeß Rosine. Hierauf: Die erstklassigen Spezialitäten mit **Katsukuma Higashi** Meister der Selbstverteidigungslehre **Jiu-Jitsu.** Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. **!Auf – in's Metropol!** Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater Frankfurter-Allee 85. Vollständig neues Januar-Programm. Neu! Willy Fernando, der berühmte Doppel-Kunstbläser. Mr. Ginloy mit seinem Wunderhund. Neu! **Eier-Wally.** Posse mit Gesang. **25 Elite-Spezialitäten.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.** Schwank in 4 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Ueber unsere Kraft.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Nora.** Sonntag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Freitag, abends 8 Uhr: **Hans.** Drama in 3 Aufz. von Max Dreyer. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hans.** Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Crainquebille.** Die Bäuerin. Abschied vom Regiment. Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Veilchenfresser.**

Zirkus Albert Schumann. Heute Freitag, den 12. d. Mts., abends präzise 7½ Uhr: **Extra-Gala-Vorstellung. Sensationelle Novität! Mirza-Golem-Truppe** 9 Personen, Original-Kaukaser. Ferner: Das anerkannt vorzügl. Programm u. sämtl. Clowns u. Auguste mit ihren neuesten urkom. Entrees. Zum Schluß! Zum 22. Male: Die diesjährige große Ausstattungspantomime in 7 Abteilungen: **Femina,** das neue Frauenreich. Entworfen und auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann. Besonders hervorzuheben: Im 3. Akt: Im Palast der Präsidentin. Im 5. Akt: Das Sportfest der Damen. — Ferner: Die märchenhaft schöne Schluß-Apotheose! Sonntag: 2 Vorst. Nachm. 3½ Uhr: Ein Kind frei. Abds. 7½ Uhr: Femina. In beid. Vorst.: Mirza Golem-Truppe.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Der Weg zur Hölle.**

Walhalla-Theater. **Nach Afrika nach Kamerun!** Ausst.-Posse mit Ges. u. Tanz in 6 Bild. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Folies Caprice. Budapester Possen-Theater 132 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstr. Zum 117. Male: **Nach dem Zapfenstreich.** Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitätenteil. Anfang 8 Uhr. Vorverk. tägl. b. Wertheim u. an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an. In Vorbereitung: Der Bohème.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. **Walter Steiner** Humorist. **Acosta** Kraft-Jongleur. Buddhas Tafel prolongiert. 14 neue erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute Freitag, den 12. Januar cr.: **Uriel Acosta.** Trauerspiel in 5 Aufz. v. K. Gutzkow. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Billett-Vorverkauf von 10–2 Uhr an der Theaterkasse. Sonntag nachm.: Uriel Acosta. Abends 7 Uhr: Bummelfritze.

XI. Berliner Saison. **Zirkus Busch.** Komischer Gala-Abend. Zum 54. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: **Indien.** Orig.-Pantomime des Zirkus Busch in 8 Bildern. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens. Ferner: Elefanten-Kämpfe. Sensationell! Sensationell! Mr. Norton Smith, Amer. berühmtester Pferdebändiger. U. a.: Die gefährliche Fahrt durch die Teufelsbrücke bei Rauch und Feuer. — Die ital. Reiterfamilie Cardinale, die berühmt. Manegekomiker Rappo u. Reade, Signor Magrini, Zwergclown Francois, Herr Ernst Schumann, Orig.-dressuren und die vorzüglichsten Programm-Nummern.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. **Die Wetterfahne.** Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Der Prinzgemahl.** Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Lanrof und A. Chancel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespillen.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp. **„ER und ICH"** Sonntag nachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich".

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr **Die lebende Brücke auf Kuba.** Sensationelles amerik. Ausstattungsstück mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern von James Fox. Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung, kl. Pr.: Hänsel u. Gretel.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das **Riesen-Januar-Programm.** Die 3 Harders, Berliner Hochturner, ehemal. Mitgl. d. Hegelmann-Truppe. **The Baretts,** urkomische Pantomimisten. **Paulas Beichte,** Burleske von W. Gericke, u. 12 erstklassige Nummern. Familienkarten in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Komische Oper. Friedrichstr. 101/101a. Freitag, 12. Januar, abends 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Sonnabend: Die Bohème. Sonntag nachmittag 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Die Bohème. Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Montag zum erstenmal: Der Corregidor.

Winter Garten. **Otto Reutter.** Klein-Familie, Kunstradfahrer. Ernst Perzina, dressierte Affen. Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin. Elmo u. Recco, amerikanische Exzentriks. Yulian Familie, Akrobaten. Die drei Holloways, Drahtseilkünstler. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Die Meininger, Hundepantomime. „In Schottland", Ballett-Divertissement. Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Szene. Der Biograph „Rückkehr vom Ball".

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. **Maria Stuart.** Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Keine Vorstellung. Sonntag: Eine Heirat per Dampf. Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M.

Kasino-Theater. Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr. **Die goldene Brücke.** Schauspiel in 3 Akt. v. R. Skowronneck. Im Neuen Theater z. Z. m. sensation. Erfolg gegeben! Vorher: Das brill. bunte Programm. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Opferlamm.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Heute abend 8 Uhr: **Familientag im Hause Prellstein.** Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Morgen abend 8 Uhr: Familientag im Hause Prellstein.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich in den unteren Sälen **Gottschalk-Konzert.**

Reichshallen. Heute: **Stettiner Sänger.** Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Dir. W. Reimer. Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns **Norddeutsche Sänger** und Tanzkränzchen. Sonnt. Bg. 5, Wochent. 8 Uhr. Dienstag und Mittwoch: **Theater-Abende.** Gastsp. d. Löwe-Ensembles. Anm. f. d. gr. Theatersaal u. d. kleineren Säle zur nächst. Saison werden schon jetzt entgegengenommen.

Königshof, Bülowstr. 37, a. Pbd. Str. Jeden Freitag: **Fritz Steidl-Sänger.** Anfang 8¼ Uhr. Zum Schluß: **Aftermieter.**

Otto Pritzkows **Berliner Abnormitäten-Theater** Münzstr. 16. Riesen-Weihnachts-Programm! Neu! Die Elite-Liliputaner-Truppe, die kleinsten Sängerinnen u. Vortragskünstler der Welt. Riesin Ilona, 485 Pfd. schwer. Opulo, der Mensch ohne Gefühl. Mne! Mne! Mne! frei in der Luft schwebende Türkin. Hellseherin Armida, wahrsagende Wunderdame. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend. rc.

Goßmanns Festsäle Kreuzbergstr. 48. Inh. Otto Ernert. Jeden Freitag: **Original-Harburger Sänger.** Direktion: Karl Frick-Kasche-Krause. Anfang 8 Uhr. Entr. 20 Pf. Vorzugskarten gelten. Nachher: Frei-Tanz. Jeden Montag: Frei-Tanzkränzchen. Anfang 9 Uhr.

Schöneberger Wintergarten Goltzstraße 9. Täglich Theater- und Spezialitätenvorstellung. Sonntags 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7½ Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Variété Elysium Kommandantenstraße 3/4. Um 9½ Uhr: Auftreten des berühmten Stegreifdichters **Paul Steinitz.**

Arbeiter-Notiz-Kalender 1906

Geb. 60 Pfg. Porto 10 Pfg.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Kartell und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Vierzig Jahre deutsche Sozialdemokratie. — Normale Ernährung und Volksernährung. Von E. Murm. — Wissenswertes aus dem gewerblichen Recht. — Die Reichstagswahlen 1903 mit den seither stattgefundenen Nachwahlen. — Biographien unserer Reichstagsabgeordneten. — Sozialistische und Gewerkschaftspresse in Deutschland. — Adressen der deutschen Gewerbe-Inspektoren — der deutschen Gewerkschaften — der Mitglieder der Generalkommission der Internationalen Sekretariate — der Arbeitersekretariate. — Mitgliederzahlen u. finanzielle Leistungen der deutschen Gewerkschaften. — Mitglieder in den einzelnen Gewerkschaften. — Weibliche Mitglieder. — Portotarife. Münztabelle, Einnahme- und Ausgabetabellen usw.

Außerdem enthält der Kalender ein vorzüglich hergestelltes Lichtdruckbild:

Teilnehmer am Einigungs-Kongreß in Gotha 1875

Zu beziehen ist der Kalender durch jede Parteibuchhandlung.

Der Verlag:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

Zur Agitation für die Wahlrechtskämpfe zu empfehlen:

Die Frauen u. die Politik

von Lily Braun

50 Pfg.

Agitations-Ausgabe 20 Pfg.

In warmen, begeisternden Worten fordert die Verfasserin die proletarischen Frauen auf zu tätiger Mitarbeit in den Wahlrechtskämpfen. Die Revolution der Maschine hat die Frau der Ausbeutung des Kapitalismus überantwortet; die Maschine ebnet aber auch den Weg zur Befreiung der Frau aus den ökonomischen, rechtlichen und sittlichen Fesseln, in die vergangene Zeiten sie geschlagen haben. Darum muß auch die Frau um Anerkennung der Staatsbürgerrechte kämpfen.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 14. Januar 1906, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon", Kolbergerstraße 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: **„Die Zeit im Bilde der Dichtung".**

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Ledebour.** 246/7

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Sonntag, den 14. Januar 1906, vormittags 10 Uhr, in den „Industrie-Sälen", Beuthstr. 20:

General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung: 257/2

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905. 2. Bericht des Vorstandes, des Bibliothekars, der Rechtsschutz-Kommission und der Kartelldelegierten. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand. J. A.: A. Juppenlatz.

Achtung! **Handlungsgehülfinnen! Handlungsgehülfen!** Achtung!

Freitag, den 12. Januar 1906, abends 9 Uhr, in den „Industrie-Festsälen", Beuthstraße 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Ist Frauenarbeit Lohndruck! Referent: Redakteur **Jul. Borchardt**-Königsberg.

Zahlreichen Besuch erwartet

Zentral-Verband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands.
Bezirk Berlin, Neue Friedrichstr. 20. 285/10

General-Versammlung

der Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse der

Lederzurichter

Berlins (E. H. Nr. 50)
am Sonntag, den 21. Januar,
vormittags 10 Uhr,
bei **Feind,** Weinstraße 11.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal 1905. 2. Bericht der Revisoren. 3. Vorstandswahl: a) des ersten Vorstehers; b) eines Schriftführers; c) eines Beisitzers; d) Wahl der Ersatzmänner. 5. Geschäftliches.

Der Vorstand. 18206
J. A.: Gustav Busse.

Café Meyer

Dresdener- Straße 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Std. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Sozialdemokr. Wahlverein des Kreises Niederbarnim

Bezirk Weißensee.

Dienstag, den 16. Januar cr., abends 8½ Uhr, im **Vereinshause,** Charlottenburgerstraße Nr. 150:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Bericht der Bibliothekare. 5. Bericht des Vergnügungskomitees. 6. Bericht der Revisoren. 7. Neuwahl des Gesamtvorstandes und Vergnügungskomitees. 8. Vereinsangelegenheiten. 18/1

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutsche
Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57
(2. Eingang: Germannstraße 28).

Geöffnet von 9½—2 und 4—8 Uhr. Telephon: III, Nr. 1296.

Die von uns einberufene Versammlung der

Rohrleger-Helfer

findet umständehalber **nicht** am Sonntag, den 14. Januar, sondern 14 Tage später, also am **Sonntag, den 28. Januar,** **vormittags 10 Uhr,** bei **Wohlfahrt,** Rosenthalerstr. 57, statt.

Die Mitglieder wollen dies beachten.

280/1 **Die Branchenkommission.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonnabend, den 13. Januar, im Volkshause,
Rosinenstraße 3 (großer Saal): 132/2

Wiener Maskenball

Während der Kaffeepause:

Ballett u. Theateraufführungen sowie sonstige Ueberraschungen.

Billetts 40 Pf. **Anfang 8 Uhr.**

Billetts sind bei allen Vorstandsmitgliedern, „Grundstein"-Vertreibern und beim Restaurateur **Emil Müller,** Rosinenstr. 3, zu haben.

Es ladet ergebenst dazu ein **Das Komitee.**

Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Sonnabend, den 20. Januar 1906, abends 8 Uhr:

Großes Kostüm-Fest

arrangiert v. Gesangverein **„Norddeutsche Schleife"** M. d. A.-S.-B.

Eine Sängerfahrt nach dem Riesengebirge

mit diversen Begleiterscheinungen.

Natürliche dekorative Darstellung des Riesengebirges

Teilnehmerkarten mit vollständigem Programm a 75 Pf. vorher zu haben: **Restaurants:** R. Schaller, Gräfestr. 4. M. Richter, Adalbertstr. 5. **Zigarrengeschäfte:** Brodowsky, Reichenbergerstr. 73. A. Hoffmann, Pücklerstr. 30. O. Henscher, Wrangelstr. 107. C. Wolff, Gubenerstr. 29.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 13. Januar, in „Sanssouci", Kottbuserstr. 4a:

Großer Wiener Maskenball.

Billetts sind zu haben bei: **Wreschnieck,** Eisenbahnstr. 27; **Hintz,** Waldemarstr. 65a; **Rose,** Köpenickerstr. 100; **Kühn,** Grätzstr. 69/70; **Locher,** Adalbertstr. 97; **Lipke,** Rostigstr. 59; **Lanpichler,** Grandenzerstr. 12, und **Kretschmar,** Fruchtstr. 41. 198/2

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Achtung! **Rohrleger und Helfer!** Achtung!

Sonntag, 14. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal IV):

Allgemeine Versammlung

der **Rohrleger** u. **Helfer** Berlins u. Umgegend.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Sonntag, 14. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c:

Branchen-Versammlung

aller in der Metall- u. Eisenindustrie beschäftigten **Kobler, Bohrer, Stoßer** und **Fräser.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Kriminalrecht und Strafvollzug". Referent: Kollege **Pawlowitsch.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

NB. Um die Versammlung pünktlich eröffnen zu können, werden die Kollegen ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Sonntag, 14. Januar, nachmittags 1½ Uhr, im Lokal von Moll, Grünauerstraße 7:

Bezirksversammlung für Köpenick und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Jakobsen** über: **„Die gefüllte Kompottschüssel der Arbeiter".** 2. Diskussion. 3. Kassenbericht der Bezirksleitung. 4. Wahl der gesamten Bezirksleitung. 5. Verbandsangelegenheiten.

Ehrenpflicht aller organisierten Metallarbeiter ist es, diese Versammlung pünktlich zu besuchen.

Mitglieder von Baumschulenweg!

Sonntag, 14. Januar, vorm. 10 Uhr, bei Schäfer, Baumschulenstr. 14:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: **„Die Not des vierten Standes".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 110/11

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter!

Montag, 15. Januar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal V):

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Werkstattdifferenzen. 2. Bericht der Branchenkommission. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 77/18

Jede Firma muß vertreten sein! **Die Branchenkommission.**

Einsetzer.

Sonntag, 14. Januar, vorm. präzise 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Obmanns über die Tätigkeit der Kommission im Laufe des vergangenen Jahres. 2. Bericht des Kassierers über den Stand des Extra-Fonds. 3. Diskussion. 4. Neuwahl der Gesamtkommission (mit Kassierer und Beitragsammler). 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! In Rücksicht auf die obige Tagesordnung sowie in der Erwägung, daß am 1. Juni dieses Jahres unser Tarif abläuft, infolgedessen erneute Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden müssen, ist es nötig, die Säumigen aufzurütteln, damit Mann für Mann in dieser Versammlung erscheint, um tatkräftige und energische Kollegen in die Kommission entsenden zu können.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Dienstag, 16. Januar, abends 8 Uhr, bei Walter, Adalbertstraße 62:

Kommissions-Sitzung.

Sämtliches Material, das die bisherigen Kommissionsmitglieder im Besitz haben, ist mit zur Stelle zu bringen.

Der Obmann.

Vergolder!

Filiale Berlin.

Montag, den 15. Januar, abends präz. 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 21 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905.
2. Jahresbericht des Vorstandes.
3. Neuwahl des Gesamt-Filialvorstandes, der Revisoren und Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission.
4. Wahl von sieben Delegierten zur Generalversammlung 1906.
5. Anträge zur Generalversammlung.
6. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dieses kein Einlaß.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen und wird dieselbe der reichhaltigen Tagesordnung wegen pünktlich eröffnet.

225/1 **Der Vorstand.**

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5670L*

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Prima große Waldhasen

per Stück 3,40 M. 5742L

Hasenrücken 1,75, Hasenkeulen 1,35,
sowie sämtliche Sorten

Wild und Geflügel.

Wilh. Krafft, Friedrichstrasse 210,
Eingang Kochstr.
Telephon Amt VI. 851.

Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Faß-Abteilung: **Landsberger Allee 11/13.** T. VII. 5088.
Flaschen- „ **Frieden-Straße 93.** T. VII. 1670.

Unsere **Original-Abzug-Flaschenbiere** in fast allen **Kolonialwaren-Handlungen.** 5669L*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

In der „Blanken Hölle“.

Das bekannte „Abenteuer in der Blanken Hölle“, das seinerzeit der Versicherungsbeamte Knappe erlebte, beschäftigte gestern zum zweiteumal die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage richtet sich gegen den jetzt 21 jährigen Versicherungsbeamten Otto Knappe und den Redakteur Max Ludwig; ersterer ist des Vergehens gegen § 187, Ludwig wegen Vergehens gegen § 186 St.-G.-B. beschuldigt. Die Angelegenheit ist am 9. März v. J. schon einmal ausführlich verhandelt worden. Die Strafkammer hatte beide Angeklagte freigesprochen, das Urteil ist aber vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an die Strafkammer zu erneuter Verhandlung zurückverwiesen worden. Es handelt sich um folgende Vorgänge: Zwischen Tempelhof, Mariendorf und Schöneberg liegt ein Wiesenterrain mit einer Schlucht, in welcher sich eine Art Teich befindet und welche „Blanke Hölle“ genannt wird. Diese ist, wie behauptet wird, der Sammelplatz von allerlei lichtscheuem Gesindel und es wird dort von Zeit zu Zeit eine Razzia abgehalten. Da auch die Kirchhofsverwaltung der St. Matthäikirche die Kirchhofsruhe wiederholt gefährdet erachtete und der Amtsvorsteher von Mariendorf eine nur von ihm zu veranstaltende Razzia nicht für ausreichend hielt, so ersuchte der Amtsvorsteher die Polizeiverwaltung von Schöneberg, mit ihm zusammen eine Razzia zu veranstalten. Diese fand am 25. August 1904 statt. Es wurden dabei mehrere Personen aufgegriffen, darunter auch der jetzige Angeklagte Knappe. Diesem war, wie er behauptet, infolge seines leidenden Zustandes vom Arzte möglichst häufige Bewegung in der Sonne verordnet worden und er hatte sich mit einem Buche in der Hand am Rande der „Blanken Hölle“ niedergesetzt, als ihn das Schicksal, von der Polizei „aufgegriffen“ zu werden, ereilte. Ueber seinen Transport inmitten einer Anzahl fragwürdiger Gestalten und seine Behandlung auf dem Wege nach der Polizeidirektion hatte er der Redaktion der „Welt am Montag“ eine eingehende Schilderung unterbreitet, die das Blatt am 12. September unter der Ueberschrift „Schutz gegen die Polizei“ veröffentlichte. Es wurde darin erzählt, daß Knappe, als er mit den Bassermannschen Gestalten nicht gern in Reih' und Glied marschieren wollte, sondern sich etwas seitwärts hielt, plötzlich Stockhiebe erhalten habe. Als er dagegen protestierte, sei er von mehreren Beamten nochmals mit Stockhieben bedacht worden. Man habe ihm die Handschelle so eng umgelegt, daß das Blut in der Hand stockte; er habe allerlei peinliche Insulten der Exekutivbeamten und höhnische Bemerkungen der Arrestanten erleiden müssen, sei in strömendem Regen nach der Schöneberger Polizei transportiert und dort noch eine Weile in eine Zelle gesperrt worden, bis man ihn nach Feststellungen seiner Personalien entlassen habe. Die „Welt am Montag“ knüpfte an diese Darstellung Ausdrücke der Entrüstung über das Verhalten der Polizei. Daraufhin erhielt das Blatt von dem Polizeipräsidenten von Schöneberg, Grafen von Westarp, eine Berichtigung, die in fünf Punkten die Darstellung des Knappe als unwahr bezeichnete und namentlich bestritt, daß dieser geschlagen worden sei. Knappe blieb aber auf Vorhalt unentwegt bei seinen Behauptungen und die „W. a. M.“ knüpfte deshalb an die Berichtigung eine Reihe weiterer kritische Bemerkungen, die sich mit dem Verhältnis des Publikums zur Polizei beschäftigten. Durch diese Artikel fühlen sich der Kriminalkommissar Rucks in Schöneberg und zwei andere Kriminalbeamte beleidigt; es wird behauptet, daß Knappe seine Angaben wider besseres Wissen gemacht habe. Auch im gestrigen Termin verbleibt Knappe dabei, daß alles, was in dem Artikel von ihm berichtet worden ist, durchaus wahr sei. Insbesondere sei es richtig, daß er auf dem Transport plötzlich von hinten durch einen heftigen Schlag auf die Waden zum Weitergehen aufgefordert worden sei. Er habe darauf erklärt, daß er keinen Schritt weiter gehe, wenn man ihn schlage. Darauf habe ihn ein Beamter an die Kette gelegt und der Beamte habe sich seine Hand zeigen lassen, um nachzusehen, „ob er etwa die Krätze habe“. Als der Zug auf der Polizei angelangt war, habe man ihn, nachdem er vernommen war, in die Zelle gesperrt, wo er mit einem anderen etwa eine Viertelstunde lang festgehalten worden sei. Der Beamte, der ihn schließlich entlassen, habe ihm drohend gesagt: „Wenn Sie sich noch einmal an der „Blanken Hölle“ sehen lassen, dann geht es nach Moabit!“ Als er sich über die Behandlung beklagte und dabei erwähnte, daß er noch Rekonvaleszent und erst den dritten Tag außerhalb des Bettes sei, habe der Beamte gesagt: „Es wird wohl nicht so schlimm gewesen sein.“ Der Angeklagte bestreitet, daß die „Blanke Hölle“ verrufen sei. Einen Nachmittag sei sogar ein religiöser Verein dort gewesen. Der praktische Arzt Dr. Dörken-Tempelhof bestätigt bei seiner Vernehmung, daß Knappe zur kritischen Zeit Rekonvaleszent war. Er wisse nichts davon, daß die „Blanke Hölle“ einen üblen Ruf habe. Sie sei vielfach der Zielpunkt von Spaziergängen. Er selbst sei 50 bis 60 mal, auch des Abends, dort gewesen und habe niemals Gesindel dort bemerkt.

Kriminalkommissar Rucks aus Schöneberg bekundete folgendes: Zwischen den Ortschaften Tempelhof, Mariendorf und Schöneberg liege ein kleines Gewässer, welches den Namen „Blanke Hölle“ führe. An diesem Orte versammelte sich ständig (!) allerlei Gesindel, wie Pennbrüder, Rowdys, Zuhälter und Dirnen der allerniedrigsten Sorte, die geradezu skandalöse Zustände herbeiführten. Die Frauenzimmer und Männer reinigten dort ihre Kleider, badeten zusammen und spazierten vergnügt umher, bis die Kleider in der Sonne getrocknet waren. Um den Zuständen ein Ende zu bereiten, wären häufig Razzien vorgenommen worden, die jedesmal ein gutes Ergebnis hatte, da viele gesuchte Personen festgenommen wurden. Auf ein Ersuchen des Amtsvorstehers von Mariendorf habe am 25. August 1904 eine Razzia an der „Blanken Hölle“ stattgefunden. In der Nähe von einigen Pennbrüdern habe der Angeklagte Knappe gelegen und gelesen. Auf die Frage, ob er Legitimationspapiere bei sich habe und was er dort treibe, habe er „patzig“ geantwortet: „Das geht Sie gar nichts an“. Knappe wäre wegen dieser „Patzigkeit“ festgenommen worden. Er habe weder seinen Namen genannt, noch gesagt, daß seine Eltern in Tempelhof wohnen und ihm der Arzt empfohlen habe, spazieren zu gehen. Hätte Knappe dies auf anständige, bescheidene Weise gesagt (!), so hätte er — Zeuge — ihn laufen lassen. Auf dem weiteren Transport habe Knappe plötzlich erklärt, er gehe nicht weiter mit. Der betreffende Beamte, der Kriminalschutzmann Krehske, habe ihm die Fessel um das linke Handgelenk gelegt, weil Knappe sich gegen den Boden gestemmt habe. Nach kurzer Zeit sei ihm jedoch die Fessel wieder abgenommen worden, da Knappe nunmehr mitging. Daß er geschlagen sei, habe Zeuge nicht gesehen. Daß unterwegs Spitzfindigkeiten und spöttische Redensarten gegen Knappe gefallen seien, sei möglich, wie z. B.: „Was der für eine feine „Pelle“ an hat, wer weiß, wo er die „geklaut“ hat“, und „Das ist der erste Schritt zum Staatsverbrecher“. Diese Aeußerungen rührten jedoch nicht von den Beamten, sondern von den festgenommenen Pennbrüdern her. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein stellte durch Befragen des Zeugen fest, daß die Razzia nicht durch ein bestimmtes Verbrechen veranlaßt worden sei. Weiter erklärte Kriminalkommissar Rucks auf Befragen des Verteidigers, daß zurzeit gegen ihn ein Disziplinarverfahren schwebe. Er sei jedoch von seinem Vorgesetzten, Polizeipräsidenten Graf v. Westarp angewiesen worden, hierüber die Aussage zu verweigern, dagegen auszusagen, daß dieses Disziplinarverfahren nichts mit der vorliegenden Sache zu tun habe. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Löwenstein wurde der Bericht des Kriminalkommissars Rucks verlesen, den er bald nach der Razzia verfaßt hatte. Durch diesen soll bewiesen werden, daß der Zeuge in verschiedenen Punkten von seiner damaligen Ansicht abweiche. In dem Bericht des Zeugen heißt es u. a.: „Knappe habe sich mit zwei echten Pennbrüdern an der „Blanken Hölle“ aufgehalten, auch eine weiße Weste getragen, die stark reinigungsbedürftig gewesen sei. Er habe — so heißt es wörtlich weiter — bei näherem Beschauen den Eindruck eines besseren Zuhälters gemacht.“ Während der Zeuge heute angab, er habe den Angeklagten wegen seines „patzigen“ Benehmens festgenommen, gab er in dem Bericht an, daß die Festnahme wegen seines reduzierten Aeußeren und des Mangels jeglicher Legitimationspapiere der Grund gewesen sei. Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Wenn jemand sich die „Blanke Hölle“ als Vergnügungsort aussucht und sich unter das dortige Strolchkollegium setzt, ist er ebenfalls nichts besseres wie ein Strolch. Sonst krächzen die Zeitungen davon, daß jeder Mensch im Arbeiteranzuge von der Polizei als Strolch angesehen werde, wenn nun mal ein besser gekleideter Mensch als Strolch festgenommen wird, ist es auch nicht recht. Der Wind muß eben gedreht werden, sonst flattert die Fahne der Parteientrüstung nicht richtig.“

Pastor Frommhagen aus Neu-Tempelhof bekundete, daß er öfter nach der „Blanken Hölle“ spazieren gegangen sei, niemals aber verdächtiges Gesindel dort gesehen habe. Er habe auch einmal dort, genau so wie der Angeklagte, im Grase gelegen und, sich sonnend, ein Buch gelesen. — Kriminalschutzmann Loczynski bestätigte die Aussage des Zeugen Rucks, daß Knappe patzige Redensarten gemacht und keine Legitimation besessen habe. Der Zeuge bestritt, seinerseits geschlagen zu haben. — Der Schutzmann Krehske bekundete, daß Knappe bei seiner Sistierung und auf dem Transport gesagt habe: „Das muß in die Presse kommen!“ Der Zeuge will auch etwas von der „Welt am Montag“ und vom „Vorwärts“ gehört haben: Er hat den Knappe an die Kette genommen, weil er nicht gehen wollte. Es sei nicht wahr, daß das Handgelenk des Knappe blutunterlaufen war, ebensowenig wahr sei es, daß er selbst etwas von „Krätze“ gesagt habe. — Einer dieser Zeugen hat gesehen, daß Knappes Handgelenk durch die Handfessel blutunterlaufen war. Ein anderer behauptete, daß die „Blanke Hölle“ öfter als Ziel zu Familienausflügen benutzt werde, ein anderer will in der Woche doch auch Pennbrüder dort getroffen haben. Nach Ansicht eines Zeugen ist Knappe etwa eine halbe Stunde in der Zelle zurückbehalten worden, in der Taxierung dieser Zeit gingen aber die Ansichten der Zeugen auseinander.

Zwei Zeugen bekundeten, daß, als sie durch die Beamten am Rande der „Blanken Hölle“ bei der Razzia festgenommen wurden, sie ein Beamter an die Beine geschlagen und gesagt habe: „Marsch, vorwärts!“ Seine als Zeugin vernommenen Mutter und einer anderen Zeugin hatte der Angeklagte Knappe gleich nach seiner Freilassung von der Polizei seine Erlebnisse genau so erzählt, wie es in dem qu. Artikel steht. Die Mutter gab ihrem Sohne das Zeugnis eines guten Sohnes und bestätigte ihm, daß er zunächst von seinem Vater verlangt habe, klagbar zu werden, daß sich der Vater aber vor den Kosten gescheut und den Weg zur Presse vorgeschlagen habe. Mehrere von der Verteidigung geladene Zeugen sollten bekunden, daß sie selbst noch am Tage der Razzia die „Blanke Hölle“ zum Ziel eines Spazierganges benutzt haben. Da diese Tatsache als wahr unterstellt wurde, wurde auf diese Zeugen verzichtet. — Staatsanwalt Banning, der die Anklage aus § 187 gegen Knappe fallen ließ, führte aus, daß dieser der üblen Nachrede schuldig sei, ebenso wie der Angeklagte Ludwig. Knappe sei bedauerlicherweise teils durch seine Unkenntnis, teils durch sein Unglück in eine Razzia verwickelt und in Gemeinschaft mit verschiedenen Sistierten nach Schöneberg zur Polizei transportiert worden. Die Polizei treffe keine Schuld dafür, daß sie Knappe mitgenommen. Die Polizeibeamten hätten nach ihrer Kenntnis von diesem Orte das Recht gehabt, eine Razzia abzuhalten. Knappe habe sein Geschick durch sein eigenes ungeschicktes Benehmen verschuldet. Unrichtig sei es, daß er von einem Beamten geschlagen worden sei, unrichtig, daß die höhnischen Redensarten seitens der Beamten gefallen seien. Der Angeklagte könne nicht den Schutz des § 193 in Anspruch nehmen. Die Form und die Aufmachung des ganzen Vorfalles in dem Artikel zeige deutlich, daß es ihm nicht darauf angekommen sei, seine Interessen zu wahren, sondern der Polizei und den Polizeibeamten etwas am Zeuge zu flicken. Der Staatsanwalt beantragte gegen Knappe 50 M. event. 10 Tage Gefängnis, gegen Ludwig 300 M. Geldstrafe event. 60 Tage Gefängnis.

Der Verteidiger führte aus, daß die Darstellung des Artikels im großen und ganzen, abgesehen von kleinen Nebensächlichkeiten, sich als richtig erwiesen habe. Er nahm für Knappe den Schutz des § 193 in Anspruch und beantragte gegen Ludwig, wenn dieser in seiner Kritik des polizeilichen Verhaltens zu weit gegangen sein sollte, eine möglichst gelinde Strafe.

Das Gericht verkündete folgendes Urteil: Der Gerichtshof sei davon ausgegangen, daß der Angeklagte Knappe ein Opfer seiner Ungeschicklichkeit geworden ist, denn hätte er sich bei der Razzia nur ein wenig geschickter benommen, wäre der ganze Vorfall nicht passiert. Als erwiesen sei weiter angesehen worden, daß die „Blanke Hölle“ ein Tummelplatz für lichtscheues Gesindel und die Razzia deshalb mit Recht vorgenommen worden sei. Dies schließe natürlich nicht aus, daß auch einmal ein anständiger Mensch sich dorthin verirre. Wer aber einmal einen solchen Punkt besucht, der dafür bekannt ist, daß sich dort nur Gesindel aufhält, muß unter den Folgen leiden und sich auch einer Razzia fügen. Das Gericht habe geschwankt, ob nicht § 187 (verleumderische Beleidigung) in Anwendung kommen könne. Es sei jedoch nur eine Beleidigung aus § 186 angenommen worden. Der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) sei den Angeklagten aus dem Grunde nicht zugebilligt worden, weil in dem Artikel schon nach der Form und den Umständen eine Beleidigung erkennbar sei. Bei Knappe komme bei der Abmessung des Strafmaßes mildernd in Betracht, daß er geglaubt habe, ihm wäre bitteres Unrecht geschehen, und ferner, daß er noch ein junger Mensch ist, der sich der Tragweite seiner Handlungsweise nicht voll bewußt gewesen war. Es sei deshalb bei ihm nur auf eine Geldstrafe erkannt worden. Bezüglich des Angeklagten Ludwig liege die Sache anders. Er sei seit mehreren Jahren Redakteur und kenne seine Pflichten ganz genau. Trotzdem habe er mit einer gewissen Leichtfertigkeit dem Knappe Gehör geschenkt. Er hätte vielmehr als der ältere und erfahrenere Mann den Knappe auf den einzig richtigen Standpunkt der Beschwerde bei dem Polizeipräsidium weisen müssen. Die ganze Sache habe den Anschein, als ob Ludwig die Angelegenheit als willkommene Vorlage für einen auf die Sensationslüsternheit des Publikums berechneten Artikel aufgenommen habe. Es sei deshalb Knappe zu 30 Mark Geldstrafe, Ludwig zu **drei Monaten Gefängnis** verurteilt worden. — Ein eigenartiges Urteil und eine noch eigenartigere Begründung. Einem harmlosen Rekonvaleszenten geschieht bitteres Unrecht. Darüber beklagt er sich — es erfolgt deshalb Bestrafung. Und das Gericht erteilt gar noch den Rat, der Beleidigte hätte sich beim Polizeipräsidium beschweren müssen! Vor demselben Gericht sagte im Oktober 1898 der damalige Polizeipräsident als Zeuge aus: er halte es für durchaus in der Ordnung, daß man einen Bürger für verrückt halte und als gemeingefährlich nach Herzfelde transportiere, der sich bei derselben Stelle beschwere, von der das Unrecht zugefügt sein soll. Nette Aussichten eröffnet das ungeheuerliche Urteil dem Bürger: Beeinträchtigungen seines Rechts muß er sich gefallen lassen, führt er in der Oeffentlichkeit darüber Beschwerde, so erhält er Strafe. Führt er Beschwerde — kommt er ins Irrenhaus. Die Verurteilten werden selbstverständlich Revision einlegen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach Frau Wally Zepler über „Henrik Ibsen“. Die sehr gut besuchte Versammlung nahm mit lebhaftem Interesse die außerordentlich feine Charakterisierung des Dichters und Denkers entgegen. Die nächste Versammlung findet am 22. Januar statt. Eduard Bernstein spricht über das Thema: „Materialistische Geschichtsauffassung und das moderne Geschlechtsleben.“ Das Stiftungsfest des Vereins ist am 18. Februar. Billetts zu demselben sind in der nächsten Versammlung und später zu haben.

Vermischtes.

Zu der Diebstahlsaffäre in Weimarer Hofkreisen wird dem „Jenaer Volksblatt“ aus Weimar geschrieben: Die Untersuchungen über die Diebstahlsaffären im hiesigen Kultusministerium und im großherzoglichen Residenzschloß werden mit ungemindertem Eifer fortgesetzt und immer wieder Personen verhört und neue Tatsachen festgestellt. So hat man letzthin ausgeforscht, daß öfters alte Akten zum Ausklopfen weggefahren wurden und es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß auch bei dieser Gelegenheit Wertsachen gestohlen wurden. Die Oeffentlichkeit erfährt so gut wie nichts von der Angelegenheit, da alle beteiligten Personen tiefstes Schweigen beobachten. Trotzdem ist es wohl einzig und allein den Veröffentlichungen der Presse zuzuschreiben, daß viele der Handschriften und Wertgegenstände wieder in den Besitz der rechtmäßigen Eigentümer gelangten. — Der Antiquitätenhändler Bach sitzt noch immer in Untersuchungshaft, er soll aber seine Rechtslage absolut nicht für verzweifelt halten und fest an seine Freisprechung glauben. So viel steht jedenfalls fest, daß nicht wenig Leute hier in Weimar von dem Küchenmeister König ebenfalls Bilder und Kunstgegenstände gekauft haben, ohne sich je etwas Unrechtes dabei zu denken, da König beim verstorbenen Großherzog Karl Alexander in großer Gunst gestanden haben soll und man stets annahm, es handle sich um Geschenke. Auch aus der Königschen Konkursmasse sind noch viele Kunstgegenstände, die meist aus dem Schloß stammen, zu hohen Preisen verkauft worden. Auf die gerichtlichen Nachspiele, falls es überhaupt so weit kommt, ist man gespannt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62—65 pr. 100 Pfund, IIa 54—60, IIIa 48—52, IVa 40—46. Kalbfleisch Ia 82—90, IIa 70—80, IIIa 56—68. Hammelfleisch Ia 64—74, IIa 52—62. Schweinefleisch 74—78. Rotwild Pfund 40—50 Pf. Hasen Stück 2,90—3,20, mittel 2,00—2,80. Kaninchen Stück 0,75—0,90. Hühner pro Stück, alte 1,40—2,00, junge Ia 0,90—1,30, do. IIa 0,00—0,00. Tauben, junge 0,40—0,60, alte 0,30—0,50. Enten junge 2,00—3,00. Gänse pro Stück Ia 0,00—0,00, IIa 0,00—0,00, pro Pfd. Ia 0,60—0,70, IIa 0,58. Schellfische 18—25 M., Pfunder 27—30 M. pro 100 Pfd. Hechte 90—106 M. Schleie, mittel 00—00 M. Aale, groß 0,00, mittel 103—105, klein 0,00, Plötzen 00—00 M., Karpfen unf. 00 M., Lachs 00,00. Schottische Vollheringe (gesalzen) 36—38 M. Eier, Schock 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 117—120, IIa 114—117, IIIa 110—114, abfallende 00—00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00—2,20, Nosen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schock 7,00—12,00, Weißkohl 7,00—10,00, Rotkohl 6,00—10,00, holl. 14—17 M. Saure Gurken, Schock 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Witterungsübersicht vom 11. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	745	W	3	bedeckt	4	Haparanda	757	SO	2	bedeckt	−7
Hamburg	759	WSW	4	bedeckt	4	Wilna	756	SW	1	bedeckt	−1
Berlin	758	WSW	4	Regen	4	Scilly	768	W	3	halb bd.	8
Frankf. a. M.	766	SW	2	bedeckt	5	Aberdeen	757	SW	3	heiter	3
München	767	SW	4	halb bd.	1	Paris	766	W	1	wolkenl.	−1
Wien	764	WSW	1	halb bd.	3						

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. Januar 1906.

Etwas kühler, vorwiegend nebelig oder wolkig bei mäßigen nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 (am Moritzplatz). | Madaistraße 22 (im Schlesischen Bahnhof). | Landsbergerstraße 52-53 (der Kurzenstr. gegenüber).

Seelachs mit Kopf
Gr. Schellfisch mit Kopf
Kabeljau ohne Kopf

25 Pfg. pr. Pfd.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Köpenicker Viertel).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Vergolder

Karl Glathe

wohnhaft Naunynstraße 9, Stadtbezirk 97 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

242/2 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.

Unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer

August Maurer

ist am Sonnabend, den 6. Januar, bei der Arbeit abgestürzt und sofort verstorben.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Humboldtstr. 68/73 in Reinickendorf, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

245/1 **Der Vorstand.**

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Möbelpolierers 57412

Max Janke

sagen wir allen Verwandten, Bekannten sowie seinen Kollegen vom Holzarbeiterverband unseren herzlichen Dank.

Die trauernde Witwe Ida Janke nebst Tochter.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 8. Januar v. J. starb unser Mitglied

Felix Dobbertin.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

257/4 **Der Vorstand.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Zahlstelle II (Hülfsarbeiter).

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 7. Januar, starb plötzlich und unerwartet unser Mitglied und Kollege

Max Brzezniak

im eben vollendeten 28. Lebensjahre. 36/3

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Januar, vom Leichenschauhause aus nach dem Nazareth-Kirchhof statt.

Die Ortsverwaltung. Berlin II.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein" Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**

Touren am 14. Januar:

3. Abt. Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg. - Start 12½ Uhr Mariannenpark, mit und ohne Rad.
4. Abt. nach Spandau, Kumke. Start 1 Uhr Andreasplatz.
5. und 6. Abt. nach Chorinsee. Start 1 Uhr Prenzlauer-, Ecke Danziger-straße. 11/2

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, der Bauarbeiter

Ernst Gutsch

im Alter von 51 Jahren am 10. d. M. nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 13. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 32/6

Um stille Teilnahme bittet

Die trauernde Witwe **Frau Emma Gutsch.**

Verband d. baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin und Umg.

Den Mitgliedern unseres Verbandes zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, bisheriger Gauleiter in Graudenz, der Kollege

Ernst Gutsch

am 10. Januar nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Seine aufopfernde, jahrelange Tätigkeit im Interesse unserer Organisation wird ihm ein stetes Andenken bei allen Bauarbeitern bewahren.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. 32/5

Um rege Beteiligung ersucht

Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung!!

Hamburger Rohtabak-Haus.

Vorstenland, zweite Länge Vollblatt, leicht und sehr gut brennend

per Pfund M. 1,30.

Filiale: **Berlin N., Brunnenstr. 190.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Reinickendorf-Ost.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß gestern unser Genosse

Karl Berger

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

222/1 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter 57432

Helene Lehmann

geb. **Baumann**

am 9. Januar nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg.

Karl Lehmann und **Sohn** (ehemal. Zeitungsspediteur) Rixdorf, Julinsstraße Nr. 53.

Motordroschken nach Polizeivorschrift, schnell lieferbar.

Loeb & Co., G. m. b. H. **Grünstr. 5/6** und **Unter den Linden 65.**

Unseren werten Lesern empfehlen wir folgende 233/4*

Neuerscheinungen

von Büchern und Broschüren:

Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat von van den Brink 10 Pf.

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. Sonderabdruck der Verhandlungen auf dem Parteitag zu Jena 20 Pf.

Der politische Massenstreik. Vortrag gehalten in Breslau von Ed. Bernstein 20 Pf.

Generalstreik und Sozialdemokratie von Henriette Roland-Holst mit Vorwort von Karl Kautsky. Zweite revidierte und verbesserte Auflage 1,50 M.

Die preußische Volksschule und die Sozialdemokratie von Dr. Leo Arons mit Einleitung von Dr. Max Quarck 75 Pf.

Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis von Ed. Bernstein. Eine Antwort auf die Artikelserie der „Kölnischen Ztg.": Die heutige Sozialdemokratie 1,— M.

Feste der Festlosen. Hausbuch weltlicher Predigtschwänke von Kurt Eisner 2,50 M.

Die Hämmer dröhnen. Gedichte von Franz Diederich 1,— M.

Die berühmten Frauen der französischen Revolution 1789—1795. Mit 9 Porträts von Emma Adler geb. 6,— M.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur von Kurt Grottewitz mit einem Vorwort von Wilh. Bölsche brosch. 60 Pf. geb. 1,— M.

Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bekämpfung von Paul Kampffmeyer 75 Pf. in besserer Ausstattung 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts" Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14* **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Mache meine werte Kundschaft aufmerksam:

Heute Freitag

von **Mittag** an gibt es

Frische Blut- u. Leber-Wurst

in **bekannter, tadelloser Qualität.**

Richard Augustin Oranienstr. 103 Hof parterre.

Frühstücks- und Mittagstisch.

Säle und Vereinszimmer noch mehrere Wochentage frei.

Telephon: Amt IV, 5652.

Lunge u. Hals.

Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Brustleiden, Asthma ꝛc. gebrauche man nur den garant. echt.

Russischen Knöterich

(Marke „Eremit".

Pakete mit wissenschaftl. Gutachten M. 1.—, 3 Stck. 2.75 Bei 6 Paketen franko überall hin. **Reichel's Bonbons Pectoral,** aus nur heilkräftigen Urgewächsen bestehend, sind wunderbar in ihrer Wirkung u. verdoppeln den Erfolg. 1 Pfund 1.20 M., ½ Pfund 60 Pf. Versand hier frei Haus!

Otto Reichel, BERLIN 43, Eisenbahnstr. 4.

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik Gustav Lustig, Berlin S.,** Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. Pfd. 55 Pf., feinrussische Halbdaunen d. Pfd. M. 1.25, bessere Halbdaunen d. Pfd. M. 1.75, vorzügliche Daunen d. Pfd. M. 2.85. — Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Internationales Kommissions- u. Lagerhaus

des großen Umbaues wegen

Eröffnung erst Mittwoch, 17. Januar 1906.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster Extraermäßigung. Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12. 11048*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Ein großer Posten Trumeaus, mahagoni, nußbaum, zu staunend billigen Preisen für Weihnachtspräsente. Taschensofa 52,00, Chaiselongue, Schlafsofa, Muschelbettstelle 17,00, Tisch, ×-Verbindung, Lazarus, Andreasstraße 57, an der Markthalle.

Leihhaus Küstrinerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, Teppichen, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzügen ꝛc. *

Wollblusen, 3, 4, 5, 6 Mark, zum Ausklopfen. Spezialfabrik Blumenstraße 9. 73/5*

Kostümröcke, von 2 Mark an, Faltenröcke. Spezialfabrik Blumenstraße 9. 73/5*

Seidenblusen in jeder Preislage. Blumenstraße 9 II. 73/5*

100 Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Hahn, Prenzlauerstraße 22. 73/4*

Sofa, wie neu, 21,00. Meicke, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/20

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Verfallene Pfandstücke, Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Taschenuhren, Wanduhren, Verschiedenes spottbilligst Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †27*

Krautstraße 50. Aus meinem Fabrikraum und Keller verkaufe direkt an das Privatpublikum Möbel zu staunend billigen Preisen. Ganze Einrichtungen schon von 150 Mark an. Wer sich verheiraten oder Zimmer ergänzen will, kann in Saalfelds „Möbelspeicher", Krautstraße 50, zufriedengestellt werden. Kein Laden, daher die kolossal billigen Preise. Inventur-Ausverkauf. Gekaufte Möbel werden kostenfrei bis April sorgfältig aufbewahrt. Preise jetzt staunend billig. 18245

Damenhüte, spottbillig nur Pappel-Allee Nr. 140, Eckhaus Schönhauser Allee. *

Gardinenverkauf, Bettenverkauf, Steppdecken, Bettwäsche, Verschiedenes staunenerregend billig Weidenweg neunzehn. †27*

Bettenlagerei spottbilligst Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †27*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 76/1*

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 76/2*

Gelegenheitskauf! Kleiderspind, Wäschespind, Trumeau, Stühle, Bettstellen, Plüschsofa, Ausziehtisch, Teppich, Portieren, Schreibtisch, bunte Küche. Neue Königstraße 20. 285/14*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Freischwinger, Remontoiruhren, Uhrketten, Bilder, Spiegel, Winterpaletots, Gaskronen, Tischdecken spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113. Teilzahlungen gestattet. 231/20*

Restauration, gutgehend, veränderungshalber preiswert zu verkaufen. Zu erfragen Beitze, Wiesenstraße 41. †78*

Sofas, neue 35,00, Plüschsofa 48,00. Tapezierer-Werkstatt, Lothringerstr. 40.

Chaiselongue, nageinen, 16,00, 20,00. Tapezierer-Werkstatt Lothringerstraße 40. *

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Naß, Mulackstraße 14. 17985*

Baurestauration verkäuflich Rixdorf, Steinmetzstraße 98. †116*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 11328

Nähmaschinen, ohne Geld, Woche 1,00, Uhr Gratiszugabe, gebrauchte 12,00 an. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †89*

Nähmaschinen. Zahle bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Ohne Anzahlung. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †27*

Destillation wegen Krankheit sofort zu verkaufen Petersburgerstraße 81. †27*

Gasheizsparöfen! Gaskochöfen 6,00, Petroleumöfen billig. Bronzegaskronen, dreiflammig 10,00, Gasuhren! 1½ Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 11588*

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 16—38,00. Gehrockanzüge, Lodenjoppen, Herrenhosen spottbillig. Täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I.

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 11598*

Betten. Stand 11,00, zweischläfrig 16 Mark. Freischwinger billig. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †26*

Salongarnitur, Sofas, Schränke, Tisch, Bettstellen, Bilder, Stores, Teppich, Uhr verkaufe sofort billig, auch einzeln. Elsasserstraße 32, Gartenhaus. 18319

Kanarienhähne, Zuchtweibchen, räumungshalber billig, Spezialzüchterei. Lehmann, Brunnenstraße 29. †00

Federbett, Gaskrone, Plüschteppich, Uebergardinen, Tischdecke, elegante Steppdecken, Tülbettdecke, Stores billig. Hoffmann, Naunynstraße 52.

Nußbaum-Kleiderspind, Vertiko, Spiegel, Spiegelspind, Plüschsofa, Muschelbetten, Ausziehtisch, Stühle, fast neu, billig. Königsbergerstraße 11, erstes Quergebäude I, Liefe. †27

Küchenspind, Kinderbettstelle, Ueberzieher, Kragen verkauft, Händler verbeten, Neumann, Schliemannstraße 25. †50

Grünkramladen. Wohnung, sofort, 700,00, Woldenbergerstraße 27. *

Verschiedenes.

Klavier-, Violinunterricht, gründlich, acht Stunden 3,—. Thaerstraße 58. †27*

Musikschule, monatlich 4 Mark, Skalitzerstraße 116a. 13765*

Singerbobbin-Ringschiffgeluch, Beerwald, Schwedterstraße 12. 257/17*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 76/16*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Patentanwalt Weisel, Gitschinerstraße 94a. 17925*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterstoffen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9 (Ballisadenstraße). 75/15*

Vereine! Saal frei. Sonnabends, 17., 24. Februar. Klubhaus Annenstraße 16. Vereinszimmer, frei. *

Vereinshaus, Invalidenstraße 146. Großes Zimmer noch einige Tage, auch Sonnabend, zu vergeben. †113*

Zeichenunterricht für Maurer und Zimmerer. Ausbildung von Bauzeichnern. Buchholz, Architekt, Eisenacherstraße 103, nahe Winterfeldtplatz. Anmeldungen 7—9, Sonntags 9—1. 17565*

Alteisen. Metallbruch kauft höchstzahlend Riedel, Markusstraße 43. *

Chauffeurschule des Automobiltechnikums „Berlin", Spicherstraße 11/12, bildet jedermann kürzestens zu erstklassigem Chauffeur aus. 18265

Tanz-Schule Richard Heinrich im Fürstenhof, Köpenickerstraße 137/138. Sonntag beginnt ein neuer Kursus.

Vereinszimmer Dienstag und Donnerstag noch frei. Parteilokal Frankfurter Allee 181. †129

Vereinszimmer. 20—70 Personen, vergibt Restaurant Vereinshaus, Manteuffelstraße 47. 18225

Maskenanzüge, Herren und Damen, vermietet billig Schönhauser Allee 28, Schütz.

Platina, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold, Staubgold, photographische Rückstände sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Broh, Wrangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6958. 76/4*

Vermietungen.

Wohnungen.

Eine große, eine kleine Wohnung zum 1. April zu vermieten Wiesenstraße 41—42. †78

Kleinwohnungen, Zimmer 7, Zimmer, Küche 15, Zweizimmer, Küche 20. Rixdorf, Kopfstraße 15, Manzikstraße 12 (Hermannplatz), sofort, April. 285/13*

Hermannstraße 62, Rixdorf, neues Haus, Wohnungen von 2 und 1 Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort billigst zu vermieten. 10105*

Oudenarderstraße 36, 37, 38, Kleinwohnungen billig, sofort. 1, 2, 3 Stuben, Küche, Balkon, 1. April. Näheres Wirt 37. 17935*

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle allein in Moabit gesucht. Offerten Preisangabe Postamt 87 P. E. 99. †71

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Elsholz, Komiker, frei. Gropiusstraße 6. 16645*

Schmeltzer, Berliner Volkshumorist, auch Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †95*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 14685

Stellenangebote.

Tüchtige Schrankschlosser finden sofort Beschäftigung Kolonielstraße 89/90.

Graveurlehrling möglichst sofort sucht Liljeberg, Brandenburgstraße 33.

Korbmacher auf eckige grüne Arbeit verlangt A. Bader, Friedrichsfelde. †129

Packer für Goldleisten verlangt Wolff, Dieffenbachstraße 33. †107

Naturstockarbeiter zum Verfitten per sofort gesucht. Gebr. Goldmann, Ritterstraße 71. 18196

Tüchtige Beizer, die selbständig arbeiten und polieren können, sucht Tischlerei Teltowerstraße 53. 18276

100 Mamsells auf Saccos außerm Hause, 175—200. Fritz, Grenzstraße 11. †78*

Blusenarbeiterin verlangt Marsch, Mariannenstraße 14, Hof II. †2

Röcke-Arbeiterinnen verlangt Reichenbergerstraße 115a II. 18236

Mamsells auf Damensakkos verlangt Klaing, Dunckerstraße 83. †50*

Nachtjacken-Arbeiterinnen, geübte, in und außerm Hause sucht Zupernick, Lychenerstraße 26. †50

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Holzarbeiter!

In der Treppengeländer-Fabrik **Jos. Drechsler, Gubenerstraße 33,** sind sämtliche Arbeiter **ausgesperrt.** 47/2

Zuzug ist fernzuhalten.

Piano-Mechanik-Arbeiter und Arbeiterinnen!

Bei der Firma **Genz & Co., Blumenstraße 77,** befinden sich die Kollegen und Kolleginnen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Rahmenmacher!

In der Rahmenfabrik **Beck & Wolf,** Neanderstr. 4 und Schlesischestr. 42, vorn parterre, befinden sich die Kollegen im Streik. Zuzug von **Rahmenmachern, Kreissägenschneidern, Tischlern und Polierern** ist **streng fernzuhalten.**

Die Kommission.

Holzdrechsler!

Die Drechslerei von **Vanitsch,** Brunnenstraße 79, ist bis auf weiteres gesperrt. **Die Kommission.**

Achtung! Achtung!

Glasbläser und Bläserinnen!

Bei der Firma **Berliner Glühlampen-Fabrik,** Neue Jakobstr. 6, sind sämtliche Kollegen u. Kolleginnen **in Streik getreten.** Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen.

Achtung! Achtung!

Hausdiener, Packer und Kutscher

der Firma **G. Regeler u. Co., Emaille-Engros, Ritterstr. 71/75,** ist wegen Entlassung sämtlicher organisierten Kollegen 67/2

gesperrt!

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin I.

Verantwortlicher Redakteur: **Hans Weber,** Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glocke,** Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 9. Freitag, den 12. Januar 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Flugblattverbreitung

wird am Sonntag in Berlin und den Kreisen Teltow-Beeskow und Niederbarnim vorgenommen werden. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an dieser Arbeit zu beteiligen. Je mehr sich beteiligen, desto schneller ist die Arbeit getan. Die Genossen wollen sich an folgenden Stellen einfinden:

im 1. Kreis bei Seiler, Neue Friedrichstr. 20,
„ Weihnacht, Grünstr. 21.
„ Glaue, Krausenstr. 18.
„ Radtke, Flensburgerstr. 24.
„ 2. „ „ den bekannten Stellen.
„ 3. „ „ Schnieber, Admiralstr. 31.
„ Krüger, Raunynstr. 54.
„ Duncker, Simeonstr. 25.
„ Zacharowsky, Brandenburgstr. 49.
„ Stramm, Ritterstr. 123.
„ Höhlke, Oranienstr. 113/114.
„ Schneider, Sebastianstr. 7.
„ Moschinski, Michaelkirchplatz 9.
„ Biberstein, Adalbertstr. 61.
„ Radtke, Neue Jakobstr. 61.
„ 4. „ „ den bekannten Stellen des Ostens und des Südostens.
„ 5. „ „ Rausch, Winsstr. 12. 1. Abt.
Winter, Georgenkirchstr. 24. 2. Abt.
„ Tuscher, Georgenkirchstr. 48. 2. Abt.
„ Knötzsch, Hirtenstr. 10. 3. Abt.
„ Wohlfarth, Rosenthalerstraße 57, Hof, 4. Abt.
„ Wirth, Augustsstr. 51. 5. Abt.
„ Wittchow, Elsasserstr. 68. 6. Abt.
„ Beser, Luisenstr. 26. 7. Abt.
„ 6. „ „ den bekannten Stellen.

In Teltow-Beeskow und Niederbarnim treffen sich die Genossen an den ihnen schon bekannt gegebenen Stellen. Folgende Orte ersuchen uns um besondere Bekanntgabe:

Nieder-Schönhausen. Flugblattverbreitung am Sonntag, den 14. Januar, 1/2 8 Uhr, bei Dücker, Eichenstr. 70. Alle Parteigenossen haben pünktlich zu erscheinen.

Tegel. Vormittags 8 Uhr treffen sich die Genossen im Restaurant Gehlhaar, Berlinerstr. 92.

Neuenhagen. Die Ausgabe des Materials erfolgt am Sonnabend abend 8 Uhr im Lokal von A. Wünsch, Bahnhofstr. 27.

Waidmannslust und Umgegend. Sonntag 8 Uhr für Borsigwalde bei Kube; Wittenau bei Müller, Oranienburgerstr. 14; Waidmannslust an der bekannten Stelle; Hermsdorf bei Dimke; Hohen-Neuendorf bei Herrmann, Stolperstraße 6; Schönfließ bei Zimmerer Behrend; Bergfelde bei August Wilke. Jeder Ort muß selbst die Kräfte für die Verbreitung am Ort stellen.

Weißensee. Die Flugblattverbreitung für den Ort Weißensee findet am Sonntag früh 1/2 8 Uhr von den bekannten Abteilungslokalen aus statt. Für die Verbreitung in den ländlichen Bezirken ist der Treffpunkt morgens 1/2 8 Uhr beim Genossen Schmutz, Königs-Chaussee 38.

Spandau. Am Sonntag, den 14. d. M., findet eine Flugblattverbreitung für Stadt und Land statt. Die Bezirks- und Landbezirksführer nehmen dieselben am Sonnabend beim Genossen Schuster in Empfang. Sonntag früh Sammelpunkt in den Bezirkslokalen. Sonntag mittag 1 Uhr Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins bei Teßnow in Hakenfelde, an welcher auch die Genossinnen als Zuhörer teilnehmen können.

Weißensee. Die nächste Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Bezirk Weißensee findet am kommenden Dienstag, den 16. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150 statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen darf kein Genosse in dieser Versammlung fehlen. Näheres siehe heutiges Inserat.

Zühlsdorf. Wahlverein Bezirk Pankow. Der Gesangverein „Konkordia“ hält am 15. d. M. ein Vergnügen im Lokale des Herrn Iden ab. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht.

Vorort-Nachrichten.

Die Vorbereitungen zu den Gemeindewahlen,

die im März in vielen Gemeinden stattfinden, müssen unverzüglich eingeleitet werden. Dazu gehört in erster Linie, daß dafür Sorge getragen wird, daß kein Wahlberechtigter in der Wählerliste fehle.

Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen.

Versäume daher niemand, sich seines Wahlrechts zu vergewissern. Ueberzeuge sich jeder, ob er in der Liste steht. Wer das nicht kann, wende sich an einen bekannten Parteigenossen am Orte mit dem Ersuchen, für ihn die Einsichtnahme vorzunehmen. Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten, innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuern entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chambregarnisten sind wahlberechtigt, Schlafburschen ist das Wahlrecht durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abgesprochen worden. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindewahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuße zu sein braucht, es ist nur erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

•

Die Gemeindewählerlisten liegen vom 15. bis 30. Januar aus und zwar:

In Pankow von 8—3 Uhr im Rathause. Listen zum Einzeichnen der Wähler werden in folgenden Lokalen ausgelegt werden: Restaurant Griffel, Kaiser Friedrichstr. 15; Restaurant Müller, Berlinerstr. 86; Restaurant Abendroth, Mühlenstr. 25; Restaurant Clemen, Wollankstr. 122; Restaurant Buge, Schulzestraße 28; Restaurant Wolf, Wollankstr. 23; Vorwärtsspedition von Georg Freiwaldt, Florastr. 66.

Reinickendorf. Die Listen liegen im Rathause aus. Für diejenigen, welche die Listen nicht persönlich einsehen können, haben sich die Nachfolgenden bereit erklärt, die Listen einzusehen: W. Bohn, Gesellschaftsstr. 33; F. Bolien, Gesellschaftsstr. 42; H. Scholz, Provinzstr. 7; E. Hohmuth, Provinzstr. 108; E. Kirsch, Marktstr. 1/2; Klähn, Residenzstr. 31; Nicolai, Residenzstraße 137; Meinhardt, Hauptstr. 50/51; Brückner, Provinzstraße 82; Schiller, Provinzstr. 79; Wolffram, Hausotterstraße 43; Petrat, Provinzstraße Ecke Bürgerstraße; Gründer, Hoppestr. 24; Gehrke, Nordbahnstr. 11.

Groß-Lichterfelde. Die Wählerliste für die Wahlen zur Gemeindevertretung in Groß-Lichterfelde liegt vom 15. bis einschließlich 30. Januar 1906 im hiesigen Gemeindebureau (Schillerstraße 32), Zimmer 8, zur öffentlichen Kenntnis aus.

Adlershof. Vom 15. bis 30. Januar liegen im Gemeindebureau die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl aus. Diejenigen Parteigenossen, welche keine Gelegenheit haben, selbst nachzusehen, wollen ihren Namen, Wohnung und Beruf bei nachstehenden Genossen abgeben: Hermann Hildebrandt, Selchowstr. 14; Ernst Tost, Bismarckstr. 10; Richard Kaul, Bismarckstr. 16; Gustav Tempel, Kronprinzenstr. 46; Louis Stemmwedel, Adlergestell 20; August Beck, Hackenbergstr. 29.

Treptow-Baumschulenweg. Die Wählerliste für die Gemeindevertretung liegt in der Zeit vom 15. bis 30. Januar im Gemeindehause, Neue Krug-Allee 5, Zimmer 15, an den Wochentagen von 9 bis 3 und an den Sonntagen von 9 bis 10 Uhr vormittags öffentlich aus. Zur Einsicht für behinderte Genossen sind bereit: Robert Gramenz, Zigarrengeschäft, Kiefholzstr. 412, an der Elsenstraße, Fritz Preuß, Gastwirt, Neue Krug-Allee 59, Otto Mette, Zigarrengeschäft, Baumschulenstr. 70, Gustav Wangenheim, Zigarrengeschäft, Baumschulenstr. 15 und die Bezirksführer.

In Schmargendorf kann die Liste im Rathause, Zimmer 45, werktäglich von 8 1/2 Uhr vormittags bis nachmittags 3 Uhr eingesehen werden.

Grünau. Im Gemeindeamt, Mittelstr. 11, Zimmer 2, liegt die Wählerliste während der Amtsstunden — 9 bis 1 Uhr — zur öffentlichen Kenntnis aus. Wähler, die verhindert sind, selbst nachzusehen, wollen sich an G. Becker, Jägerstr. 18, wenden.

Mariendorf. Die Einsichtnahme in die Wählerliste kann während der Dienststunden im Rathause, Zimmer 6, erfolgen.

Bukow. Im Gemeindebureau, Dorfstr. 8, ist die Wählerliste ausgelegt und kann eingesehen werden.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind sofort zu Protokoll zu geben.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten hielten am Mittwoch ihre erste Sitzung im neuen Jahre ab. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurden die wiedergewählten Stadträte sowie die wieder- bezw. neugewählten Stadtverordneten, darunter die Sozialdemokraten Bartsch und Klick, eingeführt. Sodann erfolgte die Wahl des Vorstandes für 1906. Bei der Wahl des Vorstehers herrschte im Saale große Spannung, es blieb bis zum letzten Augenblick zweifelhaft, wer als gewählt proklamiert werden würde. Die Liberalen erhoben nämlich als stärkste Fraktion Anspruch auf die Stelle, sie präsentierten den bisherigen stellvertretenden Vorsteher Kaufmann. Die drei anderen Fraktionen dagegen wünschten die Wiederwahl des bisherigen Vorstehers Justizrat Rosenberg. Die Wahl erfolgte durch Stimmzettel. Von 65 Zetteln waren sechs unbeschrieben, 28 lauteten auf Rosenberg, 31 auf Kaufmann. Da die Versammlung nach längerer Geschäftsordnungsdebatte sich dafür erklärte, daß bei der Ermittelung des Resultats auch die weißen Zettel als gültig zu betrachten seien, mithin die Mehrheit von 33 von keinem Kandidaten erreicht war, wurde zur zweiten Wahl geschritten, aus der Rosenberg mit 34 Stimmen gegen Kaufmann, auf den nur 31 fielen, als Sieger hervorging. Zum stellvertretenden Vorsteher wurde Stadtv. Kaufmann, zu Beisitzern die Stadtvv. Heise, Münch, Stein und Dr. Borchardt (Soz.) gewählt.

Zum preußischen Städtetag entsandte die Versammlung die beiden Vorsteher, zum Brandenburger Städtetag die beiden Vorsteher und die Stadtvv. Buka, Dr. Penzig, Otto und Dr. Borchardt (Soz.).

Es folgte die Wahl von Mitgliedern für verschiedene Ausschüsse. Von Sozialdemokraten gehören an dem Wahlausschuß: Dörre, Scharrnberg, Mickler; dem Rechnungsausschuß: Klick, Liebe, Sellin; dem Petitionsausschuß: Klick, Sellin; dem Wahlprüfungsausschuß: Hirsch, Paasche; dem Ausschuß betr. Regelung des Verdingungswesens: Hirsch, Scharrnberg, Sellin; dem Ausschuß zur Prüfung eines Defekts im Rechnungsjahre 1903: Liebe und Sellin.

Debattelos bezw. nach unwesentlicher Debatte nahm die Versammlung die Vorlagen betr. versuchsweise Errichtung von Arbeitsstunden für Kinder der Gemeindeschulen und betr. Bereitstellung von 30 000 M. zur technischen Vervollkommnung der im neuen Schiller-Theater zu errichtenden Bühne an.

Die Vorlage betr. Ueberlassung eines Grundstücks an die anläßlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares geplante Stiftung zur Begründung einer Musteranstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit gab unserem Genossen Zepler Veranlassung in ironischer Weise die Sozialpolitik der Gemeindebehörden zu kritisieren, die die sozialdemokratischen Anträge ablehnen, aber das gleiche, was die Sozialdemokratie fordert, in dem Augenblick bewilligt, wo von höchster Stelle ein entsprechender Wunsch geäußert wird. Die Vorlage wurde einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen, dem u. a. die sozialdemokratischen Stadtverordneten Liebe, Vogel und Dr. Zepler angehören.

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Nachwahlen

brachten unserer Partei den vorauszusehenden Erfolg, indem die Mandate des sechsten und achten Bezirks behauptet wurden. Die Zahl unserer Mandate im Stadtparlament hat sich dadurch um zwei vermehrt, ist also auf neun angewachsen.

Im zweiten Bezirk, mit seinen von Arbeitern teilweise sehr wenig bewohnten Straßen hatten wir schon im voraus mit einer Stichwahl zu rechnen. Unsere bürgerlichen Gegner arbeiteten mit vollen Kräften, um mit uns in Stichwahl zu gelangen. In letzter Stunde war hier noch der offizielle Hausbesitzerkandidat zurückgezogen und an dessen Stelle anderweitig Ersatz geschafft. In Ermangelung eines weiteren Hausbesitzers war unsere Partei genötigt, hier wiederum den Genossen Stadtv. Obst aufzustellen.

Die Beteiligung der Arbeiterschaft war ziemlich flau. Die bürgerlichen Parteien hatten die ganze Beamtenschaft mobil gemacht, daher die für sie ziemlich hohe Stimmenzahl.

Die Resultate der einzelnen Bezirke sind folgende:

2. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler	1482
Abgegebene Stimmen	648
Obst (Sozialdemokrat)	229
Gottschalk (Freisinnige Volkspartei)	202
Hacker (Hausbesitzerverein)	38
Raach „	179

Stichwahl zwischen Obst und Gottschalk.

6. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler	1623
Abgegebene Stimmen	699
Magnan (Sozialdemokrat)	391
Claus (Bürgerl.)	303

Gewählt: **Magnan.**

8. Bezirk.

Eingeschriebene Wähler	2444
Abgegebene Stimmen	1148
Wolframm (Sozialdemokrat)	613
Fischer (Bürgerl.)	534

Gewählt: **Wolframm.**

Die Schöneberger Gewerbegerichtswahlen, die am 20. Januar stattfinden, werfen ihre Schatten voraus. Die Schöneberger lokalorganisierten Zimmerer hatten an die Gewerkschaftskommission das Verlangen gestellt, ihnen einen Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl zuzubilligen. Dieses Verlangen ist von der Kommission abgelehnt worden. Gegen diesen Beschluß war von der Kommission der lokalorganisierten Gewerkschaften zu Dienstag eine Protestversammlung nach dem Obstschen Lokale einberufen worden, in der der Referent Genosse Gehl eingehend die Sachlage darlegte und den Beschluß aufs heftigste geißelte. Die Diskussion war eine sehr erregte und es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Protestversammlung der lokalorganisierten Gewerkschaften Schönebergs am 9. Januar protestiert gegen die Vergewaltigung des hiesigen Gewerkschaftskartells bezüglich Nichtanerkennung ihres nominierten Kandidaten zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen und erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. — Die lokalorganisierten Arbeiter Schönebergs sind nicht gewillt, sich als Genossen zweiter Klasse behandeln zu lassen und sehen sich daher gezwungen, ihr von den Berliner Vertrauensleuten zuerkanntes Recht auf dem Wege der Selbsthülfe zu erkämpfen. — Die heutige Protestversammlung beschließt demzufolge, selbständig in die Wahl für ihre eigenen Kandidaten einzutreten und diese Resolution dem Vorstande des Zentral-Wahlvereins zur Kenntnis zu unterbreiten.“

Eine für Nichtbeteiligung eingebrachte Resolution fand dadurch ihre Erledigung.

Der Gral-Abend, bei welchem am vorigen Sonntag in Charlottenburg Hunderte wegen Ueberfüllung des Saales umkehren mußten, wird nun in der Hohenzollernschule von der Schöneberger Volkskunstkommission am Sonntag, den 14. Januar cr., wiederholt. Größere Bruchstücke aus Wagners „Parsifal“ und „Lohengrin“ werden von ersten Kräften, wie Adele Otto-Merano (Bayreuth), Hjalmar Arlberg, Sydney Biden ꝛc. zu Gehör gebracht werden. Frl. Dr. Kaufmann-Schwabach hat den einleitenden Vortrag übernommen, die Rezitation Dr. Gustav Manz. Karten a 0,30 M. sind in allen Schöneberger Buchhandlungen sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Genthinerstraße 17, und Dürerhaus, Kronenstr. 18, zu haben.

Rixdorf.

Der Rixdorfer Kanarienzüchter-Verein veranstaltet in der Zeit vom 13. bis 16. Januar 1906 eine Vogelausstellung in den Prachtsälen des Deutschen Wirtshauses in Rixdorf, Bergstr. 137.

Treptow-Baumschulenweg.

Aus der Gemeindevertretung scheidet unser Parteigenosse Hofmann und der Freisinnige Herr Kurth aus. Die Freisinnigen wollen ihr möglichstes tun, um uns das Mandat zu entreißen und haben bereits am 28. November beschlossen, sich mit anderen Parteien behufs Bekämpfung der Sozialdemokratie in Verbindung zu setzen. Sie glauben, mit den 100 Forensen bei der Wahl den Sieg zu erringen. Der Kommunalverein, welcher für sie hauptsächlich in Betracht kommt, hat es bisher noch nicht für nötig gehalten, sich mit diesen „Schaukelmännern“ zu koalieren. Die gemachten Erfahrungen bestätigen aber, daß Antisemiten und Juden ein Herz und eine Seele sind, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Unsere Parteigenossen werden gewiß alles daran setzen, um den „Bürgerlichen“ die Aussicht auf einen Wahlsieg zu vereiteln und durch eifrige Betätigung an den Wahlarbeiten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen.

Pankow.

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer letzten Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen, in welcher nicht weniger als 24 Punkte ihre Erledigung fanden. Zu Vorsitzenden und Stellvertreter des hiesigen Gewerbegerichts wurden die Herren Conrad und Baak wiedergewählt, weil deren Amtsdauer abgelaufen war. Die Anstellung eines besoldeten Schöffen soll vorläufig vertagt und dafür die Stelle eines Regierungsbaumeisters ausgeschrieben werden, welcher später die Funktion eines besoldeten Schöffen übernehmen soll. Die Anstellung eines Gartenbauinspektors mit 2500 M. Anfangsgehalt wird nach längerer Debatte abgelehnt, weil die Notwendigkeit zur Anstellung einer solchen Kraft noch nicht vorhanden

ist. **Die katholische Gemeinde hatte einen Antrag eingereicht,** eine besondere katholische Volksschule einzurichten. Mit Rücksicht auf das schwebende Volksschulunterhaltungsgesetz wird der Antrag abgelehnt. Die gesetzliche Regelung der Schulfrage soll abgewartet werden. Ein Antrag der Schulkommission, zwei Lehrer und zwei technische Lehrerinnen anzustellen, wird angenommen, wobei von sozialdemokratischer und bürgerlicher Seite hervorgehoben wurde, daß, da 45 Pflichtstunden auf eine Lehrkraft im Durchschnitt die Woche fallen, eine größere Entlastung Platz greifen müßte. Es wird der Schulkommission anheimgestellt, eine Vorlage auszuarbeiten, wonach eventuell mehrere Lehrkräfte noch anzustellen oder daß für Vertretung für erkrankte Lehrer zu sorgen sei. — Mit schwerem Herzen hat sich die Hausbesitzermajorität entschlossen, den vor zwei Jahren gefaßten Beschluß, den Wasserzins von 20 Pf. auf 15 Pf. herabzusetzen, wieder aufzuheben. Denn der finanzielle Effekt ist zu augenfällig; 35 000 M. hat die Gemeinde weniger aus dem Wasserwerke herausgeholt, so daß im letzten Jahre beinahe mit Unterbilanz gearbeitet wurde. Um aber die bittere Pille zu versüßen, hat man sich geeinigt, die Grundgebühr nicht mehr zu erheben, welche zirka 11 000 M. einbringt. Es wird also trotz der Erhöhung auf die alte Höhe nur ein Mehr von 24 000 M. erzielt. Für das im Herbst zu eröffnende Krankenhaus sind die Stellen der dirigierenden Aerzte mit 3500 M. und die Stelle eines Krankenhausinspektors mit 2500 M. als Anfangsgehälter nebst freier Wohnung und Nebenbezügen ausgeschrieben worden.

Johannisthal.

Am Dienstag, den 9. Januar, fand bei Wendt eine gutbesuchte Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Zunächst gab der Vorsitzende den Quartalsbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß der Verein gute Fortschritte gemacht hat. Im letzten Quartal haben sich 15 Mitglieder neu aufnehmen lassen. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab Genosse Beetz. Der Vorsitzende Genosse Diesner berichtete über die Versammlung des Verbandes Groß-Berlin und knüpfte die Hoffnung daran, daß der Verband erfolgreich für die gesamten Vereine arbeiten werde. Nach Entgegennahme des Berichtes der Parteispedition und des Bibliothekars, berichteten die Genossen Raduncke und Dühring aus der Gemeindevertretung. Im Anschluß hieran teilte der Vorsitzende mit, daß die Wählerlisten zur Gemeindevertretung vom 15.—30. Januar beim Genossen Gobin, Roonstr. 2, zur Einsicht ausliegen. Sodann wurde ein Antrag des Vorstandes diskutiert, den Tischler Wegner wegen Veruntreuung von Parteigeldern aus dem Wahlverein auszuschließen. Diesem Antrage wurde einstimmig Folge gegeben. Ein weiterer Antrag, gerichtlich gegen denselben vorzugehen, wurde ebenfalls angenommen. Nach Wahl eines Vergnügungskomitees zum Ostervergnügen wies der Vorsitzende auf die am 14. d. M. stattfindende Flugblattverbreitung hin und machte darauf aufmerksam, daß am 21. Januar im Lokale Hasselwerder in Nieder-Schöneweide mit den Rudower und Schöneweider Genossen gemeinsam die Demonstrationsversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht stattfindet.

Köpenick.

In der ersten Stadtverordnetensitzung im neuen Jahre wurde zum Vorsteher Herr Andersohn, zum Stellvertreter Herr Dr. Martin und zum Schriftführer Herr Fritsche wiedergewählt. Als Sitzungstag wurde der Freitag, und als Anfangszeit nachmittags 4 Uhr festgesetzt. Ein Antrag unserer Genossen, erst um 5 Uhr zu beginnen, wurde abgelehnt. Außer in der Schulkommission sind unsere Genossen in allen Kommissionen vertreten. Der in der letzten Sitzung im alten Jahre an eine Kommission verwiesene Antrag des Magistrats, wegen Verkaufs von 56 Hektar städtischen Forstlandes hinter „Rübezahl" am Müggelsee, wurde nach längerer Debatte angenommen. Der Kaufpreis beträgt $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark, gleich 2,75 M. für den Quadratmeter. Ein Drittel der Summe ist sofort zu zahlen, der Rest wird auf 20 Jahre unkündbar zu 3 Proz. als Hypothek eingetragen. Es ist nur landhausmäßige Bebauung zulässig, auch muß längs des Müggelsees ein dreißig Meter breiter Streifen für eine Uferstraße freibleiben. Die Anträge unserer Genossen, die Umsatzsteuer zu erheben und auch den Baumbestand extra zu berechnen, wurden abgelehnt.

Spandau.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erstattete zunächst der Vorsitzende Genosse Pieper den Vorstandsbericht. Im letzten Quartal haben stattgefunden: 2 ordentliche und 2 außerordentliche Generalversammlungen, 5 öffentliche Versammlungen, 7 Sitzungen der erweiterten Parteileitung und 6 Vorstandssitzungen. Die Mitgliederzahl ist von 645 auf 718 gestiegen. Nach Berufen verteilen sich die Mitglieder wie folgt: Maurer 178, Hilfsarbeiter 144, Zimmerer 85, Metallarbeiter 77, Holzarbeiter 46, Töpfer 41, Steinsetzer 22, Brauer 15, Restaurateure 14, Heizer und Maschinisten 11, Schuhmacher 9, Buchdrucker 12, Böttcher 6, Zigarrenmacher 6, Kutscher 7, Bäcker 5, Porzellandreher 5, Bäckermeister 4, Barbiere 3, Porzellanmaler 3, Schuhmachermeister 3, Korbmacher 3, Kaufleute 2, Gärtner 2, Schneidermeister 2, Kohlenhändler 1, Vergolder 1, Spediteur 1, Buchbinder 1, Kassenbeamter 1, Zahntechniker 1, Lagerist 1, Kürschner 1, Malermeister 1, Schneider 1, Kellner 1, Dekorateur 1 und Handelsmann 1. Abonnenten des „Vorwärts" sind 784, der „Brandenburger Zeitung" 32. Bei der Stadtverordneten-Ersatzwahl ist der Genosse Hornig mit großer Majorität gewählt, dagegen sind wir bei der Hauptwahl in sämtlichen Bezirken unterlegen. Dies sei einerseits dem Umstande zuzumessen, daß in den Staatsbetrieben eine regelrechte Wahlbeeinflussung stattgefunden habe, andererseits waren die Parteigenossen sowie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht so auf dem Posten wie es ihre Pflicht erforderte. Man komme mit allerlei Ausreden, dies seien aber nur faule Ausreden. Die Wählerlisten waren schlecht ausgearbeitet, man kann sich auf die Arbeit des Magistrats nicht verlassen. Redner beschäftigt sich alsdann mit der geplanten Reorganisation der hiesigen Parteibewegung. Der dann erstattete Bericht des Kassierers ergibt, daß die Einnahmen 682,29 M., die Ausgaben 485,78 M. betrugen und an den Zentralvorstand 196,86 M. abgeführt sind. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Zu der am 14. d. M. stattfindenden Kreis-Generalversammlung empfiehlt der hiesige Vorstand, folgende Anträge zu stellen: 1. Der Zentralvorstandsbericht soll vier Wochen vor der stattfindenden Kreis-Generalversammlung den Zweigvereinen zugehen. 2. Zulassung eines Mitgliedes in der „Vorwärts"-Preßkommission. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Pieper, Golz und Trompler gewählt. Eine längere Debatte zeitigte das Bedürfnis einer örtlichen Presse. Für die Notwendigkeit einer hiesigen Zeitung sprachen sich die Genossen Reibeholz, Böhle, Abraham, Konitzer und Golm aus, dagegen waren die Genossen Trompler und Linz.

Die freie Gemeinde hielt am Sonntagnachmittag im Saale von Zeynow (Hakenfelde) eine öffentliche Versammlung ab. Hierzu waren sämtliche katholischen und evangelischen Pastoren sowie die Lehrer der Baptisten und Heilsarmee eingeladen, aber leider nicht erschienen. Nur der Amtsvorsteher von Spandau-Land, Herr Major v. Rohr war anwesend. Genosse Stern-Berlin sprach in $1\frac{1}{2}$stündigen Ausführungen über das Thema: „Gibt es einen Gott?" In der Diskussion versuchte der Herr v. Rohr von seinem orthodoxen Standpunkt aus, die Versammlung für seine Ideen zu gewinnen, mußte aber wahrnehmen, daß sich auch nicht ein einziger in der von etwa 800 Personen besuchten Versammlung befand, der mit seinen Ansichten sympathisierte. Man verlangte Vernunftgründe und keine Phrasen. Der Herr Major verschwand, ohne die Antwort seines Gegners abzuwarten. Es läßt sich eben gegen Vernunftgründe schwer ankämpfen. In der Diskussion sprach noch Genosse Pieper im Sinne des Referenten.

Berliner Nachrichten.

Endlich! Mit der Auszahlung der Zulage an städtische Beamte und Arbeiter ist gestern begonnen worden. Die Auszahlung der Zulage geschieht nach Listen in der Reihenfolge der Verwaltungen nach den Anweisungen der betr. Dezernenten.

Zu dem Berliner Vorort-Fahrplan ist ein Berichtigungsblatt erschienen, das folgende, sofort in Kraft tretende Aenderungen verzeichnet: Die Görlitzer Vorortzüge 3143 und 3154, welche bisher nur bis bezw. von Grünau verkehrten, werden bis bezw. von Königs-Wusterhausen durchgeführt: ab Görlitzer Bahnhof 6^{10}, an Königs-Wusterhausen 6^{55} abends, ab Königs-Wusterhausen 7^{30}, an Görlitzer Bahnhof 8^{18} abends. Auf der Zossener Vorortstrecke verkehren zwischen Potsdamer Ringbahnhof und Mahlow zwei neue Züge ab Berlin 2^{06} nachm., ab Mahlow 3^{35} nachm. Der Zug A 8 auf der Nauener Vorortstrecke ist früher gelegt; er trifft in Spandau schon 6^{21} ein und geht von da 6^{29} vorm. nach dem Nordring weiter.

Ein schweres Bauunglück hat sich gestern früh in der Romintenerstr. 24 ereignet. Dort wird von der Baufirma Arnold Kuthe, Friedrichstr. 72, ein mehrere Höfe umfassender Fabrikneubau aufgeführt, der bereits bis zum vierten Stock im Rohbau fertig ist. Das benötigte Baumaterial wird in kleinen Lowries mittels eines Fahrstuhles in die Höhe befördert und dann auf Schienenwegen an Ort und Stelle geschafft. Als nun gestern früh um 8 Uhr zwei Arbeiter im vierten Stock zwei solcher Lowries, von denen eine mit etwa 300 Mauersteinen und die andere mit Kalk gefüllt war, über eine sogenannte Brücke, die über das Treppenhaus führte, schoben, brach die Brücke unter der Last zusammen und die Lowries samt den Arbeitern stürzten hinab. Ein an der Wand beschäftigter Maurer Zeidler erhielt durch eine abgebrochene Schiene einen Schlag und wurde am Kopfe leicht verletzt. Die schwere Last durchschlug die vierte abgedeckte Etage und fiel in der dritten Etage auf einen Zementarbeiter, der gerade mit seinem Karren durchfahren wollte, und riß ihn mit, alles durchschlagend. Auch ein in der ersten Etage beschäftigter Steinträger wurde getroffen und ebenfalls mitgerissen. Die bereits fertig gewölbte Kellerdecke wurde gleichfalls durchschlagen; ein dort beschäftigter Maurer hatte noch so viel Geistesgegenwart beiseite zu springen und wurde nur leicht verletzt. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert, die sich unverzüglich an die Rettungsarbeiten machte, sie holte zwei unter den Trümmern begrabene Arbeiter heraus, zwei andere waren bereits vor Ankunft derselben von den Kollegen befreit worden. Am schwersten verletzt waren der Arbeiter Karl Rosteck aus der Gabriel Maxstraße 19 in Rummelsburg und sein Kollege Hermann Düring aus der Borsigstraße 15. Rosteck wies besonders zwei Wunden am Hinterkopf auf, die den Schädel förmlich freigelegt hatten. Ferner erlitt er noch starke Quetschungen im Gesicht. Auch Düring hatte schwere Wunden am Kopf und im Gesicht und außerdem noch eine starke Brustquetschung und Beschädigung der Wirbelsäule davongetragen. Beide Verunglückte wurden nach Anlegung von Notverbänden nach dem Krankenhause am Friedrichshain geschafft. Der Arbeiter Robert Linke aus der Eldenaerstr. 5 wies neben einem Armbruche zwei schwere Kopfwunden auf, während bei dem Arbeiter Hermann Rehbock aus der Rüdersdorferstr. 13 eine Gehirnerschütterung und Quetschung des rechten Unterschenkels festgestellt wurde. Mit leichteren Verletzungen waren der Maurer Gustav Zeidler aus der Frankfurter Allee 147 und sein Kollege Waldemar Faber aus Eggersdorf bei Strausberg davon gekommen. Die vier zuletzt genannten Personen wurden auf ihren Wunsch nach ihren Wohnungen befördert. Rosteck und Düring dürften schwerlich mit dem Leben davon kommen. — Der Bau bezw. die Unfallstelle wurde einstweilen polizeilich gesperrt. Noch im Laufe des Vormittags erschien eine amtliche Kommission, die den Tatbestand aufnahm und die Unfallstelle photographierte. —

Wem die Schuld an dem Unfall zuzumessen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Gewiß ist aber, wäre die Konterrüstung in der dritten Etage, unmittelbar unter der Rüstung, vorhanden gewesen, wäre das Unglück nicht so groß geworden.

Den Händen eines Mädchenhändlers entwichen. Das geheimnisvolle Verschwinden der 15jährigen Tochter des Portiers Treptow aus der Rheinstraße 25 zu Friedenau hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Das junge Mädchen war in Berlin von einem fremden Manne überredet worden, mit ihm ins Ausland zu fahren, wo sie bald ihr „Glück" machen könne. Die T. ließ sich auch betören und war eines Tages spurlos verschwunden. Sie fuhr mit dem Unbekannten vom Stettiner Bahnhof ab; während der Eisenbahnfahrt kamen ihr jedoch Bedenken. In Stettin gelang es dem Mädchen unter einem Vorwande aus dem Bereiche ihres Begleiters zu entkommen. Es begab sich zu seiner dort wohnhaften Großmutter, welche den Eltern der Verschwundenen sofort telegraphische Nachricht über die Ankunft der Tochter zugehen ließ.

Lieber sterben als den heiraten. Mit diesem Ausbruch der Verzweiflung stürzte sich gestern nachmittag an der Alsenbrücke ein junges Mädchen in die Spree. Ein in der Nähe patrouillierender Schutzmann löste sofort den Rettungskahn und ruderte auf die Selbstmörderin zu. Verzweifelt wehrte diese sich jedoch gegen ihren Retter. Erst nach längerem Kampfe im Wasser gelang es dem Beamten, die Lebensmüde in dem Kahne zu bergen. In einer Droschke brachte er sie nach der nahegelegenen Charité, wo sie bald nach der Einlieferung starb. Die Persönlichkeit der Toten konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Es handelt sich hier jedenfalls um die Verzweiflungstat einer Unglücklichen.

Verhaftung einer Einbrecherbande. Mitten in der Arbeit wurden in der gestrigen Nacht Einbrecher überrascht, welche dem Warenhause von Meyer in der Boxhagenerstraße einen Besuch abgestattet hatten. Die Täter erbrachen zunächst die Schaukästen und waren emsig dabei, dieselben auszurauben. Plötzlich tauchten im Dunkel der Nacht einige Gestalten hinter ihnen auf und die Burschen ergriffen nun, ihre Beute im Stiche lassend, die Flucht. Den Verfolgern — es waren Bäckergesellen aus dem Nebenhause — gelang es jedoch, die Ausreißer zu erwischen und festzunehmen. Durch Polizeibeamte wurden die Langfinger dann verhaftet und in das Präsidium eingeliefert.

Zu dem Gerüchte von einem Raubmord hat ein Leichenfund Veranlassung gegeben, welcher gestern zwischen dem Buckower- und dem Scharmützelsee gemacht wurde. In dem dortigen Werdafließ fand man etwa 70 Meter von der Buckowsee-Promenade, entfernt die Leiche einer weiblichen Person, die etwa fünf bis sechs Tage im Wasser gelegen haben konnte. Bekleidet war die Tote mit grünkarrierter Bluse, schwarzem Rock, einem einfachen sogenannten Herrenhut mit weißem Schleier, dunklem Jackett und braungelben Handschuhen. In Verbindung mit dem Leichenfund entstand das Gerücht, daß die Tote, bei der man Geld nicht vorfand, einen größeren Geldbetrag und eine goldene Uhr bei sich geführt habe, und daß die Aufgefundene einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Was an diesem Gerücht Wahres ist, wird die gerichtliche Untersuchung, welche sofort in die Wege geleitet ist, ergeben. Vor allen Dingen handelt es sich darum, die Persönlichkeit der Toten, in der anscheinend eine Berlinerin zu suchen ist, festzustellen.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde gestern abend eine unbekannte etwa 55 Jahre alte Frau, die dem Arbeiterstande anzugehören scheint. Sie war die Triftstraße hinuntergegangen und an der Ecke der Wildenowstraße plötzlich zusammengebrochen. Wenige Augenblicke später war sie bereits tot. Zur genauen Feststellung der Todesursache wurde die Leiche beschlagnahmt und zur Obduktion in das Schauhaus eingeliefert.

Zahlreiche Pferdediebstähle sind in letzter Zeit im Südwesten der Stadt ausgeführt worden. So wurde vorgestern ein vor der Markthalle in der Bergmannstraße haltendes Fuhrwerk des Milchhändlers Dispert aus Mariendorf gestohlen. Der Wagen wurde später ohne Gespann am Maybach-Ufer aufgefunden. Gestern wurden gleichartige Diebstähle in der Neuenburger- und Simeonstraße ausgeführt. In dem letzteren Falle wurden die Täter überrascht, verfolgt und in der Kochstraße festgenommen. Die Verhafteten sind die in Zuhälterkreisen bekannten „Arbeiter" Röhl und Lorenz.

Ein heftiger Zusammenstoß einer Automobildroschke mit einem Straßenbahnwagen fand gestern nachmittag gegen $\frac{1}{2}3$ Uhr an der Ecke der König- und Neuen Friedrichstraße statt. Die Automobildroschke Nr. 4305 bog unmittelbar vor einem Straßenbahnwagen der Linie 62 auf das Gleis und fuhr gegen die Vorderplattform des Motorwagens. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Vorderteil des Autos vollständig zertrümmert, der Führer und die beiden Insassen der Droschke auf den Straßendamm geschleudert wurden. Während der Automobilfahrer ohne Verletzungen davonkam, erlitten die beiden Fahrgäste, Kaufmann Trumbin aus Warschau, zurzeit „Hotel Phönix" wohnhaft, und Dr. Schloßberg, zurzeit „Hotel Fürst Bismarck", Quetschungen an den Händen sowie Verletzungen im Gesicht. Sie erhielten auf der Unfallstation in der Keibelstraße die erste Hülfe und konnten sich von dort nach ihren Wohnungen begeben.

Zeugen gesucht. Personen, die Zeugen einer am 27. August 1905 sich in den Nachmittagsstunden in der Thomasiusstraße Ecke Alt-Moabit abgespielten Schlägerei waren, werden um die Angabe ihrer Adresse an John, Löwestraße 12, gebeten.

Gerichts-Zeitung.

Pandora vor Gericht. Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II hatten sich gestern der Dichter Frank Wedekind und sein Verleger Bruno Cassirer wegen Verbreitung der „Büchse der Pandora" zu verantworten. Die Sache hatte bekanntlich bereits im Mai 1905 das Landgericht Berlin I beschäftigt, das beide Angeklagte freigesprochen und auch auf Freigabe des nicht für unzüchtig erklärten Buches erkannt hatte. Die von der Staatsanwaltschaft hiergegen eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß das Reichsgericht das Urteil aufhob und die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Landgericht II verwies. Zur gestrigen Verhandlung waren als Sachverständige der schon früher in dieser Sache gehörte Professor der Literaturgeschichte an der Universität Leipzig, Dr. Georg Witkowsky, und der gerade in Berlin anwesende Wiener Schriftsteller Hermann Bahr geladen. Da das Buch in der Verhandlung zur Verlesung gelangen mußte, erfolgte die Verlesung durch Herrn Wedekind selbst. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, doch verlautet, daß die beiden Sachverständigen sich durchaus zugunsten der Angeklagten und des inkriminierten Buches geäußert haben. Der Gerichtshof kam aus subjektiven Gründen zur Freisprechung der Angeklagten, erkannte jedoch auf Vernichtung des Schriftwerks, da dasselbe unzüchtig sei, wenngleich es eher Abscheu und Ekel als Lüsternheit zu erregen geeignet sei.

Beerntetes Vertrauen. Wie die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ihre kaufmännischen Angestellten eingestellt, wurde in einer Klagesache beleuchtet, die gestern vor der 2. Kammer des Kaufmannsgerichtes zur Verhandlung kam. Es trat dabei die eigentümliche Gebarung zutage, daß die einzelnen Betriebe der Gesellschaft einen lebhaften Konkurrenzkampf untereinander um die tüchtigen Angestellten des Hauses betreiben, und daß ein Ressort benützt ist, dem anderen Ressort tüchtige Beamte fortzuschnappen. Diese Handhabung sollte dem hier als Kläger auftretenden Buchhalter L. zum Verhängnis werden. L. war zuerst in der Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft tätig gewesen, wurde aber wegen seiner Tüchtigkeit von der Apparatefabrik fortengagiert. Die Tatsache, daß man ihm den tüchtigen Menschen, der nebenbei bemerkt ein Monatsgehalt von nur 100 M. bekam, wegschnappte, ließ den Betriebsbureauvorsteher der Turbinenfabrik nicht ruhen. „Zweimal bemühte ich mich," sagte dieser als Zeuge aus, „Herrn L. wegen seiner Tüchtigkeit zurückzubekommen, aber Herr Direktor B. verweigerte die Erlaubnis." Später trat der Vorsteher ein drittes Mal mit L. in Verbindung und suchte ihn zu bewegen, wieder in die Turbinenfabrik zu kommen. L. erklärte sich auch zum Uebertritt bereit, sofern man ihn drüben freilasse. Als nun der Vorsteher dem Kläger versicherte, es stände auch seitens des Direktors kein Hindernis im Wege, wenn er nur von den Herren des anderen Betriebes gutwillig freigegeben werde, da löste L. in friedlicher Weise an einem Sonnabend sein Vertragsverhältnis und beabsichtigte am Montag in der Turbinenfabrik anzutreten. Als er sich aber Montags einstellte, da hieß es, der Direktor hätte zum Engagement doch nicht seine Einwilligung gegeben. L. wurde trotz seiner anerkannten Tüchtigkeit und ohne Grund auf die Straße gesetzt. — Das Kaufmannsgericht mußte zu einer Abweisung des Klägers kommen. Der Tatbestand sei zwar für den Kläger um so bedauerlicher, als er sich gerade kurz vorher verheiratet hätte, indessen hätte er das eine Engagement nicht lösen sollen, bevor er nicht das andere Vertragsverhältnis fest in Händen gehabt habe. Er habe sich zwischen zwei Stühle gesetzt, und es sei sein „persönliches Pech", daß dies Wagnis ihm die Stellung gekostet hätte.

Zur Schadensersatzpflicht der Polizei. Bei der Hamburger Polizei war ein Hund abgeliefert, der zugelaufen war. Wie üblich in solchen Fällen wurde der herrenlose Hund der Abdeckerei übergeben und, da die Adresse des Besitzers sich auf dem Halsband befand, benachrichtigte die Polizei den Eigentümer mit der Aufforderung, den Teckel in der Abdeckerei einzulösen. Als dieses geschehen sollte, war der Hund aber schon getötet. Der Besitzer des Hundes strengte darauf eine Schadenersatzklage an gegen die Polizeibehörde. Sein Anspruch wurde in erster Instanz abgewiesen, indem das Landgericht begründete, daß der Angestellte der Abdeckerei, welcher den Hund getötet hatte, kein Willensorgan sei und deshalb eine Haftpflicht für seine Handlungen nicht bestände. Auf die Berufung des Klägers wurde das Urteil des Landgerichts vom Oberlandesgericht aufgehoben und der Klageanspruch als berechtigt erklärt. Und zwar kommt das Oberlandesgericht zu der Ansicht, daß die Polizeibehörde ein Verschulden treffe, da sie den Hund als Fundstück betrachten und ihn der Abdeckerei mit dem Auftrage zur Aufbewahrung übergeben mußte. Sie hatte dies aber nicht getan, sondern ihn zur Behandlung nach § 6 des Hundegesetzes überwiesen. Auch der Finder hatte das Recht, bei Nichtabholung das Fundstück wieder zurückzufordern. Der Hund ist also ohne Recht vernichtet worden und deshalb zu ersetzen. Gegen dieses Erkenntnis hatte die hamburgische Polizeibehörde Revision beim Reichsgericht eingelegt. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

Backstubenschweinereien. Vor dem Schöffengericht Fürth wurde gegen den Bäckermeister Zähler wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verhandelt. Er hatte Brot verkauft, in dem die Käufer Würmer eingebacken fanden. Der ganze Mehlvorrat war mit Würmern durchsetzt, was der Beklagte wußte, aber trotzdem buk er weiter, erst später schaffte er ein Sieb an, um die Würmer von dem Mehl abzusondern. Ein Kunstmüller als Sachverständiger meinte, es gäbe überhaupt nicht viel Mehl, das nicht Würmer enthalte! Diese seien übrigens gar nicht ekelhaft, so lange man sie nicht sehe. Der bayerische Mehlwurmbäcker kam mit einer Geldstrafe von 10 M. davon, die ihn schwerlich zu größerer Reinlichkeit veranlassen wird.

Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands. Bezirk Berlin. Freitag, den 12. Januar, abends 9 Uhr: Versammlung in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20/21. Es spricht Redakteur Jul. Borchardt-Königsberg über: „Ist Frauenarbeit Lohndruck?" Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.